

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis halbjährlich: 2,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Nochmals der Krupp-Zeuge Paasche.

Die „Arbeiterwohlfahrt“ der Kanonenfirma Krupp bildet den vornehmsten Renommierartikel unserer Bourgeoisie. Es ist daher nur zu begreiflich, daß unsere Enthüllungen dieser „Arbeiterwohlfahrt“ die Press- und parlamentarischen Trabanten des Kapitalismus in wütendster Aufregung versetzen mußten. Die Krupp-Press- und parlamentarischen Trabanten, als die parlamentarischen Krupp-Agenten. Sie schimpften zwar scharf gegen die Artikel des „Vorwärts“, aber sie verzichteten wohlweislich auf eine Widerlegung unserer Darlegungen. Nicht so klug war der Zuderknecht Paasche, der sich mit lächerlicher Unbedachtbarkeit auf das Glatte eines unvorsichtigen Widerlegungsversuches wagte. Wir haben ihm bereits geantwortet, allein da die Zerstörung der Kruppischen Wohlfahrt-Legende gleichzeitig auch die Zerstörung der bürgerlichen Arbeiterwohlfahrt-Legende überhaupt bedeutet, sei hiermit nochmals auf die Ausführungen des Herrn Paasche zurückgegriffen. Unserm Wortmünder Partei-Organ entnehmen wir folgende Ausführungen:

Herr Paasche sagte im Reichstage:
Die Firma Krupp hat für 24 000 Arbeiter in den Gießereien eine Pension eingerichtet, die seit 1895 auf 2 1/2 Proz. des Lohnes erhöht wurde. Zugewachsen hat die Firma 2 1/2 Millionen Mark für den Fonds der Rasse eingeschossen. Das Vermögen der Rasse besteht aus 12 1/2 Millionen Mark. Wie reist nun Herr Paasche die Thatsachen aus dem Zusammenhang? Als Unberühmter wird es dargestellt, daß der Arbeiter nach 20 Jahren erst Pensionsanspruch erhält. Für viele Arbeiter wird es schon von 15 Jahren an gestattet. Wer vor dem 18. Lebensjahre eintritt, dem wird allerdings für sein pensionsfähiges Alter nur die Zeit vom 18. Lebensjahre angerechnet, aber es werden ihm aus besonderen Fonds, die die Firma Krupp gestiftet hat, besondere Pensionszuschüsse gegeben für die Zeit, die er vorher gearbeitet hat. Das verschweigen die Herren. (Hört! hört!) Es ist richtig, die Krankheitszeit über 13 Wochen wird nicht gerechnet, aber bis zu 13 Wochen unvermindert, und die ganze Militärdienstzeit wird mitgerechnet. (Hört, hört!)... Der Arbeiter erhält die Pension zumeist sofort vom Maximum des Lohnes. Die Witwe bekommt nicht 40, sondern 50 Proz. vom Dienstlohn des Mannes. Die Pensionen schwanken von 1500 M. (Hört! hört!) und gehen herunter bis auf 204 M. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten. Ja, aber nur für ganz junge Arbeiter... Die durchschnittliche Pension der Männer beträgt 800 M. im Jahr für einfache Arbeiter (Hört! hört!), und sie wird erreicht, wenn der Mann 40 Jahre im Dienst gewesen ist, also viel früher, als ein Arbeiter sein Maximum als Pension erreicht. Mit 55 Jahren hat er das Recht, die Pensionierung mit 75 Proz. des Lohnes zu verlangen. Dazu kommt die Hälfte der Invalidenpension und die Altersrente... Nun sagen Sie, der Arbeiter kann entlassen werden, und die Entlassungen haben die erschreckende Höhe von 7700, also 80 Proz. erreicht.
Es sind von den 25 000 im Jahre 1899, das Herr Paasche hier anführte, 1100 entlassen worden, davon 750 im ersten Jahre, zum Teil nach wenigen Wochen, weil sie sich als unbrauchbar erwiesen haben; weiter bis zum dritten Jahre 200 — ich habe die Listen alle durchgesehen —, und was in späteren Jahren entlassen worden ist, das ist sehr wenig, in manchen Jahren nicht einer, dann einer, zwei, einmal auch drei. Das sind Leute, die sich etwas haben zu schulden kommen lassen, widersetzlich waren, gestohlen haben. Außerdem sind 7734 freiwillig ausgetreten, das ist die sukzessive Bevölkerung; nicht weniger als 6168 sind davon im ersten Jahre ausgeschieden, zum Teil Leute, die eingestellt waren, ausgeschieden, nach vier Wochen wiederamen, ausgeschieden usw., so daß man diese Ziffer nicht einmal als voll ansehen kann. Einige scheiden auch aus nach 19 Jahren und das wird als besonders schrecklich angesehen, daß die nichts bekommen. Von den beiden Fällen, die hier angeführt sind, hat der eine eine Gastwirtschaft übernommen, der andre hat eine reichliche Erbschaft gemacht. (Hört! hört!) Die Firma Krupp zahlt aus einem besonderen Alters- und Versorgungsfonds, den sie gestiftet hat, jährlich 96 700 Mark an diejenigen Arbeiter, die vor der Zeit unfreiwillig ausgeschieden müssen, ohne Pensionsberechtigung bekommen zu haben. (Hört! hört!) Als im Jahre 1896 die Beiträge verdoppelt wurden, hat die gesamte Arbeiter-Gastwirtschaft einmütig dem zugestimmt. Die Rasse wird verwaltet von den Mitgliedern der Firma und vier gewählten Vertretern der Arbeiter, also ganz Ihrem (zu den Socialdemokraten) Rezept.

Soweit die Ausführungen über die Leistung der Pensionskasse. Wir haben die hauptsächlich schiefen und direkt unrichtigen Angaben gesperrt gesetzt.
Wie die Verhältnisse im Lichte der Thatsachen sich ausnehmen, sei hier kurz illustriert.
Pensionsberechtigung.
Pensionsberechtigt ist, wenn nach mindestens 20jähriger ununterbrochener (bei besonders schwerer Arbeit 15jährige) Dienstzeit auf Grund eingeholter Gutachten von mindestens zwei Ärzten der Rassenvorstand vollständige Arbeitsunfähigkeit anerkennt!!! (§ 8 und 12 des Statuts.)
Wer durch Unfall arbeitsunfähig wird, hat keinen Anspruch auf Pension.
Was die Bestimmung des Anerkennens der Arbeitsunfähigkeit zu bedeuten hat, dafür nur ein Beispiel: Ein Arbeiter aus der Feilenhauerei, der über 20 Jahre bei Krupp beschäftigt war, schickte sich arbeitsunfähig. Der Vorstand sagte entgegen ärztlichen Rittes: „Der Mann ist arbeitsfähig“. Nach längerem Experimentieren schickte man den Mann nach Bonn. Dort wurde nach längerer Beobachtung ärztlich konstatiert und attestiert: „Der Mann ist weder mit den Händen, noch mit den Beinen, noch mit dem Kopfe zu irgend einer Arbeit fähig. Der Vorstand entschied

anders. Der arme Mensch mußte sich zur Fabrik schleppen und im Wächterhause aufpassen, daß keine Uhren gestohlen wurden! — — —

Besonderer Fonds.

Der besondere Fonds für Pensionszuschüsse existiert nur in der Phantasie des Herrn Paasche. Er hatte ja den Geschäftsbericht in der Hand, aus welchem er ersehen konnte, daß ein besonderer Fonds von 40 000 M. vorhanden ist, aus welchem erkrankten Invaliden oder Witwen bei Krankheit ein Zuschuß zu Pflegekosten gewährt werden kann. So- dann ist ein Dispositionsfonds vorhanden, aus welchem der Krankentassenvorstand bestimmte Beträge, im Jahre 1901 4000 M. nach freiem Ermessen an Angehörige des Werkes in Notfällen infolge Krankheit verwenden kann. Von einem Fonds, aus welchem Pensionszuschüsse gezahlt werden, wird Herr Paasche nicht ein Wort in dem Geschäftsbericht finden.

Militärdienst angerechnet.

Die ganze Militärdienstzeit wird angerechnet, so sagte Herr Paasche, und die Arbeiterfeinde riefen: Hört! Hört! Wir erklären dazu: Was Paasche sagte, ist komplett un- wahr! Bei Berechnung der Dienstzeit gilt nur diejenige Zeit, während welcher ein Mitglied un- unterbrochen im Dienste der Firma gestanden hat. Hat z. B. jemand fünf Jahre bei Krupp gearbeitet und wird dann entlassen, oder er kehrt freiwillig ab, dann wird diese Dienstzeit, falls er später wieder bei Krupp Arbeit aufnimmt, nicht angerechnet. So befragt ausdrücklich § 9 des Statuts, dem Herr Paasche zum Studium empfohlen! Aus „Gnade“ und „Barmherzigkeit“ kann die Firma (!) in besonderen Fällen die Anrechnung einer früheren Dienstzeit (ganz oder teilweise) anordnen. Wörtlich heißt es in dem angezogenen § 9 (bitte Herr Paasche, nachsehen!): Dagegen wird die im Militärdienst oder auf Urlaub, falls der letztere 4 Wochen übersteigt, zugebrachte Zeit in die für die Pensionierung maß- gebende Dienstzeit nicht angerechnet. Die Anrechnung der früher abgeleisteten Dienstzeit findet übrigens auch in diesen Fällen nicht statt, wenn ein zum Militärdienst eingezogenes Mitglied nach Beendigung der Militärdienstzeit nicht innerhalb 14 Tagen zur Arbeit auf der Gießerei zurückkehrt. ...

Pensionen.

Herr Paasche rühmt die hohen Pensionen. Daß hohe Pensionen gezahlt werden neben niedrigen, bis zu 150 M. herab für Witwen und 72 M. (jährlich) für Teilpensionäre, wird ja nicht bestritten, aber die Pensionierung erfolgt doch nur auf Kosten der Gesam- heit, der vielen tausend Arbeiter, die bezahlen müssen, aber nichts erhalten. Und die gerühmten Leistungen der Firma haben doch nur platonischen Wert, die Kosten der Pensionen decken sich noch immer ohne Beiträge und Ge- schenke der Firma, letztere dienen zur Vergrößerung des Ver- mögens, mit dem man ausgiebigst Klammern zu machen versteht.
In den letzten sechs Jahren bis 1901 inkl. wurden ohne Bei- träge und Geschenke der Firma 1 171 678 M. mehr eingenommen, als für Pensionen zur Auszahlung gelangten.

Ganz junge Pensionäre.

Die Empfänger der kleinen Pensionen sind nach Meinung des Herrn Paasche „ganz junge Arbeiter“. Nach 40jähriger Dienstzeit, also in einem Alter von 58 Jahren, könnte (!) ein Arbeiter Pensionär werden. Das wäre aber doch wohl kein junger Mann. Sonst kann jemand pensioniert werden, wenn er nach dem 18. Lebensjahre in der Regel mindestens 20 Jahre thätig war und dann vollständig arbeitsunfähig geworden ist. Hat man schon jemals einen Arbeiter gesehen, der nach mindestens 20jähriger ununterbrochener Dienstzeit vollständig arbeitsunfähig war und noch auf die Bezeichnung: „ganz junger Arbeiter“ Anspruch erheben könnte? Kann Herr Paasche dem Reichstage vielleicht ein solches Konstrukt vorkühren? Eine solche Schenswürdigkeit gab's noch nicht in der Welt. Auch ist Herr Paasche nicht in der Lage, auch nur einen einzigen 58-jährigen Pensionär, der auf Grund einer 40jährigen Dienstzeit Pension er- langte, namhaft zu machen. Und daß ein 48-jähriger Altersrente verlangen kann, haben wir bisher noch nicht gewußt. Offenlich sorgt nun Herr Paasche dafür, daß, wenn solche Pensionäre nun An- sprüche auf Altersrente erheben, dieselbe auch gezahlt wird. — Herr Paasche hat's gesagt, man halte sich an Paasche! —

Entlassungen.

Wie groß der Prozentsatz der unfreiwillig Abgehenden ist, darüber ist eine genaue Kontrolle gar nicht möglich. Die Firma hat Grund, das zu verheimlichen. Jedenfalls sind die Angaben des Herrn Paasche sehr, sehr ansehnlich. Aber selbst wenn es richtig ist, daß eine große Anzahl Arbeiter freiwillig abgehenden, so wäre das doch ein glänzender Beweis für liebevolle und humane Behand- lung“ der Arbeiter seitens der Beamten. Daß in manchen Jahren „nicht einer“ entlassen sei, das ist eine so grandiose Behauptung, daß wir an die Widerlegung erst gar nicht herangehen. Man nenne uns das Jahr, in dem angeblich niemand entlassen ist, und wir lassen uns unserm Bekanntenkreise allein eine nicht zu kleine Anzahl unfreiwillig Abgehender aufmarschieren. Die Firma hütet sich, über den Umfang der Fluktuation Nachweise herauszugeben. Auf Grund des Pensionskassen-Berichtes ist aber eine annähernd genaue Angabe der Zahl der Abgehenden nicht zu ermitteln. Von jedem Neueintretenden wird ein Einschreibegeld erhoben in Höhe des 1 1/2fachen Tages- arbeitsverdienstes bis zum Höchstverdienst von 6 1/2 M. pro Tag. Nehmen wir für jeden Arbeiter bei seinem Eintritt einen Lohn von 4 M. an (damit rechnen wir nicht ungünstig für die Firma), so hätte ein jedes neue Mitglied 6 M. Einschreibegeld zu zahlen. Diesen Satz in Rechnung gestellt zu dem vereinnahmten Betrag an Ein- schreibegeld, ergibt folgendes:

	Es wurden neu eingestellte Personen	*) Es betrug die Zunahme oder Abnahme der Mit- gliederzahl Personen	Witwen kehrten ab Personen
1894	1439	— 827	1796
1895	2386	+ 489	1897
1896	4185	+ 1810	2675
1898	7818	+ 2575	6693
1899	9268	+ 1509	6483
1900	8302	+ 937	7446
1901	2829	— 1446	4175

*) Berechnet nach der Durchschnittszahl der Mitglieder.

Herr Paasche merken Sie auf:
In den angeführten 7 Jahren betrug (nach unsrer Rechnung bei Krupp die Zahl der

- Neueingestellten rund 36 817
- Mitgliederzunahme 8 882
- Witwen der Abgehenden 27 435

Daß wir dabei noch zu Gunsten der Firma gerechnet haben, mögen Sie, Herr Paasche, aus dem Ihnen vorliegenden Bericht er- sehen, nach welchem die Mitgliederzunahme in acht Jahren, 1894 bis 1901 inklusive, thatsächlich nur 7 927 betrug. Wir bleiben bei den 27 435. Diese haben je 6 M. Einschreibegeld gezahlt, ferner laufende Beiträge, manche darunter viele hundert Mark. Das summt sich auf zu Millionen, das zahlen die Arbeiter, die nichts davon haben und Herr Paasche macht damit Wohlfahrtsklammern für die Firma Krupp.

Besondere Alters- und Versorgungsfonds.

Nach Behauptung des Herrn Paasche erhalten diejenigen Arbeiter, die vorzeitig unfreiwillig ausgeschieden, ohne pensionsberechtigt zu sein, Entschädigung aus einem besonderen Fonds. Herr Paasche hat wirklich eine lebhaftere Einbildung. Thatsächlich wird in letzter Zeit, nachdem die Arbeiter gesetzlichen Schutz gegen die Pensionskasse verlangt haben, in einzelnen Fällen, wenn Entlassene unter Nachweis besonderer Not, Rückzahlung der geleisteten Beiträge nachsuchen, ein Teil derselben vergütet, wobei be- merkt wird, das sei ein Geschenk. Mit dieser famosen Gnade will man die skandalöse Thatsache, daß Arbeiter nach jahrelanger Thätigkeit aufs Pflaster fliegen und von den hohen Leistungen für die Wohlfahrtskassen nichts zurückbekommen, verschleiern, dadurch wird die öffentliche Meinung gefälscht. Die Antwort der Firma Krupp, wenn Ansprüche erhoben werden, lautet regel- mäßig so:

„Die Pensionskasse ist gemäß § 15 ihres Statuts zur völligen oder teilweisen Rückzahlung geleisteter Beiträge nicht berechtigt. Von einer Zuwendung aus anderweitigen Mitteln muß gleichfalls abgesehen werden. Friedr. Krupp.“
Die vorstehende Antwort ist original. Der Arbeiter, welcher sie erhielt, hat sieben Jahre bei Krupp geschafft, er wurde plötzlich ge- kündigt, Gründe dafür anzugeben, lehnte man ab, das Führungs- zeugnis lautet: gut! Es werden sich jetzt wohl etliche Tausend melden, die auf Grund der Behauptung des Herrn Paasche von der Firma Zahlung aus dem „Versorgungsfonds“ — wo mag der steden — beanspruchen. Möge niemand die „gute“ Gelegenheit ver- säumen.

Verwaltung der Rasse.

„Die Rasse wird verwaltet von vier Mitgliedern der Firma und vier gewählten Vertretern der Ar- beiter.“ So Herr Paasche. Die Pensionskasse hat allerdings einen Vorstand, bestehend aus acht Personen. Vier davon werden durch Mehrheitbeschluss in der Generalversammlung der Kranken- kassen-Vertreter „gewählt“ — aber der Werkvertreter macht die Vor- schläge, und wer sollte es wagen, dagegen zu mucken? Die so Auserwählten sind wirklich Mitglieder des Vorstandes — aber sie haben nichts zu sagen. Beiträge und Rechts- geschäfte vollzieht laut § 24 des Statuts der von der Firma bestellte Vorsitzende. Ueber Aenderung der Rassenleistung u. kann der Vorstand — Beschluß fassen. Da von den acht Vorstands- mitgliedern vier die Firma beruft, bei Stimmengleichheit der Vor- sitzende entscheidet, braucht man schon keine Angst zu haben, daß andre als der Firma angenehme „Beschlüsse“ gefaßt werden. Aber die Firma ist darüber hinaus noch vorsichtig gewesen. Alle Beschlüsse bedürfen der Zustimmung der Firma! ...
Herr Paasche, so sieht die Mitverwaltung der Arbeiter aus Die Arbeiter haben nur Pflichten, keine Spur Rechte, und wer Wünsche äußert — wird „überzählig“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar.

Reichstag.

Es kann im Zeitalter der dekorativen Politik nicht wunder nehmen, daß die Dekorationsfragen eine große Rolle spielen. Die Ausschmückung des Stuttgarter Gewerkschaftslongresses beunruhigt noch immer den Grafen Pofodowsky. Hat nun wirklich das staats- gefährliche rote Banner über dem Haupte des unglücklichen Reichs- beamten geschwebt, der zum erstenmal im amtlichen Auftrage einem Arbeiterkongress beigewohnt hat? Oder sind auch andre Farben und Fahnen verwandt worden, die das große Rot weniger auffällig machen? Ueber derartige Dinge werden bei uns amtliche Berichte eingezogen. Da hat sich der Staat endlich entschlossen, ein wenig seine Pflicht zu thun und sich um die Verhandlungen eines Kongresses zu kümmern, der

für die deutsche Kulturentwicklung etwas wertvoller ist, als die zahllosen Fabrikanerzählungen, bei denen der übliche Geheimrat nicht fehlen darf. Und schon bittet Graf Posaadowsky mit aufgehobenen Händen, doch ja nicht laut die Frage zu erörtern, ob republikanische Elemente die Wände des Kongresslokals geschmückt haben. Sonst ist der ganze Fortschritt wieder in Frage gestellt! Kann es ein schlüssigeres Zeugnis für die Mündigkeit unserer politischen Zustände geben, als diese Angst des Ministers?

Natürlich steckt hinter der Dekorationsfrage noch ein wenig mehr als die berufsmäßige Abneigung gegen die rote Farbe. Es ist die alte Spekulation, mit der Socialdemokratie dadurch fertig zu werden, daß man ihr die Adern ihrer Kraft unterbindet und eine nur berufsmäßige Felle verfolgende Arbeiterbewegung loslöst von der politischen Partei. Auch am Freitag hies Graf Posaadowsky wieder die Schakel, die deutschen Arbeiter möchten sich darauf beschränken, ihre Berufsinteressen zu vertreten und die politischen Bestrebungen der socialdemokratischen Partei nicht länger unterstützen, dann könnten sie viel erreichen. Das sagt derselbe Mann, der die Zuchthausvorlage eingebracht hat und damit die gewerkschaftlichen Organisationen zertrennen wollte! In der deutschen Arbeiterklasse wird er Gläubiger nicht finden. Woher ist die Bewegung auf ihren zwei Weinen so gut vorwärts gekommen, daß niemand Sehnsucht nach der Annullation des politischen Weins empfinden wird. Die deutsche Socialdemokratie und die deutsche Arbeiterklasse gehören zusammen, und nicht Kaiserwerke, noch Ministerreden, noch die Raitschläge falscher Freunde können sie trennen.

Außer der Rede des Grafen Posaadowsky brachte die Freitagssitzung eine Fortsetzung der polemischen Debatten zwischen der Socialdemokratie und ihren Gegnern. Herr Stöckel, der Repräsentant des schlichten katholischen Mannes im Centrum, der sonst in seiner Partei eine sehr bescheidene Rolle spielt, wurde heute zum größeren Ruhme der christlich-religiösen Socialpolitik ins Treffen geführt. Viel Neues wußte er aber nicht zu vermelden. Mit ein paar mageren Sätzen verteidigte er den Jesuitenden-Antrag seiner Partei, für den er den besonders schlaunen Grund geltend machte, daß er diejenigen Unternehmen, die den Jesuitendag bereits eingeleitet hätten, von der Konkurrenz der Fabriken mit längerer Arbeitszeit befreie. Sonst gab er nur den unvermeidlichen Panighritus auf die socialpolitischen Leistungen des Centrums, den wir von Herrn Trimborn schon temperamentsvoller gehört haben. Als Ziel der christlichen Gewerkschaften bezeichnete er die Verbesserung der Arbeiter; die Schöpfen sollen zufrieden gemacht werden, die der Zoll-Größenberger scheert.

Genosse Albrecht fertigte in seiner ruhigen Art Herrn Stöckel ab, stellte gegenüber dem Hymnendichter Paasche die Wahrheit über die Kruppischen Wohlfahrtsanstalten fest, holte sich für den Ausdruck „politische Hochschalerei“, den er auf das Centrum und dessen Äguren Trimborn anwandte, einen Ordnungsruf des Präsidenten und widmete Herrn Stöcker einige Nebenwörter. Nach diesem polemischen Teil begründete er ausführlich die Forderungen der Gewerkschaften.

Herr v. Heyl arbeitete diesmal mit dem kommunistischen Manifest gegen uns. Er verlas lange Sätze daraus, um bei seinen bürgerlichen Zuhörern ein angenehmes Gefühl zu erregen. Wie prächtig sprach die stahlfeste Prosa dieses geschichtlichen Dokuments gegen die jämmerliche Rhetorik des geadelten Lederfabrikanten ab, der im Vorübergehen geradezu barbarische Grundzüge in der Arbeiterwohnungsfrage verteidigte. Er bezeugte es als das gute Recht jedes Fabrikanten, den Arbeiter, mit dessen Genüme er nicht einverstanden ist, aus der Fabrikwohnung auf Pfahler zu werfen. Die Socialpolitik soll Herr v. Heyl das berühmte gute Gewissen verschaffen, das man braucht, wenn man das Proletariat mit Gewalt niederschlagen will. Daß man bei solchen Absichten kein Freund des allgemeinen Wahlrechts sein kann, verriet Herr v. Heyl in einem charakteristischen Satz.

Nach einer ganz unbedeutenden Rede des freimütigen Volksparteilers Carl, der die bayerische Baugewerkschaften reinzuwaschen suchte, ließ sich zum Schluß Herr Alwardt hören, ohne Entree zu nehmen. Es ist natürlich ganz überflüssig, auf den Galimatias einzugehen, den er zum besten gab, um Marx und die Socialdemokratie „wissenschaftlich“ zu widerlegen. Sonst war die Rede ein Ragout aus halbbräutigen Gedanken und totem Insim, das die Zuhörer mit großem Vergnügen genossen.

Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt.

Abgeordnetenhaus.

Die am Freitag im Abgeordnetenhaus fortgesetzte Beratung des Etats der Justizverwaltung war wenigstens stellenweise von allgemeinem Interesse. Die Erwähnung des Prozesses Kardentzler durch den Abg. Cels (natl.), der sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß das Gericht den Angeklagten hat entlassen lassen, gab dem Justizminister Veranlassung, in einer längeren Rede die Grundzüge darzulegen, die er in neuerer Zeit in der Justiz eingeführt hat. Erfreulich ist es, daß Herr Schönstedt sich jetzt endlich zu dem Standpunkt durchgekämpft hat, daß der Justizminister sich hüten muß, auf die Rechtsprechung der Gerichte irgendwie einzuwirken und irgend etwas zu thun, wodurch auch nur der Schein hervorgerufen werden könnte, als ob er die Unabhängigkeit der Gerichte beeinflussen wolle. Vor einigen Jahren klang es aus dem Munde des Herrn Ministers noch etwas anders, und seine eignen Handlungen sahen zu diesem seinem Programm in schroffem Widerspruch. Es sei nur erinnert an die denkwürdige Debatte im Herrenhause, in der der Minister, einer Anregung des Grafen Lindendorff folgend, die Richter des Bezirks Königsberg zu einem schärferen Vorgehen gegen die Verbreiter socialdemokratischer Druckschriften anstachelte, und an die Folgen dieser „unparteiischen“ Rede. Es sei ferner erinnert an den famosen Erlaß, gegen streikende Arbeiter auf Grund des Erpressungs-Paragraphe vorzugehen. Bedeutet die Rede des Ministers wirklich einen Wandel in seinen Anschauungen, oder gelten die neuen Grundzüge nur für Prozesse gegen gemeine Verbrecher?

Der zweite Teil der Rede des Ministers war eine Erwiderung auf Angriffe, die im vorigen November im Reichstage gegen die preussische Justizverwaltung seitens unfreier Parteigenossen Heine erhoben worden sind. Es ist die beliebte Taktik unfreier preussischer Minister, daß sie ihren Anklägern nicht Auge in Auge gegenüber treten, sondern sich hinter Hornfragen verschänken und erst Monate später von anderer Stelle aus antworten. Das ist gewiß eine recht bequeme Art des Kampfes, aber zur Mürung trägt sie nicht bei. Infolge dessen ist die Behauptung des Ministers, daß die im Reichstage vorgebrachten Fälle unrichtig dargestellt sind, gänzlich belanglos. So ganz Unrecht aber scheint Genosse Heine doch nicht gehabt zu haben, denn der Minister mußte selbst zugeben, daß nach seinen Ermittlungen die Justizbehörden, speziell die Staatsanwaltschaft, bei der Verantragung von Haft nicht immer mit der nötigen Vorsicht und Zurückhaltung verfahren und daß auch bei der Behandlung der Untersuchungs- und Strafgefangenen nicht immer den Vorschriften und Ab-

sichten der Aufsichtsbehörden entsprochen wird. Mehr kann man billigerweise nicht verlangen. Dielem Eingeständnis gegenüber ist es ohne Bedeutung, wenn wirklich in dem einen oder andern Fall einem Abgeordneten bei der Darlegung ein kleiner Irrtum unterläuft. Ob die Erlasse des Ministers, die die Vermeidung jeder unnötigen Härte gegen Untersuchungsgefangene und jeder ungebührigen Behandlung von Strafgefangenen bezwecken, die Uebelstände beseitigen werden, bleibt abzuwarten. So alt eingewurzelte Uebel lassen sich durch papierne Erlasse nur sehr schwer heilen.

Aus der weiteren Debatte ist die Erregung bemerkenswert, in die sich der Centrumsabgeordnete Schmitz über die geplanten kaufmännischen Schiedsgerichte hineinredete; er fürchtet, daß ebenso wie bei den Gewerbegerichten, so auch bei den kaufmännischen Schiedsgerichten, die christlichen Parteien den Socialdemokraten bei den Wahlen unterliegen werden und will in seinem blinden Parteilanatismus deshalb überhaupt weitere Sondergerichte vermeiden wissen. Im Gegensatz zu ihm regte sein Parteifreund Trimborn die Schaffung von Sondergerichten für Streitigkeiten aus dem Dienstvertrage an, ohne damit jedoch auf fruchtbaren Boden zu stoßen. Ebenso unbeachtet ging die Anregung des Abg. Hofmann (natl.) vorüber, daß die Richter sich mehr mit socialpolitischen Fragen beschäftigen mögen. Zur Erheiterung des Hauses glaubte der Antisemit Werner durch eine Neu-Auflage seiner Volksversammlungs-Rede über den König Mord beitragen zu sollen. Sonst erstreckte sich die Diskussion, die am Sonnabend fortgesetzt wird, nur auf lokale Angelegenheiten.

Deutsches Reich.

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Bei den Beratungen im Reichstage über die Sicherung des Wahlgeheimnisses durch das von der Rechten so gefasste „Alosetzgesetz“ wurden bekanntlich die unfinstlichen Bedenken von den Vertretern der Reaktion vorgebracht. Zur Bewichtigung dieser so ernst gemeinten Einwendungen mögen auch folgende Mitteilungen dienen: Nach dem Systemwechsel im Jahre 1901 wurde in Dänemark auf Antrag der Regierung ein Gesetz zur Sicherung des Wahlgeheimnisses eingeführt, worin die Verwendung unzulässiger Stimmzettel sowie ein besonderer Abstimmungsraum vorgeschrieben wird. Am 4. September desselben Jahres wurde in Kopenhagen zum erstenmal nach dem neuen Gesetz verfahren. Es handelte sich um die Wahlmännerwahlen für die Ergänzungswahl zum Landsting. Hierzu lagen zwei Wahlmännerlisten vor: eine liberal-socialdemokratische und eine konservative Liste. Der Wähler erhielt vom Führer der Wählerlisten ein Couvert ausgehändigt und einen Stimmzettel mit folgendem Ausdruck:

Wahlzettel A
Wahlzettel B

Hiermit hatte er sich in den Abstimmungsraum zu begeben, bei der seiner Anschauung entsprechenden Liste ein Kreuz zu machen, wozu ein Bleistift bereit lag. Den Zettel ins Couvert zu stecken und ihn dann außerhalb des Isolierraumes an der Wahlurne abzulefern.

Es war selbstverständlich hinlänglich bekannt gemacht worden, daß unter A die demokratische Liste, unter B die konservative zu verstehen war. Bei direkten Wahlen, wie den Folkething- und Kommunalwahlen werden die Namen der Kandidaten der verschiedenen Parteien auf die Liste gesetzt und im übrigen ebenso verfahren.

Das Verfahren hat sich bisher gut bewährt und zu seinen Klagen Anlaß gegeben. Jedenfalls wird das Wahlgeheimnis dadurch gründlich gesichert.

Auch in Norwegen ist das Wahlgeheimnis absolut gesichert, und es giebt dort nicht, wie das im preussischen Abgeordnetenhaus fürzlich von konservativer Seite behauptet wurde, ein öffentliches Wahlverfahren. Da die Wahlen zum Storting indirekte sind, wird selbstverständlich die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner öffentlich vorgenommen und zwar durch Namensunterschrift. In den Wahllokalen aber, wo die Urwähler stattfinden, sind Isolierzimmer eingerichtet, wo der Urwähler, ohne daß er von irgend jemand beobachtet werden kann, seinen Stimmzettel in das amtliche Wahlcouvert steckt. Preußen hat somit thatsächlich den Vorzug, das realistischste Wahlverfahren aller Länder zu besitzen.

Eine ähnliche Entdeckung hat die „Germania“ vollbracht. Die beachtliche Sicherung des Wahlgeheimnisses rierte sich keineswegs nur gegen die Wahlbedrückung „von oben“, sondern ebenso gegen — die Socialdemokratie. Denn sicher haben, so meint das saubere Centrumsblatt, viele, die socialdemokratisch wählten, dies nicht freiwillig gethan, sondern durchweg unter dem Einfluß und einer direkten Wahlbedrückung von seiten der socialdemokratischen Wahlmänner und Wahlhelfer. Und nun tödt die wilde Centrumsgegnung eine Spalte hindurch gegen den „socialdemokratischen Terrorismus“.

Wenn wir dem Centrumsblatt bereitwillig das seiner Partei wesentliche Verleumdungsrecht zugeben, so bitten wir es höflich, die Socialdemokratie nicht als Verüberrin abscheulichster Thorheiten auszugeben, da alsdann die Centrumsniederlage gegen die Socialdemokratie sich allzu jämmerlich ausnehmen. Die Socialdemokratie hat in erster Linie die Sicherung des Wahlgeheimnisses gefordert und unablässig für ihre Durchführung gekämpft. Sollte sie wirklich so dumm sein, wie die „Germania“ meint, daß sie Forderungen eifrig vertritt, die ihr schwersten Schaden bereiten müssen?

Wir unterseits schämen den Centrumsgegner ehrenvoller ein. Wir mühen ihm nicht die Lorheit zu, durch eigne Bemühung beispielsweise die Politik und Wahlbeeinflussung im Reichstahl zu beseitigen.

Konservative Wahlmänner.

In der Freitagssitzung der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages wurde zunächst die Prüfung der Wahl für den Wahlkreis Elbing-Marienburg (1. Danzig) vorgenommen. Bei dieser Wahl spielt ein Vorkommis, wie es die Kommission bisher noch nicht kannte, eine seltsame Rolle. Nach dem Reglement zum Wahlgesetz hat der Gewählte spätestens acht Tage nach der Wahl an den Wahlkommissar eine Erklärung über die Annahme des Mandats abzugeben. Herr v. Oldenburg, konservativ, wurde vom Wahlkommissar für gewählt erklärt, aber er ließ die angegebene Frist verstreichen, und schickte erst am neunten Tage nach der Wahl die geforderte vorgeschriebene Erklärung an den Wahlkommissar. Trotzdem erklärte der letztere Herrn v. Oldenburg als den rechtmäßigen Inhaber des Mandats und Herr v. Oldenburg sitzt demzufolge ohne Berechtigung als Abgeordneter im Reichstag. Vielmehr hätte eine weitere Erfragung anderaumt werden müssen. Gätte die Kommission das betreffende Attest nicht genau geprüft, dann ließe diese Ungeheuerlichkeit so durch. Selbstverständlich kam sie schon auf Grund dieses Ergebnisses der Prüfung zu dem Beschlusse, die Wahl für ungültig zu erklären. Aber die Sache erscheint noch in einem ganz andren Lichte, da sich herausstellt, daß Herr v. Oldenburg nicht einmal die absolute Mehrheit der in diesem Wahlkreise abgegebenen Stimmen erreicht hat. In einigen Wahlbezirken wurden mehrere Stimmzettel wegen angeblich ungenügender Bezeichnung der darauf gewählten Personen für ungültig erklärt, während die Kommission zu dem entgegengegesetzten Ergebnis kam. Nach dieser Richtigstellung sind im ganzen 18413 gültige Stimmzettel abgegeben worden, die absolute Mehrheit beträgt demnach 9207 Stimmen; für Herrn v. Oldenburg wurden jedoch nur 9206 Stimmen abgegeben, er blieb sonach um eine Stimme hinter

dieser absoluten Mehrheit zurück, und es hätte von Recht wegen Stichwahl stattfinden müssen. Statt dessen erklärte der Wahlkommissar für gewählt. Hierzu können noch Wahlbeeinflussungen, ja es sollen sogar nach Behauptungen im Wahlprotokoll Wahlbeeinflussungen vorgekommen sein. Die Festigung dieser Behauptungen erachtet die Kommission für überflüssig, da schon aus dem zuerst angeführten Grunde die Wahl für ungültig erklärt werden muß, wie auch die Kommission einstimmig beschließt.

Dann fährt die Kommission fort in der Prüfung der Wahl des Abg. Will, Wahlkreis Stolp (1. Köslin). Auch heute wurden wieder eine Reihe von Wahlbeeinflussungen, besonders in Gutsbezirken, bestätigt durch die Ergebnisse der Verweigerung, festgestellt.

So würden 25 konservative Stimmen eines Wahlbezirks wegen ungesetzlicher Wahlkontrolle kassiert. Diese Kontrolle wurde ausgeübt durch einen Lieutenant v. Rad, der aus Amerika längere Zeit zu Besuch bei seiner Mutter, der Gutsherrin, war, in der Wählerliste als Wahlberechtigter bezeichnet stand und infolgedessen als Vertreter des Wahlvorstandes fungierte, als solcher sich jedoch ungesetzlicher Wahlkontrolle schuldig machte.

Wegen der gleichen Ungeheuerlichkeit wurden dann von der Kommission noch 47 konservative Stimmen eines andren Wahlbezirks kassiert und weitere 30 eines Bezirks, in dem außerdem an einem Tische vor dem Wahllokal Schnaps, Cigarren und konservative Stimmzettel, aber letztere in gerollter Form, so daß sie wie eine Cigarette aussehen und auch so abgegeben werden konnten, verteilt wurden. Die Kommission kam mit der Prüfung dieser von Beeinflussungen strotzenden Wahl noch nicht zu Ende.

Agenten des Auslandes. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte in ihrer Sitzung am Donnerstagabend den Eisenbahn-Etat. Erörtert wurden die niedrigen Auslandspreise des Kohlenhandels, die niedriger seien als die Inlandspreise. Der Minister erklärte die Maßnahme des Kartells, den Lieferant der Produktion billig im Ausland abzugeben, für im Interesse der beschäftigten Arbeiter liegend. Er fügte hinzu, daß er die Eisenpreise für die Eisenbahn-Verwaltung wesentlich herabgedrückt habe.

Erfolge der Abgabe des überschüssigen Schienenmaterials auf den Auslandsmärkten zu ähnlichen Preisen wie im Inlande, oder verzichtete das Schienenkartell auf jeglichen Zoll, so ließe sich wenig gegen seine Ausfuhrparis einwenden. Thatsächlich aber liegt die Sache so, daß das Schienenkartell in Deutschland einen Preis fordert und insolge des Zolls im Betrage von 25 M. pro Tonne auch von den Eisenbahn-Verwaltungen zugelassen erhält, der eine beträchtliche Entschädigungsprämie für seine mit geringem Gewinn und teilweise vielleicht sogar mit Verlust ausgeführten Auslandslieferungen einschließt; das heißt es wird den einheimischen Konsumenten zu Gunsten der fremden Eisenbahnen eine Extra-Abgabe auferlegt. Der liebe Landmann wird indirekt gezwungen, den auswärtigen Eisenbahn-Verwaltungen aus seiner Tasche Zuschüsse zu ihren Etats zu leisten. Die Hochzinszähler haben während der letzten Jollkämpfe diejenigen, die ihrer Interessenpolitik Widerstand leisteten, mit Vorliebe „Agenten des Auslandes“ geschimpft; auf niemanden aber paßt dieser Titel besser als auf sie selbst, denn ihr Verfahren ist nichts andres als Begünstigung des Auslandes auf Kosten des eignen Landes.

Die amtliche Feststellung des Schleswiger Wahlergebnisses besagt: Bei der am 9. d. M. in Wahlkreise Schleswig-Ederförde erfolgten Reichstags-Stichwahl wurden insgesamt 12 890 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Buchdruckerbesitzer Spejmann-Ederförde (fr. Vp.) 778 und auf Gutswirt Hoffmann-Hamburg (Soe.) 8902 Stimmen.

Aus Hessen, 12. Februar. Landtag. Die Zweite Kammer trat heute in die Beratung des Budgets ein. Die Finanzlage des Großherzogtums ist infolge der Rückgänge der Eisenbahnerträge keine rosig. Der Hauptvoranschlag sieht einen Fehlbetrag von 2 Millionen vor. Der Finanzminister gab heute der Auffassung Ausdruck, daß das wirkliche Ergebnis ein besseres sein werde, als das bereits wieder hebenden Eisenbahneinnahmen und der besseren Resultate der direkten Steuererhebung. Bemerkenswert war die Mitteilung, daß die in Berlin erhobenen Vorstellungen der hessischen und andrer süddeutscher Regierungen, im Reich eine größere Sparsamkeit walten zu lassen, „nicht ganz ohne Erfolg“ gewesen seien. Bemerkenswert hat man davon bis jetzt allerdings noch nichts.

Ultramontaner „Toleranz“-Nachwuchs. Im hellsten Lichte christlicher Duldsamkeit und guter Sitte zeigten sich, wie man uns aus Heidelberg schreibt, die katholischen Studierenden der dortigen Hochschule anlässlich der von akademischer Seite ins Werk gesetzten Grundgebung der Studentenschaft gegen die Angriffe des erzbischöflichen Ordinariats zu Freiburg und der ultramontanen Presse auf die freie Wissenschaft und ihre Vertreter an den Hochschulen des Landes. Die zur Unterzeichnung auffordernden Anschläge am schwarzen Brett wurden wiederholt zerlegt, mit den gemeinsten Ausdrücken beschriftet und bespuckt, merkwürdigerweise ohne daß es dem Universitätssekretariat bisher gelang, die Thäter ausfindig zu machen. — Handelte es sich dabei um die Aufführung eines „socialistischer Umtriebe“ verdächtigen Pausenstückes, die Heidelberger Hochschulbehörden hätten ohne Zweifel mehr Scheid an den Tag gelegt.

Stuttgart, 13. Februar. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute einstimmig einen Antrag an, durch den die Regierung ersucht wird, im Bundesrat für eine baldige Forderung des Gesetzes von 1873 betreffend die Gründung des Reichs-Jupalidenfonds einzutreten und zwar in der Richtung, daß in Zukunft nicht bloß den vollständig hilfsbedürftigen Kriegsinvaliden die Reichshilfe gewährt wird, sondern auch denjenigen, deren Erwerbsfähigkeit dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist.

Wahlvorbereitungen.

Aus dem südbaden. Baden. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ vom 12. d. M. befindet sich eine Mitteilung über eine Versammlung des Reichstags-Abgeordneten Dr. Blankenhorn in seinem 4. badischen Wahlkreise Lorrach, wobei der Referent von socialdemokratischen und freimütigen Rednern großen Widerspruch erfuhr. Der Bericht sagt:

„Charakteristisch für diesen Wahlkreis ist, daß die socialdemokratische Propaganda von der Schweiz, vom benachbarten Basel aus, betrieben wird. Ein baseler Socialdemokrat, Ramon Stelzer, führte dem auch auf dieser Versammlung das Wort, wurde aber von Dr. Blankenhorn als Wankendst ad absurdum geführt, wie ebenfalls die übrigen Herren von der Socialdemokratie. Abg. Dr. Blankenhorn erhielt ein imponantes Vertrauensvotum und darf seiner Wiederwahl mit Sicherheit entgegensehen.“

Diese Berichterstattung läßt einen großen Mangel an Wahrhaftigkeit vermischen. Abgesehen davon, daß jener deutsche Arbeiter, der in Basel beschäftigt ist, mit etwas Temperament die Entrüstung der Arbeiter über das Verhalten der nationalliberalen Partei beim Zolltarif zur Kenntnis des Abgeordneten dieses industriellen Gebietes brachte, war es unter Lorracher Vertrauensmann, der dort bürgerliche und wohlhabende Genosse Röss, welcher dem nationalliberalen Redner in sehr schärflicher und so wirkungsvoller Erwiderung diente, daß auf unfreies Genossen Antrag die Mehrheit der Versammlung sich zur Erteilung eines Nichtvertrauensvotums von den Eigen erbob. Die nationalliberalen Kriegervereiner mußten diesen Schmerz durch ein Hoch auf Dr. Blankenhorn etwas mildern. Das nennt die „Nationalliberale Korrespondenz“ ein „impotantes Vertrauensvotum“. Wie bescheiden! —

Husland.

Ueber den deutsch-venezolanischen Friedensvertrag

erfährt das „Reuter'sche Bureau“: Deutschland habe von Anfang an bestanden entweder auf Barzahlung seiner erstklassigen Forderungen im Betrage von 340 000 Dollar oder auf einer besonderen Sicherheit dafür, daß die Bezahlung derselben erfolge. Castro habe dieser Forderung zugestimmt, als die gegenwärtigen Verhandlungen ihren Anfang nahmen. Deutschland verlange jetzt nichts, was über das hinausgehe, was es bereits festgesetzt habe. Seine Forderungen werden vom Standpunkt der andern gemeinsam handelnden Mächte aus für billig angesehen. Ueber die Mittelung eines Washingtoner Communique's, daß England und Italien die Verantwortlichkeit für das Vorgehen Deutschlands abgelehnt hätten, könne als über eine völlig unbegründete Behauptung hinweggegangen werden. Die drei gemeinsam vorgehenden Mächte seien völlig einig in ihrer Haltung gegenüber Venezuela. Die erstklassigen Forderungen Englands seien natürlicherweise sehr gering im Vergleich mit derjenigen Deutschlands.

Eine „Laffan“-Melbung ergänzt die „Reuter“-Melbung dahin: Freiherr Speck von Sternburg teilte Bowen mit, Deutschland wünsche, daß Venezuela die von Deutschland geforderte Summe von 340 000 Dollar innerhalb fünf Monaten zahle. Bowen willigte ein, die erste Rate auf diese Summe, 68 000 Dollar, innerhalb vierzehn Tagen nach Aufhebung der Blockade zu zahlen. —

Frankreich.

Vom algerischen Kolonialwesen.

Paris, 10. Februar. (Sig. Ver.) Der soeben in Montpellier beendete Riesenprozeß der arabischen Anführer von Marguerite wirft grelle Schlaglichter auf die kapitalistische Kulturträgerei in Algerien. Die gerichtliche Beweisaufnahme gestaltete sich zu einer erschütternden Anklage wider die Bedrückung und Verraubung der Araber und Kabylen durch die eingewanderten französischen Kolonisten.

Die „ursprüngliche Akkumulation“ feiert in Algerien ihre verbrecherischen Orgien unter dem direkten und indirekten Schutz der französischen Gesetzgebung und der französischen Behörden. Die übrigens leidendsten Verhältnisse der Metropole zur Verschönerung der ererbten Völkerschichten scheiterten nicht nur an der verelendenden Wirkung der Geldwirtschaft, sondern namentlich auch an dem Umstand, daß die französischen Kolonisten mit den Vorrechten einer herrschenden Klasse ausgestattet sind. Es wäre zwar ungerecht, die französische Herrschaft in Algerien auf die gleiche Stufe mit der englischen in Indien zu stellen. Aber was hier ein direkt von der Metropole im eigenen Interesse geschaffenes Raubsystem, das ist in Algerien ein von der Metropole zu Gunsten der französischen Einwanderer gefördertes und gebildetes Raubsystem. Und dann machen ja die englischen Jungs im Gegensatz zu den französischen Chauvinisten für ihr Vaterland keinen Anspruch auf den Titel eines Kriegers des Rechts. ...

Der Aufbruch von Marguerite wurde von den Kolonisten natürlich dem moslemischen Fanatismus zugeschrieben. Die Gerichtsverhandlungen aber haben an der Hand der Thatfachen selbst dem „Temps“ eine wenig materialistische Gesichtsauffassung eingepflanzt. Das leitende Bourgeoisblatt erblickt in den religiösen Schlagworten des Aufbruchs eben nur die dem gegebenen Milieu angepaßte ideologische Hülle materieller Interessen: „In Frankreich entstehen Volksbewegungen unter der Decke politischer Ueberzeugungen, in Spanien unter der Decke des Provinzialismus, in Irland unter der Decke des nationalen Hasses, in Algerien ... entstehen sie notwendig unter der Decke des religiösen Glaubens, der ja das einzige Band der Völkerschichten ist.“ ...

Von den gerichtlich festgestellten Thatfachen sei nur erwähnt, daß im Orte Marguerite mehr als 300 Einheimische um 1100 Hektar Land herabtaut wurden gegen eine „Entschädigung“ von weniger als drei Franken pro Landeigentümer! Das ist ein typischer Fall der „in Form Rechts“ vor sich gehenden Räuberpraktiken der Kolonisten. Das Schwurgericht von Montpellier hat sich dem Eindruck der in 47 Verhandlungstagen vor ihm entrollten Thatfachen nicht entziehen wollen. Die humane Vorsichtsmäßigkeit der französischen Justiz, die arabischen Anführer nicht in Algerien richten zu lassen, hat sich bewährt. Die Geschwornen haben selbst den drei Chiefs der betrafften Rebellion mildernde Umstände zugebilligt, um sie von der Todesstrafe zu retten. Die drei wurden dann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, ein weiterer Angeklagter zu 15 Jahren Zwangsarbeit, weitere 15 zu niedrigeren Galeeren- und Gefängnisstrafen. 81 Angeklagte wurden freigesprochen. In mehreren Fällen hat die Jury auf Antrag der Verteidiger die „legale Entschuldigung“ gelten lassen, d. h. die gesetzliche Wahrung berechtigter Interessen seitens der Rebellen.

Die räuberischen algerischen Kolonisten werden natürlich über das relativ milde Urteil zornig. Es ist aber ersichtlich, daß die französische öffentliche Meinung den Wahrspruch mit tiefer Genugthuung begrüßt. —

Belgien.

Obstruktion in der belgischen Kammer.

Zum erstenmal hat nunmehr auch Belgien eine Dauer Sitzung des Parlamentes zu verzeichnen. Die Kammer Sitzung am Donnerstag dauerte von nachmittags 1 Uhr mit einer kurzen Unterbrechung um 10 Uhr abends bis Freitagmorgen 5 1/2 Uhr. Sozialisten und Liberale beschuldigten die Regierung, die Dringlichkeit für den vom Ministerpräsidenten eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung der Alkoholfsteuer nur deshalb gefordert zu haben, um den sich durch dieses Gesetz ergebenden Ueberschuß von 15 Millionen Frank zur Deckung des Defizits benutzen zu können, dessen Vorhandensein die Regierung bestreitet. Sozialistische und liberale Abgeordnete wechselten sich in der Obstruktion ab, indem sie namentliche Abstimmungen verlangten und Anträge zur Geschäftsordnung einbrachten. Gegen 4 Uhr morgens beantragte der Ministerpräsident, die Dauer der Reden auf 5 Minuten zu beschränken. Dieser Antrag kam zur Beratung und um 5 1/2 Uhr wurde die Sitzung auf Freitag nachmittags vertagt. —

Spanien.

Silvela über die Auslandsbewegung. In einer Unterredung bemerkte der Ministerpräsident Silvela, die zur Zeit in Spanien herrschenden Zustände seien zweifacher Natur, der eine Zustand sei ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital, der andre sei eine Folge anarchoistischer Ausschläge. Im ersten Falle werde sich die Regierung bemühen, eine Einigung zu erzielen, im zweiten aber energisch gegen die Aufwiegler vorgehen.

Der Ministerpräsident verspricht also Zuderkrot und Peitsche, hauptsächlich werden aber beide Bewegungen nur die Peitsche zu Lasten bekommen. —

Amerika.

In der Regierfrage hat sich nun auch der Senat der negefeindlichen Volksstimme angeschlossen und gegen den Präsidenten Roosevelt, der zu Gunsten der Regier eintritt, Stellung genommen. Der Senatsausschuß für die öffentlichen Werke hat sich nämlich in seinem Bericht ungünstig über die Ernennung des Regiers Dr. Crum zum Steuereintnehmer in Charleston ausgesprochen, die Präsident Roosevelt vollzogen hatte. —

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom Freitag, 13. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Schönstedt.
Die zweite Lesung des Justizgesetzes wird fortgesetzt beim Titel „Mittlergericht“.

Abg. Gabel (nl.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß das Gericht den Kurpfuscher Kardentötter gegen eine Kaution von nur 15 000 M. auf freiem Fuße belassen habe, obwohl der Staatsanwalt die Stellung einer Kaution von 100 000 M. beantragt hatte. Als Kardentötter geflohen sei, habe der Staatsanwalt mit Recht gesagt, das sei vorauszusetzen gewesen. Kardentötter habe ein Vermögen von etwa 600 000 M.

Justizminister Schönstedt:

Ich habe auf solche Einschüchtlungen der Gerichte keinen Einfluß. Ich würde alles zu vermeiden, was die Unabhängigkeit der Gerichte irgendwie antastete. Im Fall Kardentötter hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Dummheit nicht alle werden. Einen großen Teil der Schuld haben die Geschädigten sich selbst zuzuschreiben. Ich habe mit Bedauern aus den Zeitungen ersehen, daß der Angeklagte Kardentötter flüchtig geworden ist. Weßhalb das Gericht den Angeklagten gegen eine Kaution von nur 15 000 M. freigelassen hat, entzieht sich meiner Kenntnis und Nachsprüfung. Möglicherweise hat das Gericht in der ungläublichen Thorheit jener Leute, die dem Kurpfuscher ihr Geld und ihre Gesundheit preisgaben, für den Angeklagten einen mildernden Umstand erblickt und infolge dessen die Haftentlassung gegen Kautionstellung bewilligt.

Möglicherweise bin ich aber gegen meinen eigenen Willen schuld an dieser etwas milden Auffassung des Gerichts gewesen. Im November vorigen Jahres sind im Reichstage lebhafteste Angriffe gegen die Justizverwaltung wegen ihres Vorgehens bei Verhaftungen und wegen der Behandlung von Untersuchungsgefangenen gerichtet worden. Der größte Teil dieser Angriffe war entweder unbegründet oder ganz erheblich übertrieben. Es mag allerdings die Staatsanwaltschaft nicht immer mit der erforderlichen Vorsicht und Zurückhaltung bei Haftbefehlen vorgegangen sein. Der von mir zusammen mit dem Minister des Innern verfügte Erlaß über die Befreiung von Gefangenen ist bereits bekannt. Ich habe weiterhin eine Verfügung an die Oberlandesgerichte über die Untersuchungsgefangenen erlassen, die eine Zusammenstellung der bestehenden Vorschriften enthält, und allen Gefängnisbeamten übermittelt worden ist. Im Schlußsatz wird die ernste Erwartung ausgesprochen, daß die höheren Beamten fortwährend bestrebt sind, die Behandlung der Untersuchungsgefangenen je nach dem Einzelfalle und der einzelnen Persönlichkeit zu gestalten und durch Befehlzung der Unterbeamten dahin zu wirken, daß jede unnütze Härte und Schärfe, sowie jede Verletzung des Anstandes bei der Behandlung der Gefangenen vermieden wird. Eine weitere Verordnung bezweckt die Verminderung unnützer Verhaftungen. Es ist den Staatsanwaltschafts-Behörden aus Herz gelegt worden, in jedem einzelnen Falle sofort zu erwägen, ob die Festnahme geboten ist. Sie sollen sich in jedem Falle die große Tragweite eines solchen Eingriffes in die persönliche Freiheit, vergegenwärtigen. Unter keinen Umständen solle eine rohe oder inhumane Behandlung bei der Verhaftung Platz greifen. Es ist weiter den betreffenden Instanzen zur Pflicht gemacht, auf die Herbeiführung eines erträglichen und den modernen hygienischen Anforderungen entsprechenden Zustandes in den Gefängnissen hinzuwirken. Ferner habe ich die Behörden aufgefordert, wenn ihnen Beschwerden aus den Zeitungen oder sonst wie bekannt werden, den Sachverhalt entweder durch eine Verantwärtung aufzuklären oder eine Befreiung tatsächlich bestehender Missstände herbeizuführen. Eine weitere Verordnung betrifft die Behandlung der Anklagen.

Ferner möchte ich noch auf eine vom Abg. Heine im Reichstage vorgebrachte Beschwerde antworten, wonach in zwei Fällen in Ober-Schlesien die Haftstrafe durch eine Untersuchungshaft unterbrochen worden ist, so daß sich die Dauer der Haft dadurch verlängerte. Ich habe bereits 1897 durch eine Verfügung bestimmt, daß in den einzelnen Fällen je nach den Umständen geprüft werden solle, ob es möglich ist, von einer besonderen Untersuchungshaft abzugehen und die Haftstrafe nicht zu unterbrechen. Ich habe die Erwartung ausgesprochen, daß überall, wo es nach Lage der Sache vermieden werden kann, keine besondere Untersuchungshaft eintrete.

Endlich hat am 30. Januar im Reichstage bei der Besprechung der Poleninterpellation der Abg. Dr. v. Dziewidowski-Pomian, der diesem Hause nicht angehört, und dem ich deshalb nicht persönlich gegenüber treten kann, Klage geführt über die Verhaftung eines polnischen Redakteurs, der in der Haft 30 Pfund abgenommen habe, und dem trotz schwerer Erkrankung nach einem Detourne mit dem Gefängnisinspektor die Krankentour entzogen sei, so daß diese Behandlung im Gefängnis wahrscheinlich ein Menschenleben kosten werde. Wenn diese Thatfachen richtig wären, so würden sie höchst schauderhaft sein. Sie sind aber vollkommen unrichtig. Es handelt sich um einen Strafgefangenen, der nach jahrelangem Aufenthalt im Anstalt in Posen die Leitung einer polnischen Zeitung übernommen und dort wegen Reichthumsbeleidigung und Aufreizung zum Massenhaß zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Es wurden ihm während seiner Haftzeit wiederholt Gefänge im Urlaub bewilligt. Später erklärte der Gefängnisarzt, daß keine krankhaften Symptome vorlägen. Es wurden ihm zahlreiche Vergünstigungen gewährt, die nur in besonderen Ausnahmefällen eintreten. Er selbst hat sich niemals über die Behandlung im Gefängnis beklagt.

Abgeordneter Schmitz-Düffeldorf (Cir.) legt Bedenken gegen die immer weiter um sich greifende Abtrennung von Rechtszweigen von den ordentlichen Gerichten. Jetzt plant man sogar kaufmännische Schiedsgerichte. Die Weisgerichte zu diesen Schiedsgerichten erfordern eine lebhaftige Agitation und kosten viel Geld. Bei den Wahlen zu den Gewerbegerichten sind die christlichen Parteien bis jetzt immer den Sozialdemokraten unterlegen.

Justizminister Schönstedt:

Bezüglich der Kaufmannsgerichte will ich mich nicht äußern, da ein entsprechender Gesetzentwurf dem Bundesrat vorliegt. — Den Entwurf betr. Abänderung der juristischen Studien- und Ausbildungszeit, der im vorigen Jahr nicht zur Verabschiedung kam, haben wir einer erneuten Durchsicht unterzogen, sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Frage noch nicht genügend geklärt ist, ob genügende Garantien für die richtige Ausübung einer verlängerten Studienzzeit gegeben sind.

Bei den Gewerbegerichtswahlen kann es allerdings vorkommen, daß bedeutende Minoritäten nicht vertreten sind; dieser Uebelstand läßt sich aber durch orisatorische Einführung des Proportionalwahlsystems beseitigen. Ich möchte den Minister fragen, ob sich für Streitigkeiten aus dem Geschäftsvertrage nicht eine billigere und schnellere Gerichtsbarkeit als die ordentliche einführen läßt.

Justizminister Schönstedt:

Eine Aenderung der Gesetzgebung zur Beschleunigung der Erledigung von Streitigkeiten aus dem Dienstvertrage werde gewiß in Erwägung gezogen werden. Aber bis dahin empfehle es sich, wenn das Polizeiverfahren zu umständlich sei, auf das Institut der Schiedsmänner zurückzugreifen.

Abgeordneter Werner (Antif.):

Er wolle die Objektivität der Gerichte nicht anzweifeln, aber Verwunderung habe die hohe Strafe doch erregt, die die „Staatsbürger-Zeitung“ und ihre Redakteure erleiden mußten, wegen Verleumdung der Behörden von Rom. Das Verhalten des Staatsanwalts Kanjow müsse zur Kritik herausfordern. Er habe auch ihn selbst persönlich angegriffen und gesagt, er habe hier unter dem Schutze der Redefreiheit Verleumdungen ausgesprochen. Herr Kanjow sage er, er habe in gleicher Weise in Volksversammlungen gesprochen. Herr Kanjow hat die Ansicht ausgesprochen, daß Juden bei dem Morde nicht in Betracht kämen. Er wolle nicht sagen, daß nur Juden in Betracht kämen, aber der Fall sei doch noch keineswegs aufgeklärt. Den hohen Strafen, die über Antisemiten verhängt worden seien, ständen milde Strafen für die Gegenparteien gegenüber. So seien diejenigen, die den Lehrer Weichel des Nordes von Rom beschuldigten, sehr milde fortgekommen.

Justizminister Schönstedt:

Auf die Gerichte habe ich keinen Einfluß, auch die Angaben über den Staatsanwalt kann ich hier nicht kontrollieren. Ich muß es also ablehnen, auf diese Klagen näher einzugehen.

Abgeordneter Hund (fr. Vg.) tritt für die Schaffung von Kaufmannsgerichten unter Angliederung an die Gewerbegerichte ein. Wenn das Proportionalwahlsystem eingeführt werde, werde auch das Bedenken, daß die Sozialdemokraten alle Weisgerichte stellen würden, hinfällig.

Abgeordneter Werner (Antif.) bittet den Minister, sich auf Grund des von ihm vorgetragenen Materials über den Staatsanwalt Kanjow informieren zu wollen.

Die weitere Beratung wird hierauf auf Sonnabend, 11 Uhr vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

In der Sitzung am Freitag wurde mit der Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres begonnen. Unverändert wurden die Mehrforderungen für die Gehälter der Ministerialräte in Civil und der Bureaubeamten im Kriegsministerium bewilligt. Hierbei wurde angeregt, daß Schreibmaschinen in den Bureau überall dort verwendet werden sollen, wo hierdurch eine Ersparnis an Arbeit und Zeit und dadurch auch an Geld herbeigeführt werden könne. Der Kriegsminister versprach dies; er werde im nächsten Etat eine angemessene Summe für eine einmalige Ausgabe zu diesem Zweck fordern. — Für die Militär-Justizverwaltung werden 1 320 915 M. verlangt, gegen 1 126 300 M. im Vorjahre. Geht davon ab, was von der Militär-Justizverwaltung im Vorjahre 900 000 M. gefordert wurde, so bleibt für die Militär-Justizverwaltung noch 420 915 M. übrig. Die Gehälter der Militär-Gerichtsschreiber, weil die Schreiber an den Militärgerichten noch lange nicht so sehr mit Arbeiten belastet seien, wie die der Civilgerichte. Hierauf werden unverändert die Forderungen für Adjutantur-Offiziere und Offiziere in besonderen Stellen (908 526 M.) und die für Ingenieur- und Pionier-Corps (2 270 026 M.). Darauf wurde an die Beratung der Forderungen für die Geldverpflanzung der Truppen herangetreten. Der Abschluß der Verwaltung, die vorhandenen Eskadrons Jäger zu Pferde zu einem Regiment und zu einem Detachement zusammenzuführen, widerspricht die Kommission und lehnt die dafür geforderten Summen mit allen Stimmen gegen die der Konserbativen ab, weil das Vorgehen der Militärverwaltung im Widerspruch mit dem Militärgesetz stehe. Nächste Sitzung Dienstag.

Partei-Nachrichten.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten hamburgischen Wahlkreis hatte im verflochtenen Jahre eine sehr geringfügige Mitgliederzunahme. Die Einnahmen des Vereins betragen 37 340 M., die Ausgaben 35 712 M. Das Vermögen einschließlich Bankguthaben rund 13 800 M. An den Parteivorstand wurden im vorigen Jahre 9000 M. gefandt und die letzte Generalversammlung bewilligte abermals 4000 M. für die Hauptkasse. In dem Kreise, der den Landbezirk mit umfaßt, sind in 13 Gemeinden 32 sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder.

Partei-Presse. Einen sehr erfreulichen Aufschwung nimmt auch unser Straßburger Partei-Organ, die „Freie Presse für Elsaß-Lothringen“; seitdem dasselbe im eignen Verlage und in eigener Druckerei der Parteigenossen in Straßburg selbst erscheint, wurden über 500 neue Abonnenten gewonnen. Es steht zu hoffen, daß sich binnen kurzen das Blatt, das früher große Zuschüsse gebrauchte, rentabel gestaltet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Wissenschaft kann uns sonst was. Ausgangs des Jahres 1901 hatten die Genossen Rebe und Frauendorf in Jett in Croßen Kolonialden verbreitet zum Preise von 10 Pfennigen. Die beiden Genossen und der Genosse Thiele als Verleger erhielten Strafmandate in der Höhe von je 30 Mark, gegen die sie gerichtliche Entscheidung beantragten. Da Genosse Thiele während der Sessionsdauer des Reichstags nicht vor Gericht gezogen werden konnte, wurden die angelegten Termine immer wieder vertagt. Jetzt hat man nun die beiden Genossen Rebe und Frauendorf allein vor Gericht gestellt. Die Strafe wurde auf je 96 M. erhöht. Bei der Urteilsbegründung verlas der Vorsitzende zwei Stellen aus dem Kalender, ein Schängel, das die Fabel vom Storch behandelt, und ein Märchen, das von der Wahl eines Königs unter den Tieren handelt. Das Gericht habe, so berichtete der Vorsitzende, festgestellt, daß der Kalender Stellen enthalte, die in sittlicher und religiöser Beziehung Argernis erregend sind und daß demgemäß der Kalender unter die Scherereien falle, die überhaupt vom Vertrieb im Umlaufziehen ausgeschlossen seien. Das Schängel verstoße gegen das Dogma von der unbedenkten Empfängnis. Es sei Sache für sich, wenn die Wissenschaft heute darüber anders urteile, jedenfalls gelte das, was seit langer Zeit darüber festgelegt sei. Auch das Märchen sei in höchster Weise argerniserregend, denn wir lebten in einem monarchischen Staate, der besonders tüchtige und hervorragende Monarchen habe und in dem die Monarchie, so Gott will, auch immer bleiben werde. In dem Märchen selte aber die Monarchie verhöhnt werden.

Aus Industrie und Handel.

Zwanzigprozentige rumänische Rente. Der von der Zulassungsstelle der Berliner Börse genehmigte abgedröckte Prospekt gelangte heute mit den neuerfüllten Mitteilungen über die rumänischen Finanzverhältnisse an der Börse zum Ausbruch. Er bestätigt, was im letzten Wochenbericht über die Defizitbedeutung gesagt worden ist, ja nach den vorliegenden spezifizierten Angaben erscheint die Dedung sogar in einem noch weit ungünstigeren Lichte, da sie in stärkerem Maße, als angenommen wurde, durch die der Rumänischen Nationalbank aufgenommenen neuen Anleihen erfolgt ist; denn nach dem neuen Prospekt wurde die Dedung beschafft durch Verkauf von 4 Millionen Lei nom. Aktien der Rumänischen Nationalbank für 14,92 Millionen Lei, durch einen von der letzteren auf 30 Jahre gegen Verlängerung des Privilegs der Bank gewährten zinslosen Vorfuß von 15 Millionen Lei und durch Aufnahme eines weiteren in 1901 Jahren zu tilgenden Vorfußes von 15,197 Millionen Lei auf die Einnahme des in 1900 neu geschaffenen Cigarettenpapier-Monopols sowie endlich durch Contocorrentüberschüsse, die inzwischen aus den erzielten Ueberschüssen zur Rückzahlung gelangt sein sollen.

Anforderndlich befriedigt ist natürlich über die Zulassung der „Berliner Börsen-Courier“, aus dessen Verlag noch vor wenigen Monaten die heftigsten und schwersten Anklagen gegen die rumänischen Finanzverhältnisse hervorgegangen sind. Er schreibt zu dem Zweck eines Artikels, der die rumänische Wirtschaftslage in den prächtigen Farben schildern läßt: „Genau, daß aus der hochnotpeinlichen Untersuchung, welche aus Anlaß der Prospekt-Einreichung über die rumänische Finanzwirtschaft angestellt für notwendig befunden wurde, diese selber als vollkommen einwandfrei und intakt hervorgegangen ist. Das ist das erfreuliche Fact dieser Angelegenheit und es steht zu hoffen, daß angesichts desselben fortan auch die übelwollenden Gegner des ausstehenden Vallanstaates die Kreditwürdigkeit desselben außer dem Bereiche ihrer Diskussion lassen werden. Denn was sie auch immer sonst gegen die wirtschaftlich-politische Ansicht der rumänischen Regierung sagen mögen; die Anerkennung werden sie ihr nicht vorenthalten können, daß noch niemals ein rumänischer Staatsgläubiger sein Vertrauen in die Ehrlichkeit der Regierung zu bereuen gehabt hat. Rumänien hat sich auch in den kritischsten Zeiten niemals der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten entzogen und ist niemals dem Beispiele andrer und mächtigerer Länder gefolgt, die oft genug, z. B. durch Besteuerungen ihrer Renten-Coupons, die Rechte und Ansprüche ausländischer Gläubiger verfürzt haben.“

Dagegen meint der „Deutsche Economist“: Die Erwerbher müssen sich klar machen, daß der hohe Zinsgenuß ein Zinsengericht

ist, das das Risiko, welches sie eingehen, nicht aufwiegen kann. Die ganze wirtschaftliche Lage Rumäniens schließt jedenfalls ein leicht-herziges Vertrauen des ausländischen Kapitals aus; die finanzielle Widerstandskraft des Landes ist gering, und jedes ungünstige Ereignis von größerer Bedeutung muß den Gläubigern zur Last fallen. In eine ernsthafte Besserung der Verhältnisse kann man so wenig erwarten, als auf rumänischer Seite die Möglichkeit der eigenen Lage immer verkannt wird, was schon daraus hervorgeht, daß man geneigt ist, Vergleiche zwischen der eigenen Schuldenlast und derjenigen von anderen reichen europäischen Ländern anzustellen. Die Staatsfahnd drückt das Land um so schwerer, als die Erwerbsfähigkeit des Volkes eine außerordentlich schwache ist und fast nur von Ackerbau abhängt, dabei sind die Ausgaben für militärische und andere unproduktive Zwecke fortwährend im Steigen begriffen. . . .

Erhöhung der Schweißpreise. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ von zuverlässiger Seite erzählt, beschloßen die Hersteller von Schweißstücken, die zur Fabrikation von Gasröhren dienen, im Anschluß an die steigende Tendenz für Stabeisenpreise auch ihrerseits eine Preiserhöhung von 3 M. eintreten zu lassen.

Zu den Gerüchten über neue Vergewerkschaftungen im Ruhrgebiet wird der „Voss. Zig.“ von ihrem Essener Berichterstatter gemeldet: „Soweit ich mich habe informieren können, unterliegt es kaum noch einem Zweifel, daß das Projekt der Angliederung der Zeche „General Blumenthal“ an die Hibernia-Gesellschaft angeht und auch zu Stande kommen wird. Hiermit aber dürfte das Zustandsprojekt seinen Abschluß noch nicht ganz finden, denn wie man in sonst gut unterrichteten Kreisen wissen will, ist auch der Erwerb der Zeche „Ewald“ und „König Ludwig“ seitens Hibernia in Aussicht genommen.“

Die Vorlage über die Konvertierung der 4,2prozentigen Österreichischen Rente ist gestern vom österreichischen Abgeordnetenhaus angenommen worden. Der Zinsfuß der neuen Rente ist auf 4 Proz. festgesetzt. Wie das Wiener „Kronenblatt“ meldet, haben die Verhandlungen zwischen der Rothschild-Gruppe, den vereinigten Wiener Finanzinstituten und dem Finanzministerium zu einer Einigung über das Verfahren bei der Umwandlung und über den Anteil der verschiedenen beteiligten Gruppen geführt. Es wurde vereinbart, daß nach Auscheidung eines der Post-Sparlätze zufallenden Vorkaufsanteils auf die Rothschild-Gruppe eine Beteiligung von 67%, Proz. und auf die Bankgruppe eine Beteiligung von 32%, Proz. entfallen soll.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Polizei gegen Streikende. In der Fabrik von Meines, Rottke u. Co., Schönhauser Allee 78, streiken zur Zeit die Schlosser, Dreher und Schmiede. Wie uns die Metallarbeiter-Gewerkschaft mitteilt, entwickelte die Polizei den Streikenden gegenüber eine durchaus unzulässige Thätigkeit. Die Streikposten werden weggejagt, die Schönhauser Allee ist von der Wäldert- bis zur Stargarderstraße für Streikende gesperrt! In noch mehr. Einem Schankwirt, in dessen Lokal die Streikenden verkehren, bedeutet ein Polizeileutnant, das Lokal würde geschlossen werden, wenn das so weiter gehe, daß die Streikposten sich in demselben aufhalten, und herauskommen um Leute anzuhalten. Hossentlich ist der Schankwirt nicht so ängstlich, um solche Drohung ernst zu nehmen. Ganz besonders läßt sich die Polizei den Säug der Arbeitswilligen angelegen sein, die unter polizeilicher Begleitung nach der Fabrik gehen. Zu diesem staats-erhaltenden Zweck waren am Donnerstagabend nicht weniger als 2 Leutnants, 3 Kriminalbeamte und 4 uniformierte Schulleute anwesend, so daß auf je 3 Streikende — es sind im ganzen 27 — ein Beamter kommt. — Da darf man sich allerdings nicht wundern, wenn Polizeibeamte manchmal an solchen Stellen fehlen, wo ihre Anwesenheit notwendig wäre.

Die Jungbier-Kassierer führten in ihrer gestrigen Versammlung lebhaft Beschwerde wegen des Verhaltens der Polizei den gewissermaßen als Streikposten thätigen Jettelverteilern gegenüber. Letztere haben sämtlich polizeiliche Erlaubnis zum Verteilen von Jetteln, mittels deren die Kaufkraft der Brauereien auf den Streik aufmerksam gemacht wird, trotzdem werden sie von den Schulheuten unter Androhung sofortiger Suspendierung aus den betreffenden Straßen verwiesen. Die Polizei nimmt also auch hier wieder für die Brauereibesitzer Partei. Desto mehr sieht allerdings das Publikum auf Seiten der Streikenden, so daß die Aussichten des Streiks günstiger sind als anfangs. Ein Vorschlag, nochmals Verhandlungen mit den Brauereibesitzern anzubahnen, wurde von der Versammlung ohne Debatte abgelehnt.

Der Verband der Vorbiergehilfen macht darauf aufmerksam, daß die Gehilfen in solchen Geschäften, welche die Forderungen des Verbandes anerkannt haben, mit einer gelben Kontrollkarte versehen sind, auf der die erste Woche im Februar abgestempelt sein muß. Es wird erucht, bei Bemerkung von Vorbiergehilfen nach der Kontrollkarte zu fragen.

In der Betriebs-Krankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn haben sich die durch behördliche Ungünstigkeitserklärung der Vorstands-wahlen notwendig gewordenen Änderungen nunmehr vollzogen. Am Donnerstag, den 12. d. M., fand eine neue Generalversammlung statt, die mit einem durchschlagenden Erfolge der Straßenbahner-Organisation endete. Es erhielten die als Vorkasse zum Vorstand in Aussicht genommenen fünf Mitglieder der Organisation bis zu 217 Stimmen, während es die Kandidaten des von der Betriebsleitung begünstigten „Mischvereins“ nur bis auf 9 Stimmen brachten. Der neue Vorstand wird es sich jetzt zur Aufgabe machen, die langjährigsten Reformen (freie Arztwahl, Regelung der Apothekerfrage usw.) einzuführen.

Deutsches Reich.

Glasarbeiter! In Frankfurt a. M. sind bei den Glas-schleifern Differenzen ausgebrochen und bitten wir dringend, eventuelle Arbeitsangebote von Glaschleifern nach Frankfurt a. M. zu unterlassen. Der Vorstand des Glasarbeiter-Verbandes.

Lohnbewegungen in Offenbach. Die Schriftgießer haben die Kündigung eingereicht, nachdem die Unternehmer anfänglich ihre Hauptforderungen (8 1/2 stündige Arbeitszeit, Lohnminimum von 27,50 M., Regelung der Lehrlingsfrage sowie entsprechende Revision des Gewerbetarifs) abgelehnt hatten. In der Kündigungsgesetzgebung, die am Samstag abläuft, wurden Verhandlungen geführt, die das Resultat hatten, daß die Arbeitgeber die halbstündige Arbeitszeitverlängerung und das Lohnminimum zugestanden, jedoch Schmierleistungen hinsichtlich der einzelnen Sätze des Tarifs machten. Außerdem wollten sie die Arbeiter verpflichten, die neuen Abmachungen bis 1907 einzugehen, während die Arbeiter dies nur bis 1906 thun wollten. Auch sollten die Offenbacher Gießer ihre Frankfurter Kollegen jetzt zu einem Vorstoß veranlassen, was diese jedoch ablehnten. Vielleicht kommt noch eine Verständigung zu Stande. — Zur Kündigung war auch das Personal der Schuhfabrik von Schardt u. Co. geschritten wegen Lohnminderungen, jedoch ist es auch nicht zu einem Austritt aus dem Geschäft gekommen, da eine Einigung zu Gunsten der Arbeiter zu Stande kam. Jüngst von Schuhmachern wurde man aber nach Offenbach abhalten, da sich hier die Erkenntnis zeigt, daß man besonders die älteren Arbeiter abzuschließen sucht. Auch in Oberad und in Sachsenhausen-Frankfurt (Firma Josef u. Adler) sind Differenzen ausgebrochen. — Die Kartonnagenarbeiter und Buchbinder der Firma Kommanditgesellschaft J. F. Diegel in Offenbach sind mit ihrer Geschäftsleitung in Differenzen geraten.

Die Textilarbeiter der Firma Cohn u. Lorenz in Nordhausen haben durch einmütiges Vorgehen die Beseitigung des Prämien-systems sowie eine Regelung der Löhne erreicht.

Holländische Diamantschleifer, die in Jdar im Rheinland für eine Kölner Firma arbeiten, sind in den Ausstand getreten. Sie gehören dem holländischen Diamantschleifer-Verbande an und hatten vor einigen Jahren, als durch den Ueberfluß an Arbeitskräften Mangel an Arbeit eintrat, beschloßen, überhaupt keine Diamantschleifer mehr anzulernen, und diesen Beschluß auch durchgeführt. Ehe sie nach Jdar kamen, mußte sich die Firma verpflichten, keine Diamantschleifer anzulernen. Ein vor kurzem eingetretener Betriebs-leiter wollte eine Anzahl Verberungen dieser und anderer Ver-pflichtungen einführen, worauf der Ausstand ausgebrochen ist.

Husland.

Die Lithographen in Nantes (Frankreich) sind in den Streit eingetreten. Sie verlangen die Verkürzung der Arbeit von 10 auf 9 Stunden bei demselben Lohn und einen Zuschlag von 50 Proz. für Ueberstunden. Die Unternehmer haben diese Forderungen abgelehnt.

Sociales.

Sunkblüten.

Zur Reichstags-Debatte über den Staatssekretär des Innern vor einigen Tagen über den Befähigungsnachweis Insig. Er meinte, es könne dann so kommen wie in einem andern Staate (Österreich), wo die Behörden darüber entscheiden müssen, ob eine leberhosen-nähfähige Frau Vorkennzeichen vorlesen dürfe oder ein Wirt mit der Befähigung zum Verkauf warmer Speisen auch gekochten Schinken verkaufen dürfe. Die Sätze sind ja in der That ganz niedrig, aber Graf Kosobrodsky hätte doch bedenken sollen, daß wir allzumal Kinder sind. So haben sich jetzt die sächsischen Gerichte und Verwaltungsbehörden zum Zwecke der Mittelstandsdretterei sehr gründlich mit der Frage beschäftigt, was unter Lebens- und Genussmitteln, Bekleidungsgegenständen und ähnlichen zum täglichen Gebrauch bestimmten Artikeln zu verstehen hat. Und die Frage wird so gründlich erwogen, daß man auch Ameiseneier, Patent-briefe, Terpentinöl, Bettfedern, Oefenplanz u. dergl. darauf unter-sucht, ob sie als Nahrungsmittel oder Bekleidungsgegenstände gelten können. Die mitgeteilte Definition gilt nämlich als maßgebend für die Besteuerung des Umsatzes der Konsumvereine nach dem Umsatz-steuergesetz, eine zwar patentierte, aber trotzdem sehr schmerzliche Unvergleichbarkeit gegen den Mittelstandsbizim.

In einem Streite des dortigen Konsumvereins gegen die Gemein-de-Einkommsteuer hat jetzt das sächsische Ober-Verwaltungs-gericht entschieden, daß die nachbenannten Gegenstände weder Lebens-mittel noch Genussmittel, weder Bekleidungsgegenstände noch was ähnliches seien und daher nicht zur Umsatzsteuer herangezogen werden dürfen:

Ameiseneier, Bleichsoda, Borax, Bürsten und Besen, Bettfedern, Betttücher, Bettzeug, Bettüberzeug, Claisseife, Feuerzunder, Glas, Gummihüden, Hans, Inlett, Inlettpulver, Nerven, Noche, Röhre, Lederfett, Lackfarben, Leinwand, Lein- und Terpentinöl, Mais, Rohnsaat, Möbelstoffe, Ofenplanz, Patentbriefe, Kupfer, Petroleum, Seifenstärke, Regenschirm, Mühl, Kieselstein, Mühsaat, Seifenpulver, Soda, Spiritus, Schreibmaterialien, Schwämme, Scheuertücher, Seifensachen, Silberglanzstärke, Waschlauge, Weizenstärke, Wäsche, Wasserfarben, Waschlappen, Waschbretter, Zündhölzer.

Im Gegensatz hierzu bezeichnet die Kreishauptmannschaft Zwickau folgende Dinge als Bekleidungsgegenstände: Bettfedern, Betttücher, Bettüberzeug, Inletts und Scheuertücher.

Es kann sein, daß die königliche Kreishauptmannschaft gemeint hat, bei dem Elend im sächsischen Erzgebirge sei die Ver-wendung von Scheuertüchern zur Bekleidung nicht ausgeschlossen und was die Bettfedern betrifft, so soll es in der That auch oft vor-gekommen sein, daß amerikanische Vögel ihre Opfer erst geteert und dann in Federn gewickelt haben; es scheint, daß das auch in der Zwickauer Gegend üblich ist.

Man sieht, die Mittelstandsdretterei scheint zur Komik verdammt zu sein.

Die Furcht vor der Aufklärung

über bestehende Mißstände beherrscht die preussische Eisenbahn-Verwaltung unter Herrn Budde noch ebenso wie unter Herrn v. Thielen. In der Sitzung der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses am Donnerstagabend kam es zur Sprache, daß Herr v. Thielen dem Dr. Zimmermann das gewünschte Material zu einer Untersuchung der Eisenbahner-Verhältnisse bereitgestellt hat. Dr. Zimmermann ist dann bekanntlich selbst in den Eisenbahndienst getreten, und die Schilderung seiner Erfahrungen über die Lage der Eisenbahner hat viel Aufsehen gemacht.

Herr Budde erklärte nun in der Budgetkommission, daß er auf demselben Standpunkte stehe wie sein Vorgänger. Er verspricht sich von einer solchen privaten Statistik auch kein objektives Bild der wirklichen Lage, die Beamtenenschaft würde nur be-unruhigt und es würden ihnen Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllen könnten.

Seitens des Ministers sind vier Kommissionen zur Prüfung des Dienstes der Arbeitsstätten z. ernannt worden; die erste Kommission bestche aus Ministerialbeamten, die zweite aus Verwaltungs-beamten, die dritte aus Betriebsbeamten und die vierte aus Maschinen-technikern. Die Mitglieder der Kommissionen trafen ohne vorherige Anknüpfungen bei den Eisenbahn-Direktionen und Präsidenten ein. Der Minister hat an einer solchen Ueber-lesungskommission in Guben persönlich teilgenommen. Alle acht Tage erhält er von diesen Kommissionen einen Bericht. Diese neue Einrichtung habe sich gut bewährt, die höheren Beamten würden angefordert, sich der Unterbeamten besonders anzunehmen, denn die Mitglieder der Kommissionen sind angewiesen, sich mit Unterbeamten und Arbeitern in Verbindung zu setzen. Der Minister meinte, das sei bessere und praktischere Socialpolitik als die Zimmermannsche Statistik.

Die Gründe, die Herr Budde für seinen Standpunkt angeht, verraten unbewußt, was von der Thätigkeit der offiziellen, nur aus Oberbeamten bestehenden Untersuchungskommissionen zu erwarten ist. Was könnte wohl ein privater Unterfucher den Beamten für Hoffnungen erwecken? Er will und kann doch bloß die bestehenden Zustände untersuchen und schildern. Herr Budde kann also bloß besichtigen, daß der private Unterfucher risikolos alle Uebelstände aufdeckt und daß die Beamten, wenn sie erfahren, daß das mit Genehmigung der Regierung geschieht, in den Glauben versetzt werden, die Regierung wolle diese Uebelstände nun auch ernstlich bekämpfen. Das sind unerfüllbare Hoffnungen, wie Herr Budde die Beamten jetzt belehrt. Die offiziellen Untersuchungskommissionen werden keine solchen Hoffnungen erwecken.

Eine Petition um Verbesserung des Bauarbeiterschutzes haben die verschiedenen Bauarbeiterschutts-Kommissionen Hessens an den Landtag gerichtet. Unter Hinweis auf die Steigerung der Unfälle wird eine Erweiterung der Befugnisse der Bau-polizei gefordert, damit jeder Unternehmer durch Gesetz verpflichtet werden müsse, Angaben über das zu verwendende Material wie auch über die Herstellung, Lage und Einrichtung von Aufsenfallsorten (Waubuden) sowie über Aborte der Arbeiter zu machen. Bestimmt ausgesprochen müsse werden, wie die Gerichte beschaffen sein sollen. Ebenso notwendig sei der sanitäre und sittliche Schutz bei den Bauten. Am wichtigsten sei aber die Ueberwachung der Bauten, die durch praktische geschulte Arbeiter vorgenommen werden müsse, welche durch die Arbeiter selbst zu wählen seien. Auch wird verlangt, daß von der Regierung ein Anleitungs-buch für Bauarbeiterschutts herausgegeben werde. Alle diese Forderungen sind sehr specialisiert in einem umfangreichen Gesetzentwurf formuliert, welcher der Petition beigegeben ist.

400 Wurmtränke befinden sich zur Zeit im Hospital zu Bochum! Auch die Kranenhäuser der Nachbarkörkte sind überfüllt, so daß man nunmehr dazu übergeht, die auf verschiedenen Zehen erkranketen Baracken zu belegen.

Aus der Frauenbewegung.

Ober- und Nieder-Schöneweide. Am Montag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, findet in Ober-Schöneweide, Wilhelminenstraße 18 bei Kaufholt eine Versammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen statt, in der Frau Emma Thier einen Vortrag über „Frauenbildung und -Aufklärung“ hält. Zahlreichen Besuch der Frauen und Mädchen erwartet. Der Vorstand.

Der Verein für Frauenstimmrecht veranstaltet zum 20. Februar eine öffentliche Versammlung in Coblenz, um über die Wahlrechtgebung der Frauen durch die Novelle zum Kranken-versicherungs-Gesetz und die Nichtberücksichtigung derselben bei den Kaufmannsgerichten zu verhandeln.

Versammlungen.

Der Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin) hielt am Mittwoch in Kellerei großer Saal seine stark besuchte General-Versammlung ab. Nachdem die Anwesenden das Andenken 13 verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt hatten, gab Niels den Rapport über den 1. Quartal 1902, gleichzeitig verwies er auf die Gesamt-abrechnung in dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht der Orts-verwaltung. Danach hatte die Hauptkasse im vergangenen Jahre eine Einnahme von 200 187,91 M. Unter den Ausgaben werden aufgeführt: 2049,42 M. für Rechtschutz, 7110,50 M. für Gemah-regelten-Unterstützung und 152 702,34 M. für Arbeitslosen-Unter-stützung, die hauptsächlich durch den Kampf gegen den Innungsnachweis verursacht sind. Außerdem wurden 47 641,90 M. als Streikunterstützung gezahlt. Die Einnahmen der Lokalkasse beliefen sich auf 338 638,37 M. Hiervon wurden für Arbeitslosen-Unterstützung circa 86 000 M., für Streik- und Gemahregelten-Unterstützung reichlich 20 000 M. aus-gegeben. Der Kassenbestand betrug am Jahresabschluss 188 983,12 M. Trotz der erhöhten Beiträge ist die Zahl der Mitglieder nicht zurück-gegangen, sondern um ein geringes gestiegen, sie beziffert sich auf 12 308 einschließlich 44 weiblicher Mitglieder. Der Kassierer wurde entlastet. — Den Vorstandbericht gab Glöde. Auch er bezog sich hauptsächlich auf den gedruckten Jahresbericht, welcher zunächst eine ausführliche Schilderung über die bekannten Ursachen und den bis-herigen Verlauf des Kampfes gegen den Innungsnachweis enthält. Während des Kampfes wurden durch Extrabeiträge auf-gebracht 117 642,75 M. Von den Unterstützten waren arbeits-los: die Verheirateten 56 528 Tage, die Ledigen 24 201 Tage. Werkstattstreiks kamen im Jahre 1902 50 zum Ausdruck. Von diesen endeten mit Erfolg 22, mit teilweisem Erfolg 9, ohne Erfolg 28. Der Arbeitsnachweis wurde von den Unternehmern stärker benutzt wie früher. Arbeitslos meldeten sich 11 206 Personen, verlangt wurden 6000, besetzt 3060 Stellen. Rechtschutz wurde 121 Kollegen ge-währt. In den meisten Fällen, wo es sich um Streikvergehen (Postenstehen und Verletzung Arbeitswilliger) handelte, ist auf Frei-sprechung erkannt worden. Eine überaus reiche Thätigkeit haben die Kontrollkommissionen entfaltet. Es wurden abgehalten: Ge-schäftliche Sitzungen 246, Werkstatt-Sitzungen 1673, an denen 23 705 organisierte und ca. 4000 unorganisierte Kollegen teilnahmen. — Hierauf wurden Glöde als erster Vorsitzender, Niels als erster Kassierer und Leopold als erster Schriftführer wiedergewählt. Die übrigen Punkte der Tagesordnung konnten der vorgerückten Zeit halber nicht mehr erledigt werden, sie unterliegen der Beschlußfassung einer demnächst einzuberufenden Generalversammlung.

Der Verein der Bauanschläger hielt am 8. d. M. eine General-versammlung ab. An Stelle Keunes, der aus dem Vorstande aus-getreten ist, wurde Krümann gewählt. Zum Bauarbeiterführer-Strongree wurde Koog gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wieder eine Humbert-Interpellation.

Paris, 13. Februar. (W. T. V.) Deputiertenkammer. (Schluß.) Nach zehn Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen. Vinder steht noch auf der Tribüne und wird vom Präsidenten Lodron unter Androhung der Ausweisung aufgefordert, dem Willen der Kammer zu gehorchen. Vinder will Einspruch erheben, der Präsident läßt ihn jedoch nicht sprechen, worauf Vinder erklärt die Tribüne verläßt. (Beifall links.) Justizminister Bells erklart hierauf: Dies ist das dritte Mal, daß ich über die Humbert-Angelegenheit interpelliert werde. De Wandry d'Alton (l.) ruft: Nicht das letzte Mal! Der Minister fährt fort: Ich möchte wissen, ob in diesem Lande Betrüger und Diebe das Recht haben, die ehr-lichen Leute anzuklagen! (Beifall links.) Man hat mir vorgeworfen, daß ich die Humberts nicht verhofet hätte und weist mir jetzt vor, daß ich es getan habe. Es handelt sich jetzt darum, festzustellen, ob die Kammer sich zur Verfertigung der größten Schwindler des Jahrhunderts stellen wird. (Lebhafter Beifall links.) Auf den Antrag des Ministerpräsidenten beschließt das Haus, die Beratung der Interpellation Vinder bis nach Erledigung der übrigen Interpellationen zurückzustellen. (Beifall.) Hierauf geht die Kammer zur Weiterberatung des Finanzgesetzes über.

Einschränkung der parlamentarischen Redezeit in Belgien.

Brüssel, 13. Februar. (W. T. V.) Die Kammer setzte heute nach-mittag die Debatte über den Antrag des Ministerpräsidenten, die Dauer der einzelnen Reden auf fünf Minuten zu beschränken, fort. Es ist nicht ausgeschlossen, daß heute abermals eine Nachsitzung stattfindet.

Während des ganzen Verlaufs der Sitzung werden nur Ein- und Reden zwischen den Anhängern der Regierung und der Opposition gewechselt. Einige Abgeordnete wiesen darauf hin, daß jetzt jede Spekulation unmöglich sei und deshalb die Sitzung aufgehoben werden könne. Der Ministerpräsident besteht dagegen auf sofortiger Abstimmung über die Vorlage. Schließlich wird die Sitzung um 7 Uhr aufgehoben und auf morgen vormittag 10 Uhr verlegt.

Der englische Premierminister über die Venezuela-Frage.

Liverpool, 13. Februar. (W. T. V.) Premierminister Balfour hielt hier eine Rede, in welcher er ausführte, die englische Regierung habe die Regierung der Vereinigten Staaten bei jeder Wendung der venezolanischen Angelegenheit ins Vertrauen gezogen. Die Monroe-Lehre habe keinen Feind in England. Es würde ein Gewinn für die Civilisation sein, wenn die Vereinigten Staaten sich thät-kräftiger damit befäßen, eine Wiederholung von Schwierig-keiten zwischen europäischen Mächten und den südamerikanischen Regierungen zu verhindern, dadurch, daß sie diese zur Beobachtung der Regeln des internationalen Verkehrs anhalte. Eine Einigung mit Deutschland über ein gemeinsames Vor-gehen war das vernünftigste Mittel zur Erzwingung ihrer Forderungen. Die Erklärung, daß ein Bündnis mit Deutschland bezüglich der Venezuelafrage während des Besuches des deutschen Kaisers in Sandringham zustande gekommen sei, sei eine lächerliche Er-findung. Balfour fährt fort, internationale Animositäten seien eine große Quelle internationaler Schwäche. Man halte England für sehr unbeliebt auf dem Festlande. Kein Land werde aber mächtiger durch die Abneigung gegen England oder dadurch, daß es seine Animosität zeige, noch würde England dadurch mächtiger, daß es eine Animosität hege. Wenn der Friede in Europa gewahrt bleiben solle und die Sache der Civilisation ohne verhängnisvolle Erschütterungen Fortschritte machen solle, müsse dies durch eine umfangreichere Anwendung eines gemeinsamen Vor-gehens der europäischen Mächte geschehen.

Reichstag.

258. Sitzung. Freitag, den 13. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Stödel (C.):

Unser Antrag auf Einführung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages ist eine alte Forderung des Centrums und auch wohl durchführbar. Viele Industrien haben den zehnstündigen Tag bereits längst eingeführt, daher ist es dringend notwendig, daß er in allen gewerblichen Betrieben eingeführt wird. Herr Stödel sah in dem zehnstündigen Tag eine Beschränkung der Freiheit der Arbeiter. Dieser Einwand ist nicht zutreffend. Der allgemeine zehnstündige Tag liegt auch im Interesse der Unternehmer, die ihn bereits eingeführt haben, sie werden dadurch von der Konkurrenz derjenigen Unternehmer befreit, die ihre Arbeiter noch länger als 10 Stunden beschäftigen. — Gegen meine Partei sind heftige Angriffe von der linken Seite des Hauses gerichtet. Besonders Herr Hoch hat sehr wegwirrend über die sozialpolitische Tätigkeit des Centrums gesprochen. In der That hat das Centrum bereits Sozialpolitik getrieben, als Herr Hoch noch in kurzen Höschen herumließ und noch nicht wußte, ob er zur Klasse der Ausbeuteten oder Ausbeuter gehen werde. Diejenigen, welche die Arbeit seit 26 Jahren hier mitgemacht haben, werden es wissen, wie schwer es gehalten hat, den sozialpolitischen Gedanken hier zur Anerkennung zu bringen. Was das Centrum geleistet hat, steht in den Akten des Reichstags verzeichnet. Auch unsere Forderungen sind nicht alle erfüllt worden, denn auch wir hatten nicht die Mehrheit, aber wir waren stets bestrebt zu erreichen was zu erreichen war und die Reste so weit irgend möglich nachzuholen. Sie haben sich stets auf den Standpunkt der reinen Regulation gestellt. Wir stellen uns auf den Standpunkt eines Mannes, der von seinem Schuldner, wenn er nicht die vollen 100 M. bekommt, wenigstens 50 M., die jener geben will, nimmt, während Sie sagen: wenn ich nicht alles bekomme, so will ich nichts haben. Die Arbeiter werden darüber aufgeklärt werden, ob derjenige ihr wirklich Freund ist, der Forderungen aufstellt, von denen er genau weiß, daß sie nicht erfüllt werden können, oder derjenige, der wirklich etwas für sie erreicht. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir wünschen, daß die Sozialpolitik auf die Arbeiter vernehmend wirkt, das ist für uns die schönste Frucht der Sozialpolitik. Sie aber wollen nur Kritik üben, sie wollen nicht Vernehmung, sondern Haß säen. Bedenken Sie aber, daß der Haß ein schlechter Berater ist. Auch für den Arbeiter selbst ist es keine Wohlthat, wenn in ihm fortwährend Haß und Leid erregt wird. Nur in einzelnen Fällen nicht die Kritik dazu, die Zustände zu bessern, jedenfalls muß die Kritik berechtigt sein und sich gegen die Richter, die wirklich schuld an den Missethänden sind. Herr Dreesebach hat einmal gesagt, der Arbeiter habe die Pflicht, unzufrieden zu sein. Du lieber Gott, was sind das für Grundsätze. Unzufrieden sein darf man doch nur, wenn ein Anlaß dazu vorhanden ist. Meine Freunde und ich stehen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, die Sozialdemokratie steht auf dem Boden der atheistischen Weltanschauung, zwischen uns liegt eine Kluft, die nie überbrückt werden kann. Sie beginnen mit Ihrer Agitation immer damit, daß den Arbeitern gesagt wird: Ihr müßt das nicht glauben, was die Pfaffen sagen, Ihre Flugblätter tragen geradezu von Gottlosigkeit. Ich bin der Ueberzeugung, daß derjenige geradezu Verbrecher an den Arbeitern ist, der dem armen Arbeiter seine religiöse Ueberzeugung, seinen christlichen Glauben raubt. Bessert der Arbeiter seine wirtschaftliche Lage dem dadurch, daß er ungläubig wird? Sie nehmen den Arbeitern das, was ihnen noch Mut giebt, die Rammernisse des Lebens zu ertragen, und geben ihnen die Verzweiflung in die Hände. Wir glauben allerdings nicht, daß es möglich ist, alle Sünden in der Gesellschaft zu heilen, denn die menschlichen Leidenschaften werden sich Streit und Etwas zur Folge haben. Daher soll man die Leidenschaften mildern und nicht noch aufschaukeln. Noch ein Wort von den Gewerkschaften. Man weiß ja, wie sie gehandelt haben den christlichen Gewerkschaften gegenüber, früher waren sie überhaupt keine Freunde der Gewerkschaften, sie waren ihnen zu wenig zueilicht. Der „Vorwärts“ erinnerte noch vor kurzem an das Wort Bismarcks, des Centralvorstehenden des Maurerverbandes, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress: sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften gehören zusammen. In diesem Artikel, der ausdrücklich von der Redaktion des „Vorwärts“ unterzeichnet ist — es handelte sich um den Streit zwischen Sozialisten und Centralisten bei der Gewerbegerichtsreform — wird direkt behauptet, daß die Gewerkschaften — wenn man sie nach ihren Handlungen, nicht nach ihren Statuten betrachtet — politisch sind. Es ist also eine grobhartige Heuchelei, wenn sonst immer erklärt wird, die Gewerkschaften seien neutral. In derselben Nummer des „Vorwärts“ heißt es dann aber in einer Polemik gegen den in der Partei sehr unbeliebten Redakteur des „Correspondent“ der Buchdrucker: „Die Behauptung, daß Gewerkschaften und politische Partei gleichberechtigte Teile einer großen Massenbewegung seien, ist schon deshalb falsch, weil die Gewerkschaftsbewegung keine Massenbewegung ist. Sie organisiert nicht die Arbeiter als Klasse, sondern nur die Arbeiter als Angehörige eines bestimmten Berufs. An die Stelle der Solidarität mit den Genossen, setzt sie die Solidarität mit den Kollegen. Sie ist die Bewegung der Aristokratie der Arbeiter, nicht die Bewegung der Arbeiterklasse.“ — Wir hoffen, daß recht bald die Reichsfähigkeit der Berufsvereine anerkannt wird. Dann wird es auch gelingen, die christlichen Gewerkschaften mehr zu fördern. Unterliegen Sie die doch nicht mehr! Sie werden immer leistungsfähiger und zielbewusster und wissen sich der sozialdemokratischen Angriffe zu erwehren. Deswegen wünsche ich auch, daß wir mit dem Koalitionsrecht mehr Fortschritte machen als bisher. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Albrecht (SoC.):

Ich hatte eigentlich nur eine Spezialangelegenheit hier zur Sprache bringen wollen, die Lage der Arbeiter in der Konfektionsindustrie, jedoch nötigen mich die Reden der letzten Tage zu einer Erweiterung. Der Vorredner hat gegenüber den geistigen Rednern nicht viel Neues vorgebracht, er war bloß etwas anständiger. Abg. Stödel bezeichnete die Einführung des zehnstündigen Tages als eine „alte Frage“. Für das Centrum ist sie aber eine ganz neue Frage, die bei ihm erst jetzt vor den Wahlen aufsteht. Den Weg der Vernehmung, den der Vorredner erwähnte, werden wir allerdings nie betreten; zwischen Kapital und Arbeit giebt es keine Veröhnung und keine Harmonie. Die Harmoniebücherei und die Veröhnungspolitik haben wir abgestreift und deswegen haben wir auch unsere Vorteile erreicht. Abg. Stödel meinte, wir wollten die Arbeiter unzufrieden machen. Meinen Sie etwa, die Arbeiter könnten mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden sein? Die ganze heutige Sozialreform ist sehr wenig dazu angeht. Die Zufriedenheit hat immer nur zur Stagnation und zur Verjüngung geführt. Der Vorwurf aber, wir wollten den Leuten ihre religiöse Ueberzeugung rauben, ist unklar. Keine Partei übt eine größere religiöse Toleranz als die unfreie; wir haben Protestanten, Katholiken, Israeliten und Arbeiter, Konfessionslose unter uns — bei uns herrscht also die größte Toleranz. (Heiterkeit im Centrum und rechts.) Wir rauben niemandem seine religiöse Ueberzeugung, aber wir halten allerdings die Arbeiter soviel wie möglich zum Lernen an. Je mehr sie

gelernt haben, desto weniger brauchen sie zu glauben, und wenn sie dann schließlich alles gelernt haben, dann brauchen sie gar nichts mehr zu glauben. (Große Heiterkeit.) Wenn die Arbeiter glauben, daß sie, wenn sie hier auf Erden recht viel darben und leiden, nach ihrem Tode in den Himmel kommen und es dort recht gut haben, dann sagen wir: „Ihr seid Thoren, seht lieber dafür, daß Euer Loos hier auf Erden möglichst sich bessere!“ Danach streben wir — und giebt es dann später noch ein Paradies, so nehmen wir das auch noch mit. (Große Heiterkeit.)

Herr Paasche hat versucht, den in letzter Zeit recht rampantierten Ruf der Kanonenfirma Krupp zu reparieren. Es hat sich darüber geäußert, daß im „Vorwärts“ einige Artikel über die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma Krupp erschienen sind. Ich spreche hier im Namen der deutschen Arbeiter dem „Vorwärts“ meinen Dank für diese wahre Charakteristik der sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen aus. Die Arbeiter, die soziale Einsicht haben, halten von diesen Einrichtungen gar nichts. Wir wollen keine Wohlfahrten, sondern Rechte für die Arbeiter. Wir verlangen das freie Koalitionsrecht für die Arbeiter, dann werden sie sich schon selbst zu helfen wissen. Wenn sie das Koalitionsrecht frei ausüben können, dann brauchen sie keine Wohlfahrts-Einrichtungen, die sie nur an das Establishment fesseln und ihnen ihren selbständigen Charakter nehmen. Es giebt feste Establishments, wo man die Arbeiter am Gewinne beteiligt hat. Alle diese Kunststücke sind nur dazu da, um den Arbeitern ein K für ein U vorzumachen und ihnen zu sagen: „Wenn Du an keiner Organisation teilnimmst, wenn Du zu allem häßlich stillschweigst und nie Deine eigene Meinung äußerst, dann wirst Du der Vorteile dieser Wohlfahrts-Einrichtungen teilhaftig werden!“ Was hat es aber mit diesen gepriesenen Einrichtungen in Wirklichkeit für eine Verwandnis? Aus der Abrechnung der Krupp'schen Pensionen geht hervor, daß diese Klasse sich vollständig aus den Beiträgen der Arbeiter getragen hat, ohne Zuschüsse des Unternehmertums, der Fabrik oder der Direktoren. Ja, es ist sogar noch — aus den Beiträgen der Arbeiter — ein ziemlich namhafter Ueberschuß vorhanden. Die Einnahmen der Pensionen betragen 1805 ohne den Kasernenbestand und ohne die Beiträge der Firma Krupp: 643 252 M., die gezahlten Pensionen 602 861, bleibt ein Ueberschuß von rund 40 000 M. 1901 betragen die Arbeiterbeiträge 1 286 420 M., die ausbezahlten Pensionen 1 174 451 M., sodas ein Ueberschuß aus den Beiträgen der Arbeiter verbleibt von 111 972 M. Fast genau so verhält es sich mit allen anderen „Wohlfahrts-Einrichtungen“.

Ebenso wird mit den Arbeiterwohnungen den Arbeitern nur eine Fesseln angelegt, denn wenn die Arbeiter aus den Krupp'schen Werken entlassen werden, müssen sie sofort auch die Wohnung verlassen. So müssen sich besonders die verheirateten Arbeiter alles gefallen lassen, sie müssen sich treten und schimpfen lassen, um nur mit ihrer Familie nicht auf die Straße gesetzt zu werden. Genau so verhält es sich auch mit den Lohnlisten, die Herr Dr. Paasche gestern citierte. Bei diesen Listen werden in der Regel die Gehälter der höheren und niederen Beamten, der Werkmeister, Vorarbeiter usw. mit hinein gezogen in die Gesamtsumme der Löhne, und wenn man dann diese Summe durch die Zahl der Arbeiter dividiert, kommt in der Regel eine recht häßliche Durchschnittssumme heraus. Es scheint — ich will es nicht behaupten — daß man bei der uns von Dr. Paasche vorgelegten Tabelle dasselbe Manöver angewendet hat. Aber mit solchen Zahlenpieler-Kunststücken kann man uns nicht imponieren!

Herr Trimborn (Nuraf bei den Sozialdemokraten: Er ist nicht auf seinem Platz!) war gestern ebenso wie Dr. Paasche und die anderen Redner merkwürdig erregt. Ich kann mir das nur dadurch erklären, daß die Hiebe meiner Freunde Wurm und Honig gewesen haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man hat sich besonders darüber aufgeregt, daß Hoch die Witwen- und Waisenversorgung als eine Veröhnung der Witwen und Waisen bezeichnet, obgleich wir dafür gestimmt haben. Wir haben für den Antrag Trimborn gestimmt, weil wir im Prinzip für eine Witwen- und Waisenversicherung sind und stets bereit sind, wo es geht, dem Wolooh des Militarismus zu Gunsten der Arbeiter eine Stimme zu entziehen. Aber wir wenden uns gegen den Schacher, den das Centrum bei Gelegenheit des Zollwuchers mit dieser Materie getrieben hat. Ich möchte noch weiter gehen als mein Genosse Hoch und diese Art und Weise geradezu als eine Veröhnung der ganzen Arbeiterklasse bezeichnen. Ich würde einen noch schärferen Ausdruck gebrauchen, aber ich glaube, er ist nicht parlamentarisch. Ich für meine Person möchte dies Vorgehen bezeichnen als politische Hochstapelei!

Herr Graf Valfestrem: Herr Abgeordneter, Sie haben selbst gesagt, der Ausdruck sei nicht parlamentarisch. (Heiterkeit.) Ich teile Ihre Ansicht und rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Abg. Albrecht (fortfahrend):

Herr Trimborn meinte, es habe uns geärgert, daß das Centrum diesen „geschickten und klugen Gedanken“ gehabt habe. Ich glaube allerdings, daß als man im Centrum diesen Gedanken ausgebracht hatte und ihn mit den übrigen Zollwucherpartei besprach, ein verächtliches Anguren-Köheln durch das Konzentrat der Wuchertheorie ging. (Unruhe im Centrum.) Und nun ärgern Sie sich darüber, daß wir Ihnen in die Karten geguckt haben und sie vor aller Welt aufdecken! Herr Trimborn wollte die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht den Einzelstaaten überlassen. Freilich, Sie wissen sehr gut, daß wir in den Einzelstaaten keinen Einfluß haben. Bringen Sie doch einmal im sogenannten Kulturstaat Preußen sozialpolitische Anträge ein! Sie werden wenig Erfolg damit haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sollen keinen Wert legen auf die Millionen von Wählern, welche die Unternehmer zur Sozialreform leisten. In der That aber werden diese Beiträge von den Arbeitern mitgegeben. (Sehr richtig! bei den Soc.) Die Unternehmer ziehen sie bei den Arbeitslöhnen ab. Das hat der frühere Minister Böttcher selbst zugegeben. Die Dividenden der Kapitalisten sind in der Zeit, seitdem wir eine sogenannte Sozialreform haben, nicht zurückgegangen sondern gestiegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Sequenzen der Sozialreform lernen wollen, so gehen Sie doch auf die Arbeitersekretariate. Dort werden Sie sehen, wie man den Arbeitern mißspielt. Wenn sie nach langem Projessieren endlich eine Rente erlangt haben, dann kommt die Berufsvereinschaft und zieht ihnen so und soviel Prozent ab. Immer wieder müssen sie sich vom Arzi unterjochen lassen. Diese armen Reutner sind mitunter so verzweifelt, daß sie sich das Leben nehmen wollen, weil sie es nicht mehr ausfallen können, so von den Berufsvereinschaften haniert zu werden. Also da können Sie nicht verlangen, daß wir dankbar und zufrieden sein sollen für die Sozialreform, die wir bis jetzt haben. — Herr Trimborn und auch Herr Stödel sagte, das Centrum sei nicht die anstößigste Partei, es könne auch nicht alles durchsetzen. Bei der Militär- und Flottenvorlage, beim Zolltarif hat aber das Centrum den Ausschlag gegeben. Also, wenn Sie von Ihrer Macht Gebrauch machen wollen, dann gebrauchen Sie dieselbe, wenn es sich aber darum handelt, wirkliche Arbeiterausbeute-Gesetze durchzubringen, dann vertritt Sie sich hinter die Axtbeide: wenn wir das und das annehmen, läßt die Regierung das Gesetz scheitern. — Beim Zolltarif haben Sie nicht danach gefragt, ob die Regierung ihn annehmen würde oder nicht, da haben Sie sogar den unbestimmbareren Gerstenzoll hineingebracht. — Herr Stödel hat gefragt, warum ein großer Teil meiner Fraktionsgenossen nicht mehr Proletarier sind, warum wir nicht mehr arbeiten, sondern, wie er sich ausdrückte, reiche Leute geworden sind. Eine solche Frage zu stellen, dazu ist, glaube ich, allein

Herr Stödel fähig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die meisten meiner Fraktionsgenossen sind aus dem Proletariat hervorgegangen und „Leute aus der Werkstatt“, wie sie heute von hoher Stelle hierher gewünscht werden, und wir arbeiten heute nicht mehr, weil die meisten von uns entweder Opfer des brutalen Unternehmertums oder Opfer des Ausnahmegeretzes geworden sind, was die bürgerlichen Parteien gegen uns gemacht haben. Das weiß Herr Stödel auch sehr genau, er weiß, wie wir gehetzt worden sind von Ort zu Ort, von Land zu Land, wie kann er da noch fragen, warum wir nicht mehr arbeiten? (Nuraf bei den Sozialdemokraten.) Ich habe andre Fragen an Herrn Stödel zu richten, als warum er nicht mehr Vorgesetzter ist. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn auch akademisch gebildete Leute zu uns kommen, so ist das nur ein Vorteil für die Arbeiterklasse. Weil der heutige Staat seine Pflicht nicht tut gegenüber den Arbeitern, weil er die Arbeiter in Dummheit aufwochen läßt und mit seinen mangelhaften Schuleinrichtungen ihnen nicht die nötigen Kenntnisse beibringt. Dabei begreifen wir es mit Freuden, wenn auch Leute aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommen. Das ist ein Beweis für die Ausbreitungskraft unserer Ideen. Wir begreifen jeden mit Freuden, der zu uns kommt, wenn er unsere Grundsätze anerkennt und bereit ist, mit uns einzutreten für die Hebung des Arbeiterstandes.

Eine Ausnahme muß ich machen: Den Herrn Stödel würden wir ablehnen! (Lebhafte Zustimmung und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auf: Seine Wahrheitsliebe ist zu groß! Erneute Heiterkeit. Präsident Graf Valfestrem bittet um Ruhe.) Es ist ja bekannt, daß es Herr Stödel mit der Wahrheit nicht genau nimmt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Valfestrem: Sie dürfen einem Kollegen nicht vorwerfen, daß er es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Ich bitte Sie erneut darum, sich zu mähen.

Abg. Albrecht (fortfahrend):

Jedenfalls ist die Behauptung des Herrn Stödel, daß die Berliner Vätervereinschaft sozialdemokratisch sei, unrichtig. Sozialdemokratische Genossenschaften, wie sie Herr Stödel meint, giebt es nicht. Im übrigen bemühen wir Sozialdemokraten uns, in den Betrieben, in denen wir Einfluß haben, die Arbeiterforderungen zu erfüllen. Der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein, unter dessen Mitgliedern sich allerdings sehr viele Sozialdemokraten befinden und der eine eigene Bäckerei, Mälerei und Schlächtereibetrieb hat, hat den Achtstundentag vollständig durchgeführt. Alle acht Stunden treten ein Bäckermeister und 23 Bäckergehilfen an; drei volle Arbeitsschichten sind durchgeführt. Auch sonst ist für die besten Einrichtungen gesorgt. Auch die Leiter unserer Druckereien kommen den Arbeitern so weit wie möglich entgegen. Wo es irgendwie geht, ist eine Arbeitszeit von 8, 8 1/2, 9 Stunden eingeführt.

Damit will ich den polemischen Teil meiner Ausführungen schließen und mich meinem eigentlichen Thema, der Besprechung der Zustände in der Konfektionsindustrie zuwenden. Nachdem jahrzehntelang die Konfektionsarbeiter ihre Klagen erhoben und wir sie hier in Reichstags zur Sprache gebracht haben, ergehen die bekannte Bundesrats-Berordnung vom 31. Mai 1897. Sie ist besonders deshalb unzulänglich, weil sie sich nur auf die Großbetriebe erstreckt. Auf diesen Umstand weisen auch die Berichte der Fabrikinspektoren von Berlin, Leipzig, Bayern, Hessen etc. hin. So sieht es mit der Konfektionsberordnung aus, die Herr v. Heyl so rühmt. Bei Eröffnung der Legislaturperiode hat die Thronrede ausdrücklich auf die Missethände in der Konfektionsindustrie hingewiesen. Die Legislaturperiode geht zu Ende und man muß wirklich fragen: was ist geschehen, um das Versprechen zu erfüllen? Durch die Einführung von Lohnzetteln und Lohnbüchern sollen die Arbeiter der Konfektionsindustrie vor Ueberortteilung geschützt werden. Aber die Bundesratsberordnung vom 27. Dezember 1902 sieht die Einführung dieser Lohnbücher für die Wäsche- und Kleiderkonfektion zum 1. April 1903 aber nur für die großen Betriebe vor. Sie leidet also an genau demselben Fehler wie die Verordnung vom 31. Mai 1897: sie läßt die gewaltige Hausindustrie ganz unberücksichtigt. Der Herr Staatssekretär hat von einer Erweiterung der Konfektionsberordnung gesprochen und ein Erlaß des Handelsministers an die Regierungspräsidenten beauftragt es, worin Erwidigungen über die Lage der Konfektions- und Wäschebranche veranlaßt werden. Danach wird beabsichtigt, die Konfektionsberordnung auszudehnen auf solche Werkstätten, wo Frauen- und Kinderleider nach Maß hergestellt werden. Deshalb da noch eine Enquete notwendig ist, verziehe ich nicht, das Material der Fabrikinspektorenberichte und die Klagen meiner Berufsvereinschaften zu genügen. Und weshalb soll Halt gemacht werden bei der Frauen- und Kinder-Garderobe, warum bezieht man die Männer- und Knaben-Konfektion nicht mit ein? Die Konfektionsarbeiter fordern das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause nach der Werkstattbeschäftigung. Das ist eine weitergehende Forderung als der Hehlische Vorschlag; sie verbindet, daß die verheirateten Arbeiter aus der Hausindustrie so viel Arbeit mit nach Hause nehmen, daß die jugendlichen Arbeiter doch wieder dort arbeiten müssen. Zweitens fordern sie die direkte Ausgabe der Arbeit unter Veseitigung der Faktoren und Zwischenmeister. 3. Die Trennung der Wohn- und der Arbeitsräume; fünfzehn Kubikmeter Luft für jede Person. 4. Die Ausdehnung der Arbeiterausbildungsbestimmungen auf die Heimarbeit. 5. Reich, Staat und Gemeinden sollen Konfektionsarbeiten nur denjenigen Arbeitgebern übertragen, deren Werkstätten hygienisch eingerichtet sind und die Gewerkschaftsämter bezahlen. Ähnliche Forderungen sind auf dem vierten deutschen Gewerkschaftskongress in Stuttgart erhoben worden, auf dem 700 000 organisierte deutsche Arbeiter vertreten waren. Der Herr Staatssekretär erklärte, er könne nicht Regierungsvertreter in einen Saal mit Emblemen einer andern Staatsform entfenden; in Stuttgart sei das auch nicht der Fall gewesen. Ich weiß nicht, ob der Herr Staatssekretär von seinen Beamten recht unterrichtet worden ist. Ich als Kongress-Teilnehmer kann nur sagen, daß auf diesem Kongress dieselben staatsgefährlichen Embleme, dieselbe rote Farbe, dieselben Wästen von Marx und Lassalle wie auf andern Arbeiterkongressen vorhanden waren. Auch von außen war das Kongresslokal rot drapiert. Diese Farbe sollte den Herrn Staatssekretär nicht schrecken — sie färbt nicht auf die Beamten ab — (Heiterkeit und ihn nicht hindern, auf den nächsten Kongress der Heimarbeiter einen Vertreter zu schicken. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Württembergischer Bundesratsbevollmächtigter Präsident v. Schider: Der Vorredner hat behauptet, daß bei dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress rote Fahnen angehängen hätten und daß dies kein Grund für die Vertreter der Regierung gewesen sei, dem Kongress fern zu bleiben. Darauf habe ich zu erklären, daß diese Annahme irrig ist. Es waren vielleicht anfangs rote Fahnen aufgestellt, diese sind aber auf den Wunsch meiner Regierung entfernt worden. Dagegen ist es richtig, daß die Wästen von Lassalle und Marx aufgestellt worden waren. Diese Wästen wurden aber nicht beanstandet; dazu lag auch kein Grund vor. Dagegen wäre es doch unpassend gewesen, wenn man die Regierungsvertreter genötigt hätte, entweder sich zu entfernen oder unter roten Fahnen zu sitzen. Der Gewerkschaftskongress hat den Wünschen der Regierung in dieser Beziehung nachgegeben.

Abg. Herr. Heyl zu Herrnsheim (natl.):

Ich habe mich darüber gestreut, daß die Sozialdemokratie sich jetzt endlich der Heimarbeit beschäftigt. (Abg. Wibel ruft: Wie lange schon!) Ich habe schon 1896 darauf hingewiesen, daß auf Antrag des Abg. v. Vossmar die Beratung der Heimarbeit-

fragt von den Verhandlungen Ihres (zu den Socialdemokraten) Komplexes abgesetzt werden sollte, weil diese Frage zu kompliziert sei. Darauf haben wir uns mit der Frage beschäftigt und unsere Anträge sind die Grundlage für diejenigen Beschlüsse gewesen, die auf Ihrem Kongress jetzt gefasst worden sind.

Die Ausführungen Dr. Baasches haben klar nachgewiesen, wie segensreich die Kruppischen Wohlfahrts-Einrichtungen wirken. Die Argumentation des Abg. Albrecht, daß die Invalidenklasse allein durch die Arbeiterbeiträge bilanciert werde, verstößt gegen jede gesunde Versicherungstechnik. Keine Invalidenkasse kann ohne eine gesunde Kapitalanlage existieren. Aus diesem Grunde heraus habe ich auch die in meinem Hause existierende Invalidenklasse mit Kapital fundiert. Es ist ein Widerspruch, wenn Herr Albrecht einerseits sagt, die Arbeiter wollten keine Geschenke, und andererseits es beanstandet, daß die Arbeiterbeiträge zahlen müssen zu der Kruppischen Invalidenklasse. Ich kenne die Agitation, die stets an solche Arbeiterbeiträge geknüpft wird, und bezahle deshalb stets die ganzen Beiträge. In den Kommunen, wo die Socialdemokratie die Macht hat, muß sie auch die Arbeiter zu Lasten heranziehen, und da bewahrt sich das Wort: Die Macht der Socialdemokratie wird sich brechen an ihrem Eindringen in die Kommunalpolitik. In Offenbach haben die Socialdemokraten schon eine schwere Niederlage bei den Stadtratswahlen erlitten, weil ihre Steuerpolitik bei der Agitation von den Gegnern ausgenutzt wurde. Herr Albrecht sprach auch von der Wohnungspolitik der Arbeitgeber. Es ist doch aber selbstverständlich, daß sobald der Mieter in revolutionärer Weise die Erziehung des Vermieters anpacken will, der Vermieter das Recht haben muß, ihn aus der Wohnung zu weisen. Herr Albrecht sprach im Zusammenhang mit der Witwen- und Waisenversicherung wieder vom „Brotwucher“. Sie (zu den Socialdemokraten) brauchen den „Brotwucher“ eben für Ihre Agitation! Aber Sie selbst haben den „Brotwucher“ von 350 Mark redlich mitgetrieben! Die Witwen- und Waisenversicherung war in der That ein sehr glücklicher Gedanke, auf den wir gern eingegangen sind. Herr Albrecht ging so weit, zu verlangen, daß wir Ihre (zu den Socialdemokraten) Grundsätze in unseren Schulen lehren sollten! Da ja die Marx'sche Theorie vollständig zusammengebrochen ist (Widerspruch bei den Socialdemokraten) und jetzt wieder durch das Buch von David einen starken Stoß erlitten hat, so bleibt Ihnen (zu den Socialdemokraten) nichts übrig, als sich auf das kommunistische Manifest zurückzuziehen. Danach wäre also in unseren Schulen zu lehren: Zunächst die Expropriation des Grundeigentums, weiterhin eine starke Progressivsteuer. In Zürich aber, wo es einen socialdemokratischen Finanzminister giebt, ist man jetzt durch die Progressivsteuer dem Staatsbankrott nahe gekommen und denkt jetzt an eine Steuerreform nach Miquel'schem System.

Herr Hoch hat auf Grund der Nachrichten einer kleinen Wormser Zeitung, die Propaganda für die socialistische Agitation macht, behauptet, ich beschränkte die Koalitionsfreiheit meiner Arbeiter. Ich stelle fest, daß diese Behauptung der Zeitung eine gemeine, niederträchtige Verleumdung ist. Ich habe niemals die Koalitionsfreiheit meiner Arbeiter angefaßt, und keiner meiner Beamten hat dies jemals gethan. Solche persönlichen Angriffe der Socialdemokraten richten sich ja immer gegen Arbeitgeber, deren Arbeiterschaft nicht socialdemokratisch wählt. Meine Arbeiter wählen deshalb nicht socialdemokratisch, weil sie eine echt vaterländische Gesinnung haben. Glauben Sie (zu den Socialdemokraten) denn, daß es Ihnen am linken Rheinufer gelingen wird, auch nur einen Arbeiter für sich zu gewinnen, wenn Sie ihnen erzählen, daß Sie die Arme abhassen wollen, die wir doch gegenüber Frankreich so nötig haben wie ein Stückchen Brot? Mit diesem Programm werden Sie am Rhein kein Glück haben! (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Herr Albrecht ist wieder darauf zurückgekommen, daß auf dem Kongress in Stuttgart die Dekoration der Innen- und Außenräume in republikanischer Weise stattgefunden habe. Ich weiß nicht, ob es von den Vertretern der socialdemokratischen Partei richtig ist, wenn die Regierung den guten Willen zeigt, die Versammlungen der Arbeiter zu beschiden, in der Hoffnung, daß dort ruhig und sachlich Berufsinteressen der Arbeiter vertreten werden — ob es dann richtig ist, jetzt solche Behauptungen hier besonders zu betonen. Abgesehen davon stelle ich aus dem Bericht meiner amtlichen Delegierten fest, daß sowohl die Innen- wie die Außendekorationen in verschiedenen Farben gehalten gewesen sind. Daß dazwischen auch Rot gewesen ist, kann uns selbstverständlich nicht abhalten, solche Versammlungen zu beschiden. In den deutschen Farben ist bekanntlich auch die rote Farbe vertreten. (Heiterkeit.) Der Kernpunkt liegt darin: handelt es sich um eine Versammlung, wo lediglich Berufsinteressen der Arbeiter erörtert werden, dann liegt kein Grund vor, sie nicht zu beschiden; sobald aber derartige Bestrebungen einen politischen Charakter tragen und sobald die politische Tendenz in den ausgehängten Emblemen ihren unzweideutigen Ausdruck findet, dann ist selbstverständlich für die Vertreter einer monarchischen Regierung ein weiteres Commencium in solchen Versammlungen vollkommen ausgeschlossen.

Ich möchte zu den Debatten der letzten Tage noch einige Worte sagen. In unsrer Zeit sind zwei große Bewegungen, die socialistische und die agrarische Bewegung, die beiden bewegenden Pole in unserem ganzen öffentlichen Leben. Daraus sind diese beiden großen Bewegungen entstanden? Die agrarische Bewegung ist daraus entstanden, daß wir im Anfang des vorigen Jahrhunderts die ganze alte Agrarverfassung, die mit der politischen Verfassung auf das

engste zusammenhing, beseitigten aber den politischen Fehler machten, nichts andres an ihre Stelle zu setzen. Man überließ die Landwirtschaft sich selbst. Diese Erkenntnis findet ihren Ausdruck in dem bekannten Wort des großen Politikers Miquel: wir müssen jetzt 30 Jahre mal nur für die Landwirtschaft sorgen. Wir haben durch den Zolltarif und durch eine Reihe anderer Maßregeln den Willen betundet, manches in der Vergangenheit Vernachlässigte wieder gut zu machen. Es giebt auch in den Reihen der Socialdemokratie Personen, die mit einem hohen Maße von Objektivität dieser großen agrarischen Bewegung gegenüberstehen. Ich kann da nur wieder Herrn Schippel citieren. (Der Staatssekretär verliest eine Stelle aus der Vorrede zu Schippels Werk über die deutsche Handelspolitik, in der Schippel betont, daß der „gewöhnliche ökonomische Liberalismus in seiner Verständnislosigkeit für alle wirkliche Entwicklung auf dem besten Wege sei, auch den letzten bäuerlichen Wähler in das Lager der intransigenten Agrarier zu treiben.“ Die Herren von der Socialdemokratie, die fortgesetzt gegen jeden starken Schutz der Landwirtschaft Partei nehmen, sollten daraus lernen. Ich habe mich seiner Zeit auf die Verhältnisse der englischen Landwirtschaft berufen. Vor kurzem hat in der „Nation“ des Herrn Barth ein Artikel gestanden, der die Lage der Landwirtschaft in der englischen Grafschaft Norfolk schildert. Dort wird nachgewiesen, daß der Boden mit der Zeit so unrentabel für den landwirtschaftlichen Betrieb geworden ist, daß er nur noch zur Jagd ausgenutzt werden kann. Das Getreide diene nur noch den Rebhühnern zur Nahrung. Dedon sich diese Verhältnisse der Grafschaft Norfolk nicht mit einem großen Teil unsres Südens und nordöstlichen Deutschlands?

Ähnliche wirtschaftliche Ursachen wie für das Entstehen der agrarischen sind für das Bestehen der socialdemokratischen Bewegung maßgebend gewesen, dann auch im Anfang des vorigen Jahrhunderts wurde die alte Verfassung des Landes, die eng zusammenhing mit der gewerblichen Ordnung, allmählich ganz beseitigt. Es trat die kapitalistische Betriebsweise der Industrie ein infolge der technischen Fortschritte. Es entstand die Großindustrie Hand in Hand mit dem Aufschwung des Landes durch moderne Verkehrsmittel. Infolge dessen löste sich das intimere Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zum Teil wurde der Arbeitgeber sogar eine juristische Person. Da hat man es vielleicht auch verjämmt gegenüber dieser modernen Entwicklung gleichzeitig neue Institutionen zu schaffen, die wieder korporatives Leben in die großen Arbeitermassen brachten, die Stagen in den großen Arbeitermassen aufbauten. Auch in dieser Hinsicht behaupte ich, ist der berühmte erste kaiserliche Erlaß ein Wendepunkt gewesen.

Sie (zu den Socialdemokraten) haben wiederholt betont: wir sind Republikaner. Ich weiß nicht, ob Sie damit ihren eigenen Interessen dienen. Die Staatsverfassung hat doch mit einer verständigen Socialpolitik nichts zu thun. Im Gegenteil, ich behaupte, daß gerade in den Monarchien, vor allem in der deutschen, Hervorragendes geleistet ist zum Besten der ärmeren Massen. Wenn Sie fortgesetzt sagen: wir wollen lediglich Arbeiterinteressen vertreten, Berufsinteressen, wir wollen die sociale Lage der arbeitenden Klasse besser gestalten, aber auf der anderen Seite mit diesen Bestrebungen derartige politische Bestrebungen verbinden, die darauf gerichtet sind, die bestehende Staatsform zu ändern, so verlocken Sie Ihre arbeitserfreundlichen Bestrebungen mit Zielen, die damit absolut nichts zu thun haben. Wenn Sie fremde Zeitungen auch nicht monarchischer Staaten lesen, werden Sie finden, daß man auf zwei Dinge in Deutschland mit ungeteilter Bewunderung, ja mit Reid blickt: auf die deutsche Schule und die deutsche Socialpolitik. Eine Ihrer Hauptforderungen ist die Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Aber gerade in den nicht monarchischen Staaten ist das indirekte Steuerthema aufs allerhöchste ausgebaut, in einem nicht monarchischen Staat — ich will keinen Namen nennen — ist man noch nicht dazu gelangt, eine Einkommensteuer einzuführen, geschweige denn eine progressive Einkommensteuer. (Lustig: Frankreich.) Wenn Sie ehrlich Arbeiterinteressen fördern wollen, die Majorität dieses Hauses — davon bin ich überzeugt — will das auch und ebenso die verbündeten Regierungen, dann vermeiden Sie es in dieser Weise, wie das jetzt geschieht, Fragen der Arbeiterpolitik zu verbinden mit derartigen, sehr gefährlichen politischen Fragen. Sie werden Ihrer eignen Sache dadurch am allermeisten nützen. Wie man im Ausland über die deutsche Socialpolitik denkt, dafür will ich Ihnen nur als Beispiel ein Wort anführen, das das Staatsoberhaupt eines nicht monarchischen Staates mir bei einer Audienz, die ich die Ehre hatte, bei ihm zu nehmen, sagte: Die deutsche Socialpolitik wird Europa revolutionieren im Sinne einer höheren Kultur. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Eckardt (fr. Sp.) verteidigt die Baugewerks-Verbandsorganisation Bayerns gegen die socialdemokratische Kritik. Diese Berufsorganisation zöge tüchtige Kräfte heran und nähme bei der Anwendung des Rückrechts Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter. In Bayern sei alles geordnet, um die Unfallverhütung auf den Bauten so vortrefflich wie möglich zu gestalten.

Abg. Alwardt (G. L. Z.):

Ich habe seit Jahren mit Bestimmtheit darauf gerechnet, daß Sie (zu den Socialdemokraten) sich allmählich in eine radikale Reformpartei verwandeln würden, von der ich recht viel Gutes erhofft habe. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Jetzt muß ich annehmen, daß Sie alles, was für die Arbeiter gethan wird, nur als eine Etappe betrachten zu dem weitergehenden Ziel, alles Kapital aus den Händen der jetzigen Besitzer herauszunehmen. Sie wollen Unzufriedenheit, deshalb wollen Sie die Reformen, die Zufriedenheit schaffen können, auch nicht ernstlich.

für Sie sind diese Reformen nur Agitationsmaterial. Mit verschiedenen Streiks hatte ich Sympathie. So mit dem Kohlenarbeiter-Streik und mit dem Konfektionsarbeiter-Streik. Soweit mir bekannt ist, haben Sie (zu den Socialdemokraten) zur ernstlichen Durchführung dieser Streiks gar nichts gethan. (Gelächter.) Ihnen liegt daran, daß die Streiks mit einer Niederlage der Arbeiter enden, damit die Unzufriedenheit wächst. (Gelächter.) Sie haben gar nicht den Willen, die Lage des Arbeiters in der Gegenwart zu verbessern. (Gelächter.) Sie rechnen auf den Kommunismus, aber da sind Sie verleitet von den Theorien Karl Marx' auf dem Irrwege. — Redner geht nun zu einer Widerlegung Marx' über, der so ziemlich alle nationalökonomischen Begriffe schief aufgefaßt und überhaupt keine Ahnung von den ökonomischen Verhältnissen gehabt habe. (Gelächter.) Zwischen Arbeit und Kapital besteht gar kein Widerspruch. Der Gesamtwillen des Kapitals ist der Wille aller derjenigen, die besitzen, also auch der Arbeiter. (Gelächter.) Die gesamte sociale Frage besteht darin, daß dem Arbeiter eine Organisation geschaffen wird, die mächtig genug ist, daß die Arbeit mit dem Kapital von Macht zu Macht verhandelt. Die Verleihung der politischen Rechte an die gewerkschaftlichen Organisationen hat Eugen Dühring schon 1867 in einer Denkschrift an Bismarck verlangt. Es ist unser Unglück, daß die Arbeiterorganisation sich nicht in dieser Richtung entwickelt hat. Die Reden vom Neum- und Jehnstundentag können in diesem hohen Hause nur akademische Erörterungen sein. Die verschiedenen Betriebe sind so verschiedenartig gestaltet, daß man keine einheitliche Arbeitszeit für alle festsetzen kann. Es kommt doch nicht nur auf die Länge der Arbeitszeit an, sondern auch darauf, womit die Zeit ausgefüllt wird. Die Zukunft der Arbeiter liegt in den Gewerkschaften, nicht in den internationalen Idealen, an die Sie selbst (zu den Socialdemokraten) nicht glauben. Auch die Marx'sche Theorie vom Wert ist ganz unhaltbar. Wie kann man den Gewinn z. B. der Krupp'schen Werke als „Raub an den Arbeitern“ bezeichnen? Ist denn der Geist, der diese Werke schafft, nichts, sind denn die Anlagekapitalien und Produktionsmittel nichts, ist denn allein die körperliche Arbeit alles? Und was ist Ihre Freiheit? Da hat der Abgeordnete Bernstein Ideen vertreten, die sich den meinen sehr nähern. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Aber bei Ihnen heißt es: schweigen oder herausfliegen! (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Sie lachen — haben Sie kein andres Mittel, um mich zu widerlegen? Auch Sie lachen, Herr Peus? Eigentlich ist das nicht Ihre Art, dazu sind Sie ein viel zu edel angelegter Mensch! (Stürmische Heiterkeit.) Aber Ihre Nachbarschaft hat schon auf Sie abgefährt! (Erneute Heiterkeit.) Die Socialdemokratie will aus der Menschheit eine große Herde machen, die vielleicht gutgefressen, aber ohne Willen und Freiheit ist. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Ihre Tätigkeit müßte statt dem internationalen Großkapital, dem inländischen Handwerk zu gute kommen. Das wäre der Weg zu einer Gesundung der Nation! Man wird von den socialdemokratischen Wählern zwar keine zurückgewinnen, aber weiteren Zuwachs durch zu Grunde gegangene Handwerker usw. verhindern. Heute bekommt der Producent zu wenig und giebt der Konsument zu viel. Beide haben Grund zur Unzufriedenheit. Es ist noch einer dazwischen (Große Heiterkeit), der unsichtbar alle diese Millionen einheimst, die Sie (nach rechts) zu wenig bekommen und Sie (zu den Socialdemokraten) zu viel angeden. (Heiterkeit.) Und das ist der Kernpunkt der ganzen socialen Frage: die Verstaatlichung des Getreidehandels! Die Verstaatlichung des Getreidehandels brächte Deutschland in eine Lage auf dem Weltmarkt, die es sonst nie erreichen könnte. Wir wären in der Lage, Rußland in wenigen Jahren voll und ganz zahlungsunfähig zu machen. (Große Heiterkeit.) Das schlimmste aber für die Landwirtschaft ist die ungeheure Hypothekbelastung. Als ich diese Ideen vor acht Jahren meinen persönlichen Freunden vortrug, bin ich damit überall zurückgewiesen worden. Bis dahin stand ich ja mit den Abgeordneten auf der rechten und mit den Antisemiten auf der linken Seite. Seitdem haben mich selbst meine nächsten antisemitischen Freunde mit einem bedenklichen Kopfschütteln angesehen. Ich denke jedoch: seitdem haben sich die Verhältnisse so geändert, daß man heute doch meine Ideen ernsthaft nachprüfen sollte. Die Wähler sollten nur solche Abgeordnete wählen, die diesen Gedanken zustimmen, und wenn die Abgeordneten das nicht wollen, so möchte ich allen Wählern raten, einen Antisemiten zu wählen — der wird dafür eintreten! (Heiterkeit.)

Darauf verlegt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Hoch (Soz.): Abg. Behr. v. Oehl behauptete, meine Mitteilung, daß keine Arbeiter sich den Gewerkschaften nicht anschließen dürften, sei der „Wormser Volkszeitung“ entnommen. Diese Darstellung des Sachverhalts ist nicht richtig. Ich habe ausdrücklich bemerkt, daß ich diese Mitteilung bei meiner Anwesenheit in Worms von dortigen Arbeitern, die die Verhältnisse ganz genau kennen, erfahren hätte. Erst als Herr v. Oehl diese Behauptung bestritt, habe ich daraufhin die „Wormser Volkszeitung“, die mir im übrigen ganz unbekannt ist, genannt.

Abg. Behr. v. Oehl (persönlich): Ich wiederhole, daß die Behauptung der „Wormser Volksz.“ eine niederträchtige Verleumdung ist. Im übrigen hat Kollege Hoch sich in Worms einen starken Wären aufbunden lassen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 6 Uhr.

Theater.
Sonnabend, den 14. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenhäuser. Don Juan.
Schauspielhaus. Das große Licht.
Deutsches. Roma Vanna.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Festung. Der blinde Passagier.
Neues. Der reine Mann.
Waldens. Lull. (Louto).
Thalia. Der Kamelienschel.
Central. Madame Sherry.
Belle Alliance. Im Telephon.
Hierauf: Cupido u. Cie.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Meister von Palmira.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt).
Theater. Jugend.
Waken. Der Heuerbaron.
Carl Weis. Das letzte Gebot.
Nachmittags 3 Uhr: Die sieben
Haben.
Buntes. Lorenzo di Medici.
Nulsen. Robert und Bertram.
Kleines. Nachhül.
Trianon. Die Liebeschaukel.
Hyplo. Nalkis Hochzeit.
Metropol. Reueless! Allerneuestes!
Casino. Cavalleria rusticana.
Palast. Berliner Luft. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Berliner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.
Im Hofsaal um 8 Uhr: Dr. Donath:
Das Problem der Farbenphotographie.
Central-Theater.
Invalidenstraße 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, halbe
Preise: Jeder Erwachsene 1 Kind frei.
Schneeweißchen und Rosenrot.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Sonnabendsmittags 3 Uhr, halbe
Preise: Die Hedermaße. Abends
7 1/2 Uhr: Madame Sherry.
Belle Alliance-Theater.
Invalidenstraße 77, Uhr:
Am Telephon.
Drama in 2 Aufzügen.
8 1/2 Uhr:
Cupido & Cie.
Schwanz mit Gesang und Tanz in
3 Aufzügen.
Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute).
Schwanz in 4 Akten von Herre Becker.
Deutsch von Max Schönau.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonnabendsmittags 3 Uhr, zu bis
über die Hälfte ermäßigten Preisen:
Seine Kammerzofe.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Im Hofsaal um 8 1/2 Uhr:
Dr. Donath: Das Problem der
Farbenphotographie.
Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.
CASTANS
Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Neu! Miss Karri
die schöne Tätowierte.
Neu ausgestellt:
Otto Reutter.
Gr. Promenaden-Konzert.
Luisen-Theater.
Robert und Bertram.
Sonnabend, 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Der Piarer von Kirchfeld.
8 Uhr: **Der Weineidbauer.**
Montag: **Die Maschinenbauer von**
Berlin.
Dienstag: **Der Hüttenbesitzer.**
Mittwoch: **Der Weineidbauer.**

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr,
Wochent. 5 Uhr. Anf. d. Abend-
vorstell. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Ganz Berlin zerbricht sich
den Kopf über
AGA die schwebende
Jungfrau.
Mysteriöses Theaterstück in
1 Akt.
The three Devils: Die
Wettfahrt im Todesring.
Willy Prager prolongiert.
14 neue erstklass. Nummern.
Trianon-Theater.
Georgenstraße.
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
Luftspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Bernhard Rose-Theater
Badstr. 58.
Sonnabend, den 15. Februar 1903:
Der Weilschneefresser.
Luftspiel in 4 Akten von G. v. Rosen.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Dienstag, 24. Februar (Festnacht):
Ein Sommertag in der Jungfernhöhe.

Thalia-Theater.
Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Camelienschel.
Morgen und die folgenden Tage:
Der Camelienschel.
Sonnabendsmittags 3 1/2 Uhr:
Charles Zante.
Metropol-Theater.
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund.
Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G., Henri Bender,
Frid Frid, Fl. Sliding, Hans Reichsborg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Gente wegen Privat-Feierlichkeit
Geschlossen!
Sonnabend, **Der Herrgottschinder**
von Ammergau.
Montag: Derselbe Vorstellung.

Cirkus Schumann
Sonnabend, den 14. Februar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
High-life-Soirée.
Aus dem Gala-Programm hervor-
zuheben: Erstes Debut
Mons. Arsene Loyal mit
seinem **Pony-Affen-Cirkus.**
Zum erstenmal:
Neueste Attraktion:
Mr. Curto mit seinem neuen
Les Brunin Billardkünstler.
die unerreichbaren **Billardkünstler.**
Nur noch kurze Zeit:
Looping the Loop.
Ausserdem: Die lustigen Heidelberger
Sonnabend **2 Vorstellungen.**
Nachmittags **ein Kind frei.**
Nachmittags **Clown-Vorstellung** und
die reizende **Pantomime: Pierrots**
Weihnachten mit dem **Bombonregen**
sowie die neuen **Debuts** und
Looping the Loop.
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.
Grosser
Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends
Einzug Gambrius
mit Gefolge.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen
von Adolf Wilbrandt.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Jugendfreunde.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Montagabend 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von
Max Dalbe.
Sonnabendmorgen 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Heimat.
Montagabend 8 Uhr:
Heimat.

Apollo-Theater.
Heute und Montag 8 Uhr:
Frau Luna.
Um 9 1/2 Uhr: 8 glänz. Specialitäten.
Neu! Um 10 1/2 Uhr: **Original-Cake-Walk**
(3 Reges und 3 Regerrinnen).
Robert Steidl auf d. Hängeboden.
Sonnabendmorgen 3 Uhr, ermäßigte
Preise: **Frau Luna** mit Hornbüchse
elektrischem Ballet.
Vorher: Glänzende Specialitäten.
Sonnabend
7 1/2 Uhr: **Nakis Hochzeit.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Nachmittag 4 Uhr, Kindervorstellung
10, 25 und 40 Pf.
Die sieben Raben.
Anfang 8 Uhr:
Das sechste Gebot.
Vorher:
Wie denken Sie über Dreyfus?

Buntes Theater
Köpnickerstrasse 68.
Abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Lorenzo di Medici.
Schwank in 3 Akt. v. Rudolf Rittner.
Sonntag, den 15. Februar er.
12 Uhr mittags: 3. Vorstellung der
Modernen Bühne.

Steidl-Theater
Emin-
straße 102.
Dramen-
burger Thor.
Sonnabend 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Neues Programm!
U. a.: **Unser Kakelnesi.**
Urkommische Burleske.
Letzte Woche:
Familie Humbert.
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Sperrst. 1 M.
Vereine!! Der Festsaal des Steidl-
Theaters ist durch Unfall
für Sonnabend, den 21. Februar
frei geworden.

Moderne Bühne
im **Bunten Theater.**
Köpnickerstrasse 68.
Dritte Vorstellung:
Anfang 12 Uhr:
Im Frühling.
Eine Scene von Sigbjörn Obstfelder.
Deutsch von Luis Wolf.
Kain und Abel.
Drama in 1 Akt von Holger Rode.
Deutsch von Ida Jacob-Anders.
Traum eines Herbstabend.
Trag. Gedicht v. Gabriele d'Annunzio.
Deutsch von Linda von Lützow.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Söhre:
Tanz-Kränzchen.
Vott ist dot.
Sensationsparodie.
Säle zu Festlichkeiten.

Palast-Theater
Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
8 1/2 Uhr.
Berliner Luft.
Zwickel Dir. R. Winkler.
Unerreicht
ist das neue Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag und folgende Tage: **Ber-
liner Luft.**

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus
Franz-Budholz.
Heute: **Vodderfest.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger
und **Tanz.**

Casino-Theater
Löfflingerstr. 37.
Neu! 8 Uhr abends: **Neu!**
Trudy u. Charles Atlessy.
Großer Erfolg! Unteroffizier Schumann.
Bonnie! Cavalleria rusticana.
Wochentags 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
Neue Vorspielarten, gültig vom
Februar bis Mai, sind an den be-
kanntesten Stellen und vormittags von
10-11 1/2 Uhr an der Spitze gratis zu
haben.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 7,
Wochentags 8 Uhr.
Zum Gedenken, neu:
O die Schöne,
O die Schöne,
O die Schöne!

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erhell. Specialitäten-Vor-
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnab.
und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Kaf. Wochent. 8, Sonntag 6 Uhr.

Nachtasyl.

Buss' Salon und Garten
Grosse Frankfurterstr. 85.
Empfehle Vereinen meine
Säle mit grossem Naturgarten
für 1. Pfingst-Feiertag
und **Sonnabends.** 604L*

WINTERGARTEN
Yvette Guilbert
und die
Londoner Sensation
Circling the Circle
ausgeführt von
Original-Noissel-Truppe
(Keine erhöhten Preise!)
Cirkus Busch.
Sonnabend, den 14. Februar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey. Elefanten - Schauspiele.
Boeren als **Kunstschützen**
und **Lassowerfer.**
Elefant und Pferd. Seelöwen.

Zum Pechvogel.
Weiß- u. Banrisch-Bier-Lokal.
Paul Litlin, Warschauerstr. 61.
Bilfard, Vereinszimmer.
A. Stippekohls Restaurant
Köpenick, Schönfelderstr. 5.
Arbeiter-Bekehrungsort. Für gute
Speisen u. Getränke ist bestens ge-
eignet.
Prämiiert mit der goldenen Medaille.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommendanten - Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante
februar-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Kraft-Rothwein
Für Blutmarme
u. Kranke
ärztlich
empfohlen.
**Feurig-
Süsser**
Santa Lucia
Fi. 150
u. 2 M.
Überall
zu
haben
Unter ständiger Kontrolle des
Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.
Köpenick.
ältesten
Kottbusser Korn
empfehlen
6062*
Aug. Tauchert, Gastwirt,
Nüggelheimerstr. 4.

Ausstellung

für 550L*

Kartoffel-Verwertung

und Verwendung des
Spiritus zu technischen Zwecken
(Koch-, Leucht-, Heiz- und Kraftzwecke)
im Institut für Gärungsgewerbe
Berlin N., Seestrass
vom 7. bis 15. Februar 1903.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 1/2 Uhr nachmittags.

Tageskarten 1 M. - Dauerkarten 2 M. - Sonntagskarten 50 Pf.
Im Vorverkauf: Tageskarten 75 Pf. - Sonntagskarten 40 Pf.
erhältlich:

Berlin NW., Friedrichstr. 96 (gegenüber dem Central-Hotel),
im Ausstellungs- und Verkaufslokal der
Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H.

Brauerei Germania, Akt.-Ges.

Berlin O., Frankfurter Allee 53, VII 2645.
In sämtlichen eignen Ausschank-Lokalen

Bock-Bier 4/10 Liter 10 Pf.

1/8 Tonne M. 3,50. [4312*] 15 Flaschen M. 1,50.

Neu! Berliner Hütte! Neu!

„Schwemme“

Prinzenstr. 44 (nach Münchener Art).
Grösste Schenswürdigkeit Berlins.
Zum Ausschank gelangt:
Berliner Hüttenbräu in Masskrügen
1/2 Liter 12 Pf., 1 Liter 23 Pf.
* Warme Speisen nur zu 30 u. 40 Pf. a Portion. *

601L* Paul Ladewig, früher Geschäftsführer
der Frankfurter Hütte.

Brotts Gesellschafts-Haus.

Erkner am Dameritz-See.
3 Minuten vom Bahnhof - herrlich am Wald und Wasser gelegen -
empfehlenswert bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfper den gebirgen
Familien, Vereinen, Fabrikanten und Gesellschaften zu angenehmen Aufenthalten.
U. große Säle mit Bühne, 2 große schattige Gärten. Schatz für 1500 Personen.
Sonnabende und Sonntage noch für Vereine zu vergeben. 4172*

Seltenes Angebot.

Infolge überaus günstiger Waren-Abschlüsse durch Kassa-
Zahlung sind wir in der Lage,
Teppiche, Gardinen, Portieren
zu spottbilligen Preisen zum Verkauf zu stellen.

Teppichhaus

Adler & Co.

20-21 Königstrasse 20-21 beim Rathaus
nur im alten bekannten Lokal an der Judenstrasse.

GRÖSSTE HEIZKRAFT GERINGSTER ASCHEN-GEHALT
Henckels Werke
Senftenberg

Kein SCHLACKEN-RÜCKSTAND!

General-Vertreter: **C. F. Heinz, NW. 21, Dreysestr. 9.**
Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
nur **1 Mfr. 50 Pf.**, außer Bruch, keine Reparaturen billiger.
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen.
Dufaten-Trauring, 900 gest., 1 1/2 Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50.
Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eicht Rathenower Brücken,
Pierenez, Dreysestr. 2032*

T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

klein-Verkauf. Sehr starke Ware in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
nähte. Halbbarte Pilot-Taschen.
Große Hüden umloht. Die Hose
bei Einnahme von **4 Mfr. 50**
6 Stück 26 Mfr.

Schöne Lederhosen, Jackett 1 Mfr. 90
Schöne Lederhosen, Hose 1 Mfr. 50
Schöne Lederhosen, Jackett
Prima Lederhosen 2 Mfr. 50
Schöne Lederhosen, Hose
Prima Lederhosen 2 Mfr. 10
Schöne Lederhosen, Jackett 3 Mfr. 50
Gefütterte Lederhosen, Jackett 14.- 9.-
Schöne Lederhosen, Jackett 3,50, 2 Mfr. 75
Schöne Lederhosen, Jackett 4,25, 3 Mfr. -
Schöne Lederhosen, Jackett 3.-, 2 Mfr. -
Schöne Lederhosen, Jackett (braun) 3.-, 2 Mfr. 40
Schöne Lederhosen, Jackett, Preisig
7,50, 3 Mfr. 75
Schöne Lederhosen . . . 4,50, 2 Mfr. 75
Schöne Lederhosen, fest u. schön, 3.-, 1 Mfr. 75
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 20. Reichsliste 1902 wird kosten-
los und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jacketts und Manteln die Brustweite
anzugeben. 2062*
- Versand von 20 Mfr. an franco. -

Nachdruck verboten!
Gewerbegericht zu Berlin.
J. Nr.: 71 Gew.-Ber. 03.
Berlin, den 10. Februar 1903.
Bekanntmachung!
An Sachen der Lohnbewegung der
Stuttiger der Welt- und Brauerei-
Brauereien zu Berlin und Umgebung
war das Einigungsamt des Gewerbe-
gerichts sowohl von den Arbeit-
nehmern als auch von dem Verein
der erkrankten Brauereien als dem
Vertreter der Arbeitgeber anerkannt
worden.
In der Sitzung vom 5. Februar 1903,
an welcher teilgenommen haben
1. Gewerbeichter von Schulz als
Vorsitzender,
2. Direktor Rau,
3. Direktor Gehardt,
als Vertrauensmänner der Arbeit-
geber,
4. Former Körsten,
5. Handelskammerarbeiter Schumann,
als Vertrauensmänner der Arbeit-
nehmer,
ist eine Einigung nicht erzielt worden.
Bei der Beschlussfassung über den
Schiedspruch, den das Einigungsamt
gemäß § 72, Absatz 1 des Urteils
für das Gewerbegericht der Stadt
Berlin vom 25. Juli 1902 abgeben
sollte, standen die Stimmen der
Vertrauensmänner der Arbeitgeber
denen der Vertrauensmänner der
Arbeitnehmer gegenüber. Der Vor-
sitzende hat sich gemäß § 77, Absatz 2
des Urteils seiner Stimme enthalten
und festgestellt, dass ein Schiedspruch
nicht zu Stande gekommen ist.
Dieses Ergebnis wird auf Grund
des § 79 des Urteils öffentlich be-
kannt gemacht.
Der Vorsitzende
gez. v. Schulz.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste, Moquette, Satteltaschen.
Plüsch, Plüsch, Plüsch.
Muster bei näherer Angabe franco.

Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Neue Poststr. 18. Neue Poststr. 18.
Bilanz per 30. September 1902.

Aktiva.	Mark	Passiva.	Mark
1. Ein Cassa-Konto . . .	2 846,24	1. Per Konto d. Genossen-	
2. Inventar-Konto . . .	490,-	schafter	85,-
3. Gehalts-Konto . . .	9 600,-	2. Reservefonds-Kto. . .	30,-
4. Betriebs-Unkosten-		3. Gehalts- u. Verlust-	
Konto	962,80	Konto, alle Rechn. . .	8 025,07
5. Gehalts-Unkosten-		4. Ddgl., neue Rechnung	17 005,22
Konto	301,90		
6. Waren-Konto	3 007,30		
7. Konto pro Diversis . .	7 937,05		
	25 145,29		25 145,29

Zur Lauf des Geschäftsjahres 1902 sind keine Genossen neu beigetreten,
ausgetreten: keine. Mitgliederzahl am 30. September 1902: 17. Betrag
der Kapitalsumme 85 M., Gehalts-Guthaben 85 M. Das Gehalts-Guthaben
sowie die Kapitalsumme der Genossen hat sich nicht vermehrt und nicht ver-
mindert. 105/13

Berlin, den 10. Februar 1903.
Berliner Genossenschafts-Bäckerei.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)
Franz Schersath, Paul Lenz.

Wollen Sie

wirklich gut und billig rauchen? So bestellen Sie meine Cigarillos, die
oben abgebildet und größer, mit Sumatra oder Java gebackt und mit
guter und feiner Einlage für den spottbilligen Preis von **7 Mark pro**
500 Stück franco per Nachnahme. Bei vorheriger Geldsendung nur
6,50 Mark. Franco 40 gute Cigarren und Cigaretten zur Probe und ein
interessantes Buch mit Preisliste liegt in dieser Sendung noch gratis bei.
Garantie: Rücknahme oder Umtausch. Mehr zu bieten ist durchaus unmöglich.
Bitte zu bestellen bei **141/5***
P. Pokora, Cigarrenfabrik, Neustadt, W.-Pr., No. 258 E.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.

Anzüge nach Mass von 25 Mk. an

M. Schulmeister, Schneidermeister

Dresdenerstr. 4, Hauptstr. 143.
am Kottbuser Thor. Schöneberg.

Märkischer Hof, Admiralstrasse 18c.

Empfehle meine Säle, 150-500 Personen fassend, und Vereinszimmer zu Veranlassungen und Festlichkeiten jeder Art.
Der große Saal ist Sonnabend, den 21. u. 28. März frei und unter sonstigen Bedingungen zu vergeben.
Jeden Sonntag: Großer Ball!
Bei gut beleuchteter Orchester. Anfang 5 Uhr.

bewährteste Nahrung für
Kufeke's Kinder
gesunden, magen-darmkranken Kinder.
Kufeke's Kindermehl

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend (Eingeschriebene Hilfskasse No. 118).
Es werden hiermit bekannt, daß der Vorstand sich konstituiert und zum Vorsitzenden Herrn Gustav Herforth, Bismarckstr. 18, Euergebäude 2. Et., gewählt hat. Ein Verzeichnis der Mitglieder in Kopienabgaben zu richten.
Der Vorstand: A. v. S. R. e. f. e.

L. Ziehung 2. Klasse 208. Reg. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 13. Februar 1903, nachmittags.
Aus der Gewinnsliste 116 sind die betreffenden Nummern in folgender Reihenfolge gezogen.
(Ohne Gewähr.)

25 30 50 94 161 235 377 992 1004 20 206 88 336 96	460 596 95 800 723 943 57 2074 321 29 518 694 778 894	87 9072 188 204 372 54 90 494 533 932 83 4518 773	806 904 5008 90 121 285 405 543 68 6032 541 89 1000	98 758 94 854 61 973 74 7233 363 434 81 599 600 85 834	45 8058 86 262 51 377 454 618 715 79 975 9017 60	146 289 88 901 787 974	10072 324 84 829 11047 58 73 144 47 345 56 464	625 44 617 901 47 12066 80 290 425 36 42 89 703 85	824 906 41 02 76 91 13103 (3000) 270 331 581 617 56	98 894 14007 312 524 74 81 636 62 90 737 838 90 908	28 67 15173 226 308 463 70 502 31 982 16234 92 306	42 414 89 546 623 706 76 17071 92 182 404 8 1300 505	45 659 803 61 (200) 86 892 18086 182 248 63 350 405	52 530 74 724 35 76 892 19126 80 81 873 614 70 719	31 806 32 98	25190 32 435 623 81 91 978 21107 274 323 429 694	688 268 22163 273 333 411 648 75 977 23068 360 697	24179 309 82 26 573 635 (200) 25117 49 446 58 692	720 524 905 28054 573 63 236 387 619 67 731 934 27025	190 397 476 516 604 824 29 28032 231 96 432 136 897	28901 146 75 217 56 83 287 440 70 872 782 90 88 900 91	30101 276 516 758 72 31098 181 203 61 407 611	13001 88 886 32060 119 33 45 227 454 609 699 72	33098 247 370 525 54 620 62 83 824 947 73 34135 239	31 98 308 42 72 447 718 48 889 987 35116 40 364 694	817 27 905 30068 67 112 295 623 27 829 34 901 41	37192 340 69 77 494 373 623 745 800 901 73 38082 101	1305 13 243 413 524 90 893 967 75 30000 20 100 18 32	348 64 74 78 426 504 603 700 944	40098 261 524 72 859 88 997 41042 306 64 454 732	64 99 703 60 42183 306 731 883 43020 46 140 245	363 89 428 573 701 845 44156 635 90 720 903 45179	205 29 88 89 308 450 69 595 694 57 700 825 91 950	46061 147 465 81 829 699 94 872 902 84 47114 33 315	80 438 530 62 61 926 48182 281 470 84 619 50 719 94	940 40166 53 101 217 598 752 73 830 940 40	50151 218 362 89 489 669 862 913 37 36 50 57 64	51138 88 94 228 60 438 81 (200) 538 795 973 52127 17	265 88 356 511 15 81 618 24 966 89 53051 254 356 438	621 26 40 745 71 940 54141 56 80 96 218 445 36 43	463 648 700 888 55178 376 921 21 56052 154 285 341	67 475 88 332 615 25 820 57062 114 90 210 449 892 829	75 833 58054 70 168 294 450 668 876 903 30 59233 413	687 673 79 749 800 905	60199 319 25 88 400 566 93 650 830 55 92 934	61270 327 40 67 485 611 712 79 822 36 62034 61 65	131 385 96 489 500 686 953 63036 107 197 228 29 317	421 526 746 914 43 64000 65 172 254 92 394 502 4 71	51 65 636 868 98 65306 597 649 836 44 93 983 85 66001	398 988 898 920 68 90 93 67942 116 231 429 504 624	47 61 797 915 68476 518 661 79 854 69007 130 933	74 89 891 918	70117 306 450 617 30 91 931 71028 73 84 211 36	65 348 60 469 545 92 730 83 505 907 72196 280 302 419	606 659 915 70 73038 106 9 332 602 30 40 79 7474	337 481 535 683 745 90 846 74 961 75055 279 328 508	685 729 873 98 76040 156 88 91 287 984 96 77012	19 21 72 108 43 313 425 502 724 812 78179 89 272 310	685 740 95 828 57 79460 517 27 824 90	80007 37 45 142 245 57 327 72 79 464 807 93 919	89 81055 98 121 38 79 466 71 503 728 82057 135	346 581 677 625 83108 217 85 310 445 91 82 84260	13001 387 88 480 603 (200) 711 896 966 85170 361	90 81 523 44 88 647 70 14 863 916 24 93 86076 282	372 549 762 832 905 57058 88 106 71 90 227 61 408 54	259 60 797 840 45 922 82042 174 548 910 28 93009	718 (200) 402 89 512 853 933	90000 65 453 67 730 362 91042 51 63 72 125	200 24 26 339 45 97 616 50 933 68 92001 157 (200)	285 417 746 51 77 93153 85 329 421 734 43 662	94186 249 374 406 55 698 810 95080 74 233 71 95 355	648 63 690 716 15 27 44 822 33 83 925 50 73 96085	135 60 308 581 98 719 892 47 911 97183 390 714 90	832 908 98176 6 726 468 522 25 876 99023 103	281 321 418 600 62 84 750 840 990	100050 293 394 428 540 66 646 94 834 89 918	70165 722 82 81 102094 149 63 72 83 230 334	708 38 45 810 48 61 961 89 103271 356 717 862 927	59 (200) 91 104037 51 61 66 98 180 229 360 70	416 57 511 49 78 690 746 87 843 98 105219 33 397	18 468 501 106195 230 325 58 439 531 654 107347	679 852 108067 119 31 238 99 (200) 362 67 78	83 533 71 619 933 89 / 109076 229 317 466 96 649	79 829 83	110065 78 67 281 473 610 901 111157 58 86 213	61 790 112011 216 47 301 (200) 945 113140
---	---	---	---	--	--	------------------------	--	--	---	---	--	--	---	--	--------------	--	--	---	---	---	--	---	---	---	---	--	--	--	----------------------------------	--	---	---	---	---	---	--	---	--	--	---	--	---	--	------------------------	--	---	---	---	---	--	--	---------------	--	---	--	---	---	--	---------------------------------------	---	--	--	--	---	--	--	------------------------------	--	---	---	---	---	---	--	-----------------------------------	---	---	---	---	--	---	--	--	-----------	---	---

L. Ziehung 2. Klasse 208. Reg. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 13. Februar 1903, nachmittags.
Aus der Gewinnsliste 116 sind die betreffenden Nummern in folgender Reihenfolge gezogen.
(Ohne Gewähr.)

205 309 730 114031 320 77 489 502 9 17 43 65	686 700 21 115040 130 449 500 633 834 955 60 64	82 116040 81 245 54 368 487 512 639 800 13 901 18 55	117072 82 107 20 243 305 400 756 833 118279 314	47 403 639 880 61 84 906 119047 97 148 209 355 81	590 725 29 816 97	120002 89 288 520 51 55 825 979 121290 487	500 22 769 901 122048 61 375 676 944 123205	320 408 701 71 818 933 124176 422 30 621 570	125009 148 53 692 63 81 830 126349 487 387 832	61 784 985 83 127104 (200) 417 24 67 95 695 814	128015 44 263 400 147 42 84 306 (1000) 33 83 706 81 826	961 129039 62 63 104 30 46 415 69 595 80 81 649	772 82 818 91	130013 182 336 75 708 59 854 954 131540 645 903	132001 33 123 49 74 219 324 428 658 85 95 726 50 816	900 133102 39 64 91 388 483 87 990 134001 335 453	78 594 698 135028 141 407 31 47 78 511 90 708 800	136103 86 273 301 474 673 675 806 30 919 23 137800	98 123 39 69 451 99 880 743 138009 180 405 66 85 645	50 52 99 611 94 139112 217 27 360 78 458 80 815	140084 494 518 666 98 719 57 968 931 141064	123 24 322 54 484 500 696 720 882 142077 412 577 643	143054 144 237 49 425 504 95 784 144403 48 72	83 827 47 92 145030 75 138 392 633 744 864 933	146079 305 506 77 147170 319 39 423 688 754 946	148117 35 94 247 266 529 638 71 703 4 23 881 984	149067 219 362 456 583 629 714	150000 56 (5000) 362 516 686 807 17 79 944	151057 78 132 34 598 480 618 763 71 74 87 152011	66 101 501 20 687 798 876 153430 570 86 695 741	154103 48 56 241 456 830 69 602 155145 85 84 98	202 35 365 457 77 695 899 652 156110 294 64 510 62	901 157012 155 80 386 54 88 635 890 (200) 914 82	97 158162 220 29 69 342 83 562 601 83 777 80 849	82 (200) 159031 78 101 45 255 344 451 741 64 946	160120 44 357 423 88 534 750 51 86 830 50 (200)	161041 105 598 786 868 78 162020 298 396 426 508	621 (200) 894 163014 100 24 60 87 (200) 331 887 768	50 60 817 66 77 900 164238 70 301 335 743 805 609	165151 92 (2000) 485 606 81 83 947 82 166105 175	295 321 28 411 538 627 49 167286 98 325 678 769 633	168175 89 729 872 963 (200) 77 169082 92 167 223	435 610 25 774 905	170498 88 226 368 72 430 42 595 620 29 60 90	805 39 171122 28 302 11 24 517 704 23 82 843 81 970	172003 (200) 138 380 423 33 67 709 79 87 88 943 53	64 90 173409 69 656 784 174601 3571 394 452 (200)	838 931 98 175117 311 20 469 538 603 60 765 636	176022 74 138 298 428 34 579 717 83 177080 122	686 801 178011 210 49 723 26 806 945 179048 54	119 70 200 87 405 651 708 57 888 98	180062 101 61 213 360 621 664 715 831 88 181168	286 335 681 89 842 56 75 182140 768 76 91 976	183004 578 602 184032 75 251 53 306 39 49 793 871	922 185180 220 337 73 421 28 552 657 72 (200) 713	186077 333 68 437 97 521 870 799 808 26 65 974 187096	79 259 478 509 76 635 769 824 71 188199 205 696	189026 88 222 27 517 632 781 845 904	190040 147 60 406 523 600 49 96 711 940 87	191105 247 54 66 539 52 838 81 192088 101 39 334	604 619 21 761 49 95 981 193148 70 471 522 713 25	816 194070 336 485 649 65 195088 712 76 880 927	196055 116 223 450 649 705 93 891 197099 173 76	399 432 35 556 944 (200) 198010 126 176 215 91	303 404 12 621 74 974 78 199042 223 63 322 53 414 19	46 618 736 65 75 858	200304 78 726 201078 248 73 97 305 489 (200)	612 82 787 202004 32 400 98 (200) 630 60 659 62	721 961 203138 76 249 355 961 97 650 60 67 917	204036 321 694 681 205028 72 108 25 31 414 35	544 729 64 892 900 206094 190 65 977 90 207000	153 288 424 60 580 602 6 922 84 208166 270 82 343 51	630 53 59 732 810 209182 419 63 722 72	210083 214 735 211116 360 549 97 435 864 918	42 43 54 212170 212 18 370 433 50 20 213038	125 223 50 80 400 2 15 504 1 22 756 81 808 962 214047	131 98 77 90 411 62 655 780 827 983 215071 128 74	289 430 609 51 55 810 216001 220 44 322 579 90 746	67 828 87 856 53 217033 129 277 863 218006 86	458 892 87 869 954 219019 61 188 229 446 891	220005 60 74 101 368 422 36 40 524 83 87 644 854	221141 330 91 349 916 222073 178 214 62 392 445 60	62 594 623 714 827 923 223154 335 416 622 85 705	68 843 689 224008 293 415 3 648 820 90	10 Gewinnsliste verbleiben: 1 Gewinn zu 45000 Mk., 1 Gewinn zu 30000 Mk., 1 zu 15000 Mk., 1 zu 10000 Mk., 1 zu 5000 Mk., 2 zu 3000 Mk., 9 zu 1000 Mk., 15 zu 500 Mk., 43 zu 300 Mk.
--	---	--	---	---	-------------------	--	---	--	--	---	---	---	---------------	---	--	---	---	--	--	---	---	--	---	--	---	--	--------------------------------	--	--	---	---	--	--	--	--	---	--	---	---	--	---	--	--------------------	--	---	--	---	---	--	--	-------------------------------------	---	---	---	---	---	---	--------------------------------------	--	--	---	---	---	--	--	----------------------	--	---	--	---	--	--	--	--	---	---	---	--	---	--	--	--	--	--	---

L. Ziehung 2. Klasse 208. Reg. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 13. Februar 1903, nachmittags.
Aus der Gewinnsliste 116 sind die betreffenden Nummern in folgender Reihenfolge gezogen.
(Ohne Gewähr.)

71 131 72 258 359 434 50 567 601 86 89 787 925 30 71	1027 141 512 775 82 2014 32 131 58 247 679 818 96 962	3045 70 76 369 492 504 650 785 936 4205 356 423 92	508 641 714 881 5181 244 59 763 67 963 6179 224 313	411 25 516 7033 44 72 208 692 705 21 817 928 8130	314 94 792 9045 338 546	10249 471 710 806 961 11005 375 426 631 48 844	990 12226 415 566 13047 82 164 207 73 365 449 96	542 63 708 19 906 26 80 14001 224 338 674 15072	173 274 310 452 80 560 16 805 44 55 900 16391 407	517 67 617 (200) 881 17089 243 79 309 11 41 32 37 359	678 89 841 901 18001 173 273 35 323 760 63 828 996	192049 314 28 53 459 694 943 81 98	20239 38 433 459 69 675 809 21110 24 273 304 78	465 711 (200) 78 22042 73 79 258 434 569 18 57 602 842	974 23043 328 78 670 826 970 24172 256 316 734 823	62 25041 116 256 325 41 451 625 65 934 26158 245	389 551 790 805 52 (200) 47 852 27685 118 263 423 970	228032 51 138 288 474 994 807 992 29347 966 835 45 964	30000 14 48 51 139 98 271 390 806 31020 86 422	724 900 32031 37 93 267 316 17 24 73 75 422 722 892	97 624 64 78 33013 12 24 218 338 43 421 508 698 892 54	344000 20 22 196 310 74 24 61 498 544 781 849 90 35128	68 73 240 500 7 10 656 723 68 933 44 30616 92 287 363	404 19 22 569 685 736 51 832 82 88 37138 206 538 630	800 944 34850 114 318 483 59 345 48 746 60 93 807 908	39085 217 56 61 582 644 918	40044 85 118 84 252 377 583 712 814 906 41091	128 388 83 377 93 67 493 887 71 42270 844 654 77	12001 717 54 99 912 45 43004 82 210 22 319 441 549 896	882 87 44245 419 702 45011 23 27 196 445 338 607	97 859 83 46062 490 694 871 915 47023 82 103 94 305	53 415 16 702 6 78 48117 363 4 32 461 543 624 80 706	830 64 99 49508 11 706 47 99 905	50139 449 524 82 629 775 995 51016 36 281 328	73 468 540 638 832 62 52109 19 59 357 428 40 596 715	982 83 53148 99 340 340 574 503 50 92 638 856 930	48 65 54052 73 (2000) 97 167 435 320 734 55004 43	221 379 410 98 500 16 635 54 709 976 56043 114 65 78	344 406 537 63 789 823 77 57163 65 255 842 58296 301	281 608 648 77 877 857 82 68457 100 69 94 339 67	661 670 731 37 91 816 929 37 59188 218 406 578 760	60161 322 89 389 411 519 36 878 61024 285 330	77 616 720 26 70 947 62031 83 124 244 91 457 550	629 32 86 768 89 823 41 83 98 914 63158 201 96	149 651 835 71 64033 104 21 75 94 451
--	---	--	---	---	-------------------------	--	--	---	---	---	--	------------------------------------	---	--	--	--	---	--	--	---	--	--	---	--	---	-----------------------------	---	--	--	--	---	--	----------------------------------	---	--	---	---	--	--	--	--	---	--	--	---------------------------------------

Der Kurpfuscher-Prozess.

Zweiter Tag.

Zur heutigen Sitzung sind noch vier Zeugen von außerhalb vorgeladen und erschienen. Sie sagen nicht viel Neues aus. Ein Zeuge Müller aus Treptow a. N., der wegen eines Unterleibsleidens zu Nardenföster gekommen ist, fühlt sich arg getäuscht. Er hatte schon verschiedentlich „herumgedoktert“, ist durch die marktfeiereiische Proschüre gefördert worden und bei der Summe 52 Mark losgeworden, ohne daß die ihm gefandten Pillen geholfen hätten.

Aus den Befundungen eines andern Zeugen ergibt sich, daß Nardenföster beim Dr. Kronheim auch vor brieflicher Behandlung schwerer Lungentuberkulose nicht zurückschreckte. Die Mittel, die Dr. Kronheim verschrieb, waren solche, die nach dem Gutachten der Sachverständigen an sich nach pharmakologischen Grundsätzen anwendbar waren. Die Sachverständigen halten aber solche briefliche Behandlung mit Mitteln, die dem Patienten event. den Magen übermäßig angreifen, für ganz unzulässig.

Bei dieser Gelegenheit kommt zur Sprache, daß Dr. Kronheim bei Nardenföster gegen

tägliche Rindung Dr.

angestellt war. — Erster Staatsanwalt Dr. Pelz: Der Angeklagte hat ja wohl auch täglich seine 5 M. ausgehahlt erhalten? — Angeklagter Dr. Kronheim: Nein, ich erhielt mein Gehalt immer am Monats-Ersten. In diesem 1. Februar ist es allerdings ausgeblieben. (Heiterkeit.) — Präsident: Ja, an den Gerichtshof sind von den Angestellten Nardenfösters Briefe gelangt, worin sie mitteilen, daß sie am 1. Februar kein Gehalt bekommen haben und anfragen, ob sie es nicht vom Gericht erhalten können. (Heiterkeit.) Die Herren sind vielleicht dazu durch die Thatsache verleitet worden, daß das Gericht beschloffen hatte, Vermögensstände des Nardenfösters mit Beschlag zu belegen. Dem Gerichtshof stehen natürlich keine Mittel zur Verfügung, um für den Kurpfuscher Nardenföster Gelder zu begeben! (Heiterkeit.)

In einem andern Falle handelt es sich um einen Patienten, der im letzten Stadium der Lungenstomatitis sich befand. Er mußte, als er Nardenföster aufsuchte, zu diesem hineingetragen werden. Trotzdem hat ihm Nardenföster die Versicherung gegeben, daß er ihn in kurzer Zeit wieder herstellen werde. Der Kranke hat darauf nur Kaffee mit Cognac verschrieben erhalten, später ist er mit Medikamenten behandelt worden, die sehr scharf gewesen sein müssen, denn als einmal eine Flasche umfiel, ist durch die Flüssigkeit die Polsture von dem Stuhlstuhl abgegangen. Der schwerverkrankte Mann ist natürlich schon längst ins bessere Jenseits hinübergegangen.

Nach Schluß der Beweisaufnahme erörtert

Geriatsarzt Dr. Störmer

sein Gutachten. Die Proschüre Nardenfösters enthalte schwindelhafte, auf die Dummheit des Publikums spekulierende Angaben. Sein „neu-kombiniertes“ Verfahren sei keineswegs neu, neu sei auch nicht einmal die Aufdringlichkeit, mit der diese Kurmethode angepriesen wurde. Von einem „Laboratorium“ sei bei Nardenföster keine Rede gewesen, denn eine Waage und eine Küchenwaage könne kein Laboratorium darstellen. Die auf dem Titelblatt der Proschüre abgebildete Statistik über die Nardenfösterischen Heilerfolge seien vollständig erdichtet. Tatsächlich befanden sich unter 1000 Krankheitsfällen 477 Fälle mit absoluter Erfolgslosigkeit und in 114 Fällen sei eine direkte Verschlimmerung eingetreten. Auf die 1000 Fälle kommen höchstens 104 Heilungen, so daß die Angaben Nardenfösters direkt und in größter Weise wahrheitswidrig waren. Die Vorschriften zur Urin-Untersuchung seien gänzlich unzureichend gewesen, die Behandlung habe außerdem ergeben, daß die Urinproben einfach in die Erde geworfen wurden. Auf's Entschiedenste müsse bestritten werden, daß Dr. Kronheim, wie er behauptet, im Stande gewesen sei, auf Grund des ihm zugegangenen schriftlichen Materials eine Diagnose zu stellen. Die Verordnungen seien denn auch ganz schematisch ausgefüllt worden. In beruflich-tätigen sei ferner, daß bei dem Nardenfösterischen Heilverfahren auch Leute ohne jede oder mit ungenügender medizinischer Vorbildung in die Behandlung eingriffen. Das Hinangeben von Rezepten ohne Unterschrift sei durchaus zu verdammen und absolut unmedizinisch; bei dem kolossalen Umfang des Geschäftes sei die Zeit von einer Stunde, in welcher sich Dr. Kronheim im Institut aufhielt, ganz ungenügend. Rezepte in mehrfachen Exemplaren zu verordnen, sei unstatthaft; Irrtümer und Verwechslungen seien dabei leicht möglich. Die Behandlung schwerer Kranke ohne jede Chance widerstrebe den Angaben der Proschüre; auf das Urteil der Patienten, die sich durch Nardenföster geheilt wähnen, sei nicht allzu viel zu geben, denn sanguinische Kranke seien in dieser Beziehung recht unzuverlässig; in vielen dieser Fälle sei es noch gar nicht ausgemacht, ob nicht die vorübergehende schlummernden Krankheitszustände nach kürzerer oder längerer Frist sich wieder zeigen. Der Sachverständige resümiert sich dahin: Es war gänzlich unmöglich, auf Grund der schriftlichen Angaben irgend eine Diagnose zu stellen und da die Diagnose die Grundlage einer ärztlichen Behandlung ist, war eine entsprechende Behandlung gänzlich unmöglich.

Sachverständiger Medizinalrat Dr. Schacht wiederholt in seinem Gutachten die Angaben, die er schon während der Verhandlung bei verschiedenen Punkten gemacht hat, ebenso Sachverständiger Dr. Ernst A. W. Franz.

Sachverständiger Dr. Rahm:

Bezüglich des Angeklagten Nardenföster schließt er sich der Ansicht des Geriatsarztes Dr. Störmer dahin an, daß Nardenföster vermöge seiner ganzen Vorbildung nicht fähig war, Kranke zu behandeln und zu heilen, besonders, wenn dabei differente Mittel in Anwendung kommen. Anders liege die Sache bei Dr. Kronheim, der ein ordiniertes praktischer Arzt sei. Die Mittel, welche zur Verwendung gekommen, entspreche ja den Mitteln, die sich in den Handbüchern der Pharmakologie vorfinden und sie seien auch für die betreffenden Krankheitsgruppen, für die sie bestimmt seien, von Dr. Kronheim verschrieben worden. Die Unterlage für eine richtige Krankenbehandlung sei die Diagnose; die Weisung der Arznei habe für diese eine persönliche Untersuchung der Patienten für nötig. Dr. Kronheim siehe auf dem Standpunkte, daß er die Diagnose auch auf Grund eingehender brieflicher Angaben stellen könne. Objektive sei dies ja nicht unmöglich, aber in solchem Falle könne nur der Erfolg den Beweis dafür geben, ob die Diagnose richtig sei. Die schriftliche Diagnose sei zweifellos der minderwertige Weg, wer ihn gehe, müsse deshalb um so vorsichtiger sein, und bei einem Mißerfolge werde seine Verantwortlichkeit um so größer. Nun seien in der Verhandlung keine thätiglichen Schädigungen in die Erscheinung getreten, die in unmittelbarem Konnex mit den Verordnungen des Dr. Kronheim zu bringen seien, andererseits sei von Heilungen berichtet worden, bei denen nicht ausgeschlossen sei, daß der Erfolg auf die Verordnungen des Dr. Kronheim zurückzuführen sei.

Erster Staatsanwalt Dr. Pelz

das Wort zur Begründung der Anklage. Er begründet die lange Dauer der Untersuchung damit, daß man es nicht mit einer einfachen Sache zu thun habe. Die Anklage richtete sich gegen 5 Personen, von denen nur noch zwei zur Stelle seien. Der Dr. Guthermann habe es vorgezogen, zu fliehen, Dr. Deimann sehe von Beweisen auf dem Verlauf des Prozesses zu, Nardenföster sei verduftet, nicht weil er sich nicht unschuldig verurteilen lassen wollte, sondern weil er sich schuldig fühlte. Der Staatsanwalt geht die einzelnen in der Verhandlung zur Sprache gebrachten Fälle durch und kommt zu dem Schluß, daß dem Nardenföster vielleicht bei den Fällen, in denen er Dankschreiben erhalten hatte, die bona fides zugesprochen werden könne, nicht aber bei den fast zahlreicheren, auf der andern Seite stehenden Fällen, die ihm die Ueberzeugung beibringen müßten, daß er das nicht helfen konnte, was er versprochen. Nardenföster sei dem

Betruges schuldig zu befinden, in dem Sinne des fortgeschrittenen Betruges, denn er habe die Heilbude zweifellos in dem Sinne aufgemacht, alles anzunehmen, was sich darbot. Nardenföster sei ferner des Vergehens gegen die Gewerbeordnung schuldig zu sprechen. Der Staatsanwalt beantragt hiernach gegen Nardenföster wegen Betruges 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 5000 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust, wegen der kleineren Delikte 330 M. Geldstrafe. — Alsdann ging der Staatsanwalt gegen Nardenfösters „getreuesten Helfer“ Herrn Dr. Kronheim über. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Dr. Kronheim 1 Jahr Gefängnis und 1jährigen Ehrverlust.

Der Angeklagte Klesper sei als der am wenigsten Belastete und Schuldige aus der Verhandlung hervorgegangen. Die Beihilfe zum Betruges sei nicht genügend nachgewiesen und beantrage er die Freisprechung. Dagegen sei Klesper der Beihilfe zum unsäuerlichen Wettbewerbs für überführt angesehen. Er beantragte gegen ihn hierfür eine Geldstrafe von 300 M.

Der Vorsitzende vertagte darauf die Verhandlung auf Sonnabendvormittag 9^{1/2} Uhr.

Lokales.

Kodifizieren.

Es ist in deutschen Landen Sitte, dem Berliner, wie alle andern edlen Eigenschaft, so auch die echte harmlose Lustigkeit abzusprechen, die den Süddeutschen und den Rheinländer besonders zur jetzigen Karnevalszeit über das protestische Normalmenschenmaß hinaushebt. Wenn der Berliner lustig werden will, dann muß er schneipen sein, dann aber artet sein Frohsinn in Robeit aus. So ungefähr lautet das feststehende Urteil über uns; und zu dessen Bekräftigung weist der geistvolle Feind der Reichshauptstadt auf das allerdings brutale Treiben in Ballhallen, Eistempelhallen und Nachtcafés hin, von alkoholisch angehauchten Insinuen niederen Grades zu geschweigen.

Trifft diese Ansicht auch auf den Nordsee, zu wohnen sich zur jetzigen Zeit die Schritte so manches schwer bedrückten Menschenfindes lenken? Eines steht fest, nämlich, daß an dieser Stelle das Bier als Agent der Fröhlichkeit betrachtet wird, und insoweit mag ja zwischen dem scheinbar fröhlichen Männen und dem protestischen Berlin ein gewaltiger Unterschied bestehen. Dann kann nicht geäußert werden, daß in Berlin ein bißchen Kabau zum Ganzen gehört. Aber feierlicher Protest muß gegen die Entschuldigung erhoben werden, daß dieser Lärm den Charakter der Robeit trägt.

Es ist Donnerstagabend. In beiden Sälen der Brauerei drängen sich Männen und Weiblein in festen Knäueln. Alle Plätze sind besetzt und in den Gängen, die zwischen den Tischen gelassen sind, schieben sich keuglerische entlang und solche, die mit christlichem Bierdurst nach einem Stübchen Umschau halten. Aber das geklirrt im wirren Gedränge sondern unmerkbar in einer sichtbar abgegrenzten Ordnung: Rechts in den Saal hinein, links heraus. Wer so glücklich war, an einem Tische Platz zu finden, hält erst recht an den selbst gegebenen Commentregeln fest. In regelmäßigen Zügen wird das Bier ausgetrunken, und was wirklich noch an echter Harmonie fehlte, das schaffen die heillosen Trompetenklänge der Musikkapelle. Sowie die ersten Töne eines Kommodors in die Raucherhöhle des Saales hineinmurmeln, leitet mählich die Musik die Gäste in die Luft zu senden. Alle diese Geräusche summen aber zu einem Grundton zusammen, der zu den Klängen der Wechmühl ein beachtenswertes Korollar bildet.

Es ist übrigens nicht billig, sich einen Vorkauf anzutrinken. Zunächst kostet der Eintritt zum Leibar ohne Unterchied des Alters und Geschlechts 30 Pfennig pro Person. Dann achtet der Vorkauf argwöhnisch darauf, daß man ein Programm kauft und nun heißt es, sich mit etwa einem Duzend andern Requiriten zu versehen, ohne die es auf dem Tempelhofer Berg sich nicht recht lohnt, ein Mensch zu sein. Es gehört dazu zunächst eine Vorkauf, dann ein „Nüssige Leibar Geschichten“ betiteltes Buch voller Berliner Original-Sinnreden und Lieber, ferner je nach dem Geschlecht entweder ein Zylinderhut oder ein Damenhut aus Papier. Dann kann man Waldeusef, Adambüchlein, Gummihüte und ähnliche Instrumente nicht gut entbehren, ebenso sind Orden und kleine Tuscheln, die am resp. Busen befestigt werden, namentlich bei der Damenwelt sehr beliebt. Auch muß man zeitig ans Schreiben den Ansichtsarten denken, weil später die Kraft dazu ausgeht.

Das Bier ist süßig, aber die Brauerei hält auf Preise. Vier Zehntel kosten 25 Pfennige; es läßt sich nicht verkennen, daß der Berliner Stoff vor allem in diesem Punkt den Vergleich mit dem echten aushält. Es zeugt aber ebenfalls für den Berliner Ordnungssinn, daß auch der hohe Bierpreis nicht im Stande ist, die Harmonie der Triumpfeste zu stören.

Die Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser, welche bereits in der Stadterordneten-Versammlung erörtert wurde, kam auch in der gestrigen Magistratsitzung zur Sprache. So wurde hervorgehoben, daß es sich hier um eine Angelegenheit handle, über die ein abschließendes Urteil zu fällen kaum möglich sei, da doch die Zahl der Kranken sich beständig verändert und so auch die Zahl der freien Betten. Beispielsweise hatte das Krankenhaus Friedrichshain gestern ein einziges Bett frei, dagegen besch Moabit 10 und die Anstalt am Urban 17 freie Betten. Kompliziert wird die Frage durch den hohen Zugang von Mitgliedern der Krankenkassen, zu deren Aufnahme eine gesetzliche Verpflichtung für die Stadt nicht besteht. So zählt Friedrichshain augenblicklich 44 Proz., Moabit 31 Proz., Urban 54 Proz. und Göttingerstraße 66 Proz. solcher Kranken. Um die zur Abhilfe der Ueberfüllung etwa erforderlichen Mittel zu prüfen, ist eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt worden, die sich auch mit den Verhältnissen im Siechenhaus und im städtischen Obdach beschäftigen soll.

Durch den Sturm am Donnerstagabend wurde in der Andreasstraße ein schwerer Unfall herbeigeführt. Dem in der Georgenriedstraße 54 wohnenden Kellermeister war, als er gegen 1/9 Uhr abends die Andreasstraße passierte, durch einen Windstoß sein Hut entfallen. Der Kopfbedeckung nachfolgend, gelang es ihm, diese vor dem Hause Nr. 17 auf dem Fahrdamm zu ergreifen. In demselben Augenblick trieb ein neuer Windstoß den Kellermeister einen Schritt rückwärts auf das Geleise der Straßenbahn, auf welchem ein Straßenbahnzug der Ringbahnlinie heranzog. Er geriet unter die Vorderplattform und mit dem linken Arm unter den Schanzrahmen des Motorwagens. Er erlitt einen Bruch des linken Oberarms, linksseitigen Rippenbruchs, rechtsseitigen Oberlinsenbruchs und eine Lufteinwanderung über dem rechten Auge. Der Schwerverletzte wurde dem Krankenhaus Friedrichshain zugeführt. Eine Verlethung verursachte der Sturm gestern abend im Straßenbahnbetrieb durch den Biergarten. An der Charlottenburger Chaussee war gegen 7/19 Uhr ein Baum entwurzelt, der nach der Straße zu stürzte und sich auf den Leitungsdraht der Straßenbahn legte. Erst um 1/11 Uhr abends gelang es, den Baum zu beseitigen. In der

Zwischenzeit konnte der Verkehr zwischen Berlin und Charlottenburg nur durch Umleitungen aufrecht erhalten werden.

Der Wind, der vorgestern den ganzen Tag über recht kräftig geweht hatte, steigerte sich in den ersten Nachstunden zu orkanartiger Stärke. In der ersten Stunde brachte er ein kurzes, aber ungemein heftiges Schneereiben. Binnen wenigen Minuten war alles mit einer dünnen Schneedecke umkleidet; aber diese hielt nicht stand, so daß man heute morgen kaum mehr merkte, daß es wieder einmal Winter gewesen war. Auch in Breslau hat der Wettergott gestern abend sich recht launenhaft geberdet. Dort brachte der Sturm um 8 Uhr ein Gewitter und gleichzeitig ein Geflüber von Taufröhen mit sich. An der Ostseeküste wütete in der Nacht ein so schwerer Sturm, daß die Dampferverbindung zwischen Warnemünde und Gdansk ausfallen mußte. — Gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr stellte sich wieder ein kurzes heftiges Schneegeflüber bei Westwind ein.

Die Verhaftung der Baronin Bronislava Sobieraiski, welche in der Lauenburgerstraße ein Pensionat besaß, erregte im November v. J. Aufsehen. Mit ihr wurde auch ihre Wirtshofin, die unberechnete Bronstein, in Haft genommen. Beide sollten sich der Kuppel und des Diebstahls schuldig gemacht und besonders eine Künstlerin, welche vorübergehend in dem Pensionat wohnte, arg bestohlen haben. Der Verdacht gegen die Baronin ist insoweit entkräftet worden, daß sie gestern auf den Antrag des Verteidigers, Justizrat Bronker, ohne Kaution auf freien Fuß gesetzt wurde. Die Wirtshofin verbleibt dagegen in Haft.

Familien-drama. Die Frau des Cigarettenarbeiters G. versuchte in ihrer Wohnung in der Gollnowstraße sich und ihren 5 Monate alten Sohn zu vergiften. Die Frau wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Das sind ist außer Gefahr.

Bei einem Streit schoß der Bauarbeiter Hermann Hiete auf dem Neubau Polzigerstr. 48 auf den Bauarbeiter Wilhelm Worich zwei Revolverkugeln ab und verletzte ihn leicht am linken Zeigefinger und der linken Hüfte.

Die Anlegung von Kellerbränden, die auf einen ganz bestimmten Teil von Berlin begrenzt sind, wollen kein Ende nehmen. Gestern abend wurde die Feuerwehre mehrere Male aus diesem Anlauf alarmiert. Am Werderischen Markt, Werderstraße 3/4 brannten Kisten, Körbe, Strohv. a. a. in Keller und eine halbe Stunde später in der Teufelsdröckchenstraße 1 Körbe, Strohv. Kisten usw. in einer Durchfahrt. Bieleicht wäre es rascher, in allen diesen Fällen vorläufig keine Geldstrafen zu zahlen. In der Ausstellung in der Seestraße brannte gestern die Leinwandbelegung einer Holzstiege durch das Falllassen eines Spiritusbüchsen. Der anwesenden Feuerwehre gelang es, die Flammen schnell zu löschen. Ein Bodenbrand beschäftigte die Feuerwehre in der Gartenstraße 91. In der Mendelssohnstraße 9 war in einer Kistenfabrik Feuer ausgebrochen, das mit einer Schlauchleitung gelöscht werden konnte. In der Alexanderstraße 46/48 mußte dann noch ein Kellerbrand und in der Büttelamerstraße 11 in einer Fischräuchererei ein kleines Feuer gelöscht werden.

Ueber den ehemaligen Konfuziuslehrer Hegert aus Spandau, der sich in Moabit in Untersuchungshaft befindet, war kürzlich in einzelnen Blättern mitgeteilt worden, daß gegen ihn auch die Anklage wegen Giftmordes, begangen an seiner Schwiegermutter, erhoben sei. Diese Meldung ist unzutreffend; der gegen ihn seiner Zeit erhobene Verdacht hat durch die Obduktion der Leiche keine Bestätigung erhalten. Hegert wird sich lediglich wegen Amtsvergehen und Unterschlagungen zu verantworten haben.

Selbstmord eines Geisteskranken. In der städtischen Irrenanstalt Dalldorf hat sich der am 18. Dezember 1873 zu Beetz, Kreis Prenzlau, geborene Fischer Otto Gärtner erhängt. Der Selbstmord wurde zeitig entdeckt, doch blieben Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Fraulein Adamovitsch in Köpenick. Die Variété-Sängerin Augusta Adamovitsch, die bis vor kurzem im hiesigen Passage-Theater auftrat, bekanntlich eine Schwester der Erzherzogin, trat an der Kopenhagener Bühne „Der Sarg“ ein Engagement an. Gleichzeitig aber hatte ihr Impresario, wie man dem „Berl. Tagebl.“ schreibt, mit einer andern Kopenhagener Bühne einen Vertrag abgeschlossen. Sie wurde daher kontraktbrüchig und mußte es sich schon gleich am zweiten Tage ihrer Anwesenheit in Kopenhagen gefallen lassen, daß man, um die im Kontrakt des Impresario festgesetzte Konventionssumme anzutreiben, bei ihr gerichtliche präventive. Dabei kam sie ihrer Kostüme verlustig und mußte vorläufig von einem weiteren Aufstreten vor dem im übrigen von ihr sehr begeisterten Publikum des „Sarg“ einstweilen absehen. Doch hofft Fraulein Adamovitsch wenigstens das eine Engagement zu retten.

Das vermauerte Haus in der Friedenstraße 97 erhält jetzt ein neues Aussehen. Der größte Teil der Front des Gebäudes ist nach dem Georgenkirchhof am Königsthor zu belagert und auf Grund einer Klage der Georgen-Gemeinde müßten die Fenster im Jahre 1888 zugemauert werden. Es wurde nur nach mehreren Jahren die Anbringung von kleinen Lichtlöchern genehmigt, welche jedoch nur mangelhaft die Räumlichkeiten erhellen und die Wohnungen wurden dadurch natürlich außerordentlich entwertet. Nachdem der Hausbesitzer schon vor Jahren gefordert, ist es seinen Erben nach langwieriger Verhandlung mit der Georgen-Gemeinde jetzt endlich gelungen, die Erlaubnis zum Wiedereinbau der Fenster zu erlangen. Gleichzeitig hat auch die Gemeinde die Wiederanbringung der Giebelkronen, die ebenfalls seiner Zeit entfernt werden müßten, gestattet.

Die Befestigung der Brandstätte in der Michaelisstraße, die von der Staatsanwaltschaft nunmehr freigegeben ist, durch eine Baukommission, hat ergeben, daß das ausgebrannte Fabrikgebäude nicht völlig niedergelegt zu werden braucht, da die eisenen Träger, wie auch die gemauerten Deckengewölbe vorzüglich erhalten sind und selbst die Frontmauer verhältnismäßig wenig Beschädigungen erlitten haben. Zwar sind einzelne Teile derselben gesprungen und müssen, da eine Einsturzgefahr vorliegt, auf vollständige Anordnung abgepflochten werden, doch bedarf speziell das Mauerwerk an der Rückfront nur einiger geringer Reparaturen. Die Feststellung des Brandabens konnte bisher noch nicht erfolgen, ungenügender, als durch das verheerende Feuer auch teilweise die Geschäftsbücher der betroffenen Firmen vernichtet worden sind. Es hat nur eine allgemeine Abklärung bisher stattfinden können, nach welcher der Waren Schaden etwa 1/2 Million Mark, der Gebäudeschaden annähernd 40 000 Mark betragen dürfte.

Vom Eisenbahnzuge überfahren wurde am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr der 58 Jahre alte Streckenarbeiter Friedrich Staro aus Friedrichshofe. Er wird vom Schleifischen Bahnhof aus beschäftigt und befand sich in der Gegend von Aulsdorf, als er unter den Zug 243 geriet. Mit zahlreichen Wunden bedeckt, wurde er in einem Tragekorbe mit dem Juge nach dem Schleifischen Bahnhof und von dort in einem Ländchen Wagen nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht. Hier wurde er durch den Tod von den furchtbaren Qualen bald erlöst. Ueber die Ursache des Unfalles sind Erhebungen noch im Gange.

Der Selbstmord, über den wir vorgestern aus Weetitz berichteten, hat sich nicht in der Lungen-Heilstätte, sondern im Sanatorium ereignet, was wir auf Wunsch der Pflegeringe hiermit richtigstellen.

Verfälschte Verzeihung hat am Freitagnachmittag gegen 2/4 Uhr zu einem traurigen Ende geführt. Der 35 Jahre alte Buchhalter Paul Sch. aus der Veteranenstraße hatte sich einige lustige Tage gemacht. Als er heimkehrte, fand seine Ehefrau bei ihm starrten mit dem Namen von Kellnerinnen und war darüber mit Recht erzürnt. Sch. sah indes kein Unrecht bald ein, konnte aber die Frau nicht verdonnern. Am Freitagnachmittag versuchte er nochmals, eine Einigung herbeizuführen; die Gattin wandte ihm darauf schmeichelnd den

Küden und achte beim Hinausgehen nicht der unheilvollen Worte des Mannes. Als sie zurückkehrte, fand sie ihn stark blutend in einem lebensgefährlichen Zustand auf. Ein Arzt von der Rettungswache in der Kasanien-Allee stellte fest, daß er sich mit einem Messer die Pulsader am linken Handgelenk durchgeschnitten hatte. Der Arzt verband den anscheinend sterbenden Mann und brachte ihn sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus. Dort befand er sich gegen Abend noch am Leben; doch ist es sehr fraglich, ob seine Wiederherstellung gelingen wird.

Ein neuer Versammlungssaal. Der große Saalbau der „Neuen Welt“ in der Hasenheide, der im Sommer vorigen Jahres in Angriff genommen wurde, ist soweit gefördert, daß seine Eröffnung bestimmt am 1. März d. J. erfolgen kann. 4500 Personen fassend, wird er alsdann der größte Saal Berlins sein, da er den bisher größten (der Philharmonie) noch um 1500 Personen übertrifft. Er ist vorzugsweise berechnet für Versammlungen, Ausstellungen, sowie Festlichkeiten höheren Stils. Die erste Reihe wird der Riesenaal am 7. März durch den Kärtischen Central-Sängerbund erhalten, wo 500 Sangesbrüder Aufführungen veranstalten. Am 8. März findet dabei eine große Festlichkeit des Vereins „Typographia“ statt.

Am Dienstagabend ist in der Versammlung bei Vuggenhausen ein Damenschirm stehen geblieben. Derselbe ist in der Expedition Prinzenstr. 31 abzuholen.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer letzten Sitzung eine längere Debatte, die im Zeichen der Festheit und Pietät stand. Es handelte sich um die Unterbringung von zwei der fünf — Bedürfnisanstalten, die jetzt endlich errichtet werden sollen. Gegen die Aufstellung der einen an der Gabelung der Richard- und Bergstraße, wo auch das Kriegerdenkmal steht, erhob der schönheitsströmende Stadtverordnete Rechtsanwalt Abraham namens seiner Freunde energischen Einspruch, obwohl gerade in jene Gegend am allerersten ein solches Institut hingehört. Herr Abraham und verschiedene andre Herren befürchteten aber, daß das von ihnen als Kunstwerk betrachtete Kriegerdenkmal beschimpft würde, selbst wenn man die Anstalt noch so sehr architektonisch verschönte. Und dann die Pietät, die man den Kriegern, deren Anden das Denkmal ehren soll, schuldig sei! Die Stadtverordneten Silberstein, Pfeiffer und einige andre Stadtverordnete sowie Magistratsmitglieder zerstreuten die Bedenken wenigstens soweit, daß mit 23 gegen 23 Stimmen glücklicherweise jener Inselperson nahe dem Denkmal für eine der Gegend würdige Bedürfnisanstalt geteilt wurde. Die Versammlung stimmte dem Erlaß einer Gebührenordnung für die Schwemmanalisation zu, die in jeder Beziehung mit der bisherigen Gebührenordnung übereinstimmt. Die Versammlung hatte über den Entwurf der neuen Luftbarkeitssteuer-Ordnung zu befinden, über den wir bereits gestern das Notwendige mitgeteilt haben. Stadtv. Wuyli gab für die sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß sie gegen die Luftbarkeitssteuer wie gegen jede indirekte Steuer sei. Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage mit einer kleinen Aenderung gegen die sozialdemokratischen und einige andre Stimmen angenommen. Die Rechnungen für das Rechnungsjahr 1901 wurden festgestellt und den Rechnungslegern Entlastung erteilt. Es folgte dann eine geheime Sitzung, in der über den Ankauf von Grundstücken zum Bau einer Schule und eines modernen größeren Krankenhauses verhandelt wurde.

Ein sehr wichtiger Beschluß ist von den städtischen Körperschaften Schönebergs betreffend die Einführung von neuergewählten Stadtverordneten gefaßt worden. Bisher erfolgte die Einführung nicht nur in Schöneberg, sondern auch in andern Städten erst nach Ablauf der Einspruchsfrist. Da nun die Städte-Ordnung für ein

solches Verfahren keinen Anhalt bietet, so sind Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung dahin übereingekommen, daß die Einführung, wie in allen andern Parlamenten, sofort nach der Wahl zu geschehen hat. Infolgedessen wird der erst kürzlich zum Stadtverordneten gewählte Brunnenbaumeister Treugebrodt bereits in der Sitzung am nächsten Montag eingeführt werden.

Der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung wird, nachdem die Erhöhung des Dienstvermögens der an Mittel- und Volksschulen angestellten Lehrpersonen gesichert zu sein scheint, ein Antrag Bahmannsdorf und Genossen zur Beschaffung unterbreitet werden, wonach eine gemischte Deputation, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten, einzusetzen ist. Diese Kommission soll den städtischen Körperschaften Vorschläge machen, durch welche die Besoldungsordnung für die städtischen mittleren und Unterbeamten sowohl formell als materiell der Besoldungsordnung Berlins bzw. Charlottenburgs möglichst genähert wird. — Wir hoffen, daß die Reformierung der Grundgehälter der genannten Beamtenkategorien bei den am schlechtesten bezahlten zuerst einsehen möge, nach „oben“ runden sich die sogenannten „Lehrerzulagen“ gewöhnlich erheblich günstiger ab.

Schmargendorf. Morgen, Sonntagabend 1/8 Uhr, findet im Wirtschaft Schmargendorf eine Vollversammlung statt, zu der die Frauen besonders geladen sind. Nach beendeter Versammlung Tanz und gefelliges Beisammeln.

Johannisthal. Angst vor den voranschreitenden Erfolgen der Socialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen und zugleich die unbedachte Anerkennung der Thätigkeit unserer Genossen spricht aus der im „Teltower Kreisblatt“ veröffentlichten Zuschrift eines durch die letzte Flugblattverteilung getränkten Ordnungshelden in Johannisthal. Der Rostfäher des Betreffenden lautet: „Die sozialdemokratische Parteileitung, die vorgefertigten Declin und Umgegend mit einem Wahlflugblatt überschwemmt, hat auch in unsrem Ort solche Blätter verbreiten lassen. Dies man den ährenden Phrasenschwall und die wühlenden Drohungen, so steht man säuber ab, wie sich die Genossen in den nächsten Monaten bis zur nächsten Reichstagswahl noch gebührend steigern wollen. Die Partei wendet hier jetzt ein ganz neues Mittel an, indem sie in fast allen größeren Häusern einen Vertrauensmann besetzt, welcher die Mieter zur Insturzpartei belehren soll.“

Hoffentlich ersparen die Genossen von Teltow-Beeskow sich selbst und auch den ausgefertigten Ordnungsbüchern einen zweimaligen Wahlgang dadurch, daß sie dem Genossen Jubel schon bei der Hauptwahl zum Siege verhelfen.

Auf dem Kirchhof erhängt hat sich gestern in Rixdorf der 65 Jahre alte Bauarbeiter Julius Balg, der seit 17 Jahren im Arnenhaus wohnte. Balg hatte früher ein kleines Antwesen bei Königswalderhagen, das ihm den Beinamen „der Kossät“ eintrachte. Er besuchte jeden Tag den Friedhof der Gemeinde und hat sich in einem Anfall von Schwermut an einem dortigen Baum erhängt, nachdem er seine Wohnung schon am Sonntag verlassen hatte.

Witterungsübersicht vom 13. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Temper. u. G. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolkenart	Temper. u. G. u. F.
Spandau	700	SW	7	halb dd. — 1	Saparanda	749	R	4	wolkig — 17
Hamburg	706	SW	5	halb dd. 1	Petersburg	740	SW	2	bedekt — 12
Berlin	703	SW	4	halb dd. 1	Coit	777	SW	2	wolkig 5
Kranf./M.	770	R	4	wolkig 3	Abereben	—	—	—	—
München	709	SW	4	bedekt 1	Paris	773	NNO	3	wolkig 6
Wien	705	SW	3	wolkig 1					

Wetter-Propgnose für Sonnabend, den 13. Februar 1903.

Ein wenig kälter, stellenweise heiter, aber noch veränderlich mit leichtem Schneefällen und ziemlich strengen nordwestlichen Winden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. Februar 1903, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 89. Gemeindegemeinde, Kleine Franzfurterstraße 6: Versammlung „Freireligiöse Versammlung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Fräulein Ida Altmann: „Gemeine-Glauben, Lieben und Dichten.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der humanistischen Gemeinde. Niederwallstr. 13, in der Aula der Friedrich-Berderschen Ober-Realschule, hält am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Bruno Wille einen Vortrag über: „Das rein Menschliche der Christus-Lehre“. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Allen Anfragen, die auf Antwort rechnen, ist die Abonnements-Cuttung beizufügen. Die Erledigung erfolgt grundsätzlich nicht brieflich. Anfragen juristischer Art sollten auf dem Cover immer den Vermerk haben: Juristischer Teil.

München. Die Redaktion ist dafür nicht verantwortlich, auch erteilt sie solchen Rat nicht. — **W. W. 3.** Bedeutet ein Plonium, eine Erinnerung daran, daß jemand sich gegen die Ordnung des Hauses vergränt hat oder vergangen haben soll. Die andre Antwort im juristischen Teil — **H. 99.** Entschuldigen Sie sich im Marine-Vorbereitungs-Institut bei dem Director vom Rhein, Altonaerwall 128. — **M. W. 28.** Fragen Sie an bei der Firma Baum, Oranienstr. 39. Telefon — **M. 2. 68.** Bitte, zunächst die Dultung. — „Gleider.“ 1. Kein. 2. Der Katalog der Vormärts-Buchhandlung enthält darüber manches Geeignete. 3. Die handelsamtliche Handlung kann sowohl in dem einen wie in dem andern Bezirk vorgenommen werden. — **M. H. 100.** Keine Ahnung. Berliner Briefporto 3 Pf.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestrich: 7 Uhr.

A. A. Kontrolle ist zulässig. Die Möglichkeit des Abzugs hängt nicht mit dem Verdienst, sondern mit der wesentlichen Besserung des Zustandes zusammen. — **Bertha 1.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **S. 150.** Klage einreichen. — **G. S.** Beschwören Sie sich beim Oberpräsidenten. — **G. D., Reutersdorf.** 1. Kein. 2. Kein, sofern nicht sonstiges steuerpflichtiges Einkommen vorhanden ist. — **S. 7. 100.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. R. 856.** 1. Kein. 2. Sind Verabredungen darüber getroffen? — **G. S. 72.** Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt. — **C. V. 32.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **Schneid. Ra.** — **W. S. 100.** 1. Vom Lohn können Abzüge nicht gemacht werden. 2. 2. März. — **W. S. 16.** Befragung von Delikten, welche Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte mit sich bringen. — **G. S. 102.** Kein. — **Mir Kommen 1891.** Der Birt ist verpflichtet, bei strengem Frost das Wasser abzulassen. — **Amalie.** Falls kein Testament vorhanden ist, erben Sie die Hälfte, insondem es sich um den Nachlaß der Verstorbenen handelt. Beantragen Sie gerichtliche Nachlassregulierung oder klagen Sie gegen Ihren Schwager. — **G. R. 19.** 1. Gefängnis bis zu sechs Monaten, wenn die Ehe deswegen geschieden ist. 2. Es muß zuerst die Eheverhandlung angetrieben werden; vor der Scheidung kann Eheantrag wegen Ehebruch nicht gestellt werden. 3. Nur auf Antrag von demjenigen, auf dessen Antrag die Ehe wegen Ehebruchs geschieden ist. — **Rathendorf.** 1. Bis zum 16. Lebensjahre. 2. Werden durch das Gericht festgestellt, etwa 24 M. monatlich. 3. Es ist Beschlagnahme aus dem Lohnes des Vaters zulässig. 4. Der Vater kann sich nicht mehr durch Unterbleiben, das Kind zu sich zu nehmen, von der Alimentenzahlung befreien. — **R. 62. 23. A.** Das räumliche ist, einen gerichtlichen oder notariellen Vertrag zu schließen, in dem die Vaterpflicht anerkannt und die Höhe der Alimentenzahlung festgelegt wird. — **Gurt.** Die Entscheidung ist bis jetzt nicht abgedruckt. Sie raten die Sache bis zum Kammergericht durchzuführen. — **G. S. 2.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **00.** Wachen Sie alles dies im Broch geltend. — **G. S. 18.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. S. 191.** Wiederholen Sie die Frage unter Angabe, wie das Gericht über die Schuldfrage entschieden hat. — **Goltschrahe.** Kommt auf ordnungsmäßige Bestimmungen an, über die Sie bei der Polizei Auskunft erhalten. — **G. S., Hertenwalde.** Wenden Sie sich sofort beim Landgerichtsdirektor Müller Al-Roabit 11. Sie brauchen nicht zu bezahlen. — **T. 47.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **R. R., Spandau.** Geburtsurkunde, Willkürpapiere, Ausweis über ihre Staatsangehörigkeit. — **H. G. Kall.** Wiederholen Sie die Frage unter genauer Angabe des Ortsorts des Wechsels.

Socialdemokrat. Wahlverein
I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Mit 11. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Händler

Franz Deutsch
Reinholdsdorferstr. 46a, im Alter von 58 Jahren an der Schwindsucht.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus Roabit (Eingang Birkenstraße) aus, nach dem St. Sebastian-Kirchhof, Reinholdsdorf, Humboldtstraße statt.

Wiederholt am 11. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Former

Franz Kakuschke
an der Schwindsucht.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Lazarus-Kirchhofes aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
24/7
Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Wilhelm Weine
am 11. Februar plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 136/8
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Alfons Rathmann
am 11. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michaels-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung ersucht
112/1
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten und Genossen die Nachricht, daß mein lieber Ramm, Vater und Großvater

Franz Deutsch
nach langem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit, Birkenstraße aus, nach dem St. Sebastian-Kirchhof, Reinholdsdorf, Humboldtstraße 21685
Familie Deutsch.

Verband der Dachdecker Deutschlands. (Filiale Berlin.)
Am Donnerstag, den 12. d. M. verstarb nach langem Krankenlager unser Kollege

Ernst Stellmacher.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Behrenseer, Falkenberger Chaussee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Arbeitervertreter-Verein Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Johannes Rönch
am 9. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Michaels-Kirchhof in der Hermannstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
53/3
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die mir von Nah und Fern zugegangenen überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau Emilie, lege ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie meinen werthen Kollegen, den Mitgliedern des Besonderen Kreuzberger Harmonie, ferner dem Sprecher der Freireligiösen Gemeinde Herrn Waldemar Manasse hierdurch meinen tiefgefühltesten Dank.

Emil Lindemann nebst Kindern.
Verleih - Institut.
Friedrichstr. 115/1a. Oran.
Th. El. Frack, Gehrock
L. 30, Hoae 1.00, West 50 Pf.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Luise Sakowski
geb. Grätz
am 12. d. M. sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirchhofes aus statt. 6102
Der trauernde Gatte
Gustav Sakowski
von Kolonie Luisenthal.

Britz.
Socialdemokrat. Wahlverein.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Wilhelm Weine
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Rixdorfer Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Heute abend 8 Uhr werden in folgenden Jahrestellen Beiträge entgegengenommen:

Schönhauser Allee 139. Waldsdorferstr. 18. Fallstr. 19. Friedrichsbergerstr. 11. Roppenstr. 42. Blumenstr. 35. Oranienstr. 197. Brannenstraße 96. Rixdorf, Steinmetzstr. 103. Nichtenberg, Friedrich Karlstr. 11. Behrenseer, König-Chaussee 55.

Versammlung.
Montag, den 16. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, Fruchtstraße 36:
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kohn. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Wählhande in einzelnen Bezirken. 4. Verschiedenes. Durch einen Irrtum ist der Saal Andreasstraße vergeben, deshalb findet die Versammlung in obigem Lokale statt. 145/9
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen wird erwartet.
Der Wasenball findet am 7. März in Kellers Festsaal, Roppenstraße 20, statt.
Der Vorstand.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter und verw. Berufsgruppen (E. H.) zu Schw.-Gmünd.
Montag, den 16. Februar, abends präcise 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal V, Engel-Ufer Nr. 15:
Mitglieder-Versammlung
(§ 28 des Statuts).

Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Rechnungsbilanz vom Jahre 1902. 2. Diskussion. 3. Die Verlesung. 4. Der Apotheken-Vorfall. 5. Wahl des Vorstandes. 6. Verschiedenes. 253/18
Das Kassendbuch legitimiert.
Um recht zahlreiches wie pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand: J. H. E. Holtkamp, Berl., Adminalstr. 18 e.

Allen Bekannten und Freunden zur Mitteilung, daß mein lieber Ramm, der Friseur

Eduard Wachholz
heute früh 10 Uhr plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntagvormittags 9 1/2 Uhr vom städtischen Krankenhaus am Friedrichshain aus statt. 21813
Johanna Wachholz, Ebertstr. 55.

Danksagung.
Hiermit lagen mir allen Freunden und Bekannten, dem Verband der Lithographen, Steinbruder und Berufsgenossen Deutschlands, sowie der Firma Wendland und Baumgärt für die Teilnahme bei der Beerdigung meines Sohnes und Bruders Arthur Langer, sowie für die Krankspenden meinen besten Dank. 6112
Witwe Langer nebst Kindern.

Siebungsbirgs-Geld-Lotterie
Ziehungsanfang 4. März.
Gewinne = 450 000 Mark.
Ganze Lose à 4 M., halbe à 2 M.
Porto u. Liste 30 Pf. extra
empfehlen die Glückskollekte

J. Rosenberg,
51 Kommandanten-Strasse 51.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

Sonntag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Versammlung
der Metallschleifer, Galvaniseure und Hilfsarbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Die Einführung der Kranken-Unterstützung im Verband. Referent: Kollege Wücker. 2. Diskussion. 3. Erfahrungswahl zur Agitationskommission. 4. Die letzten Streiks in unserer Branche. 111/20
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

Sonntag, den 15. Februar, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V:

Oeffentl. Versammlung d. Metallformer u. Giessereiarbeiter
Tages-Ordnung:
1. Die Differenzen bei der Firma Götter. 2. Warum kommen Arbeitswillige von Hamburg? Referent: Kollege Stypelke-Hamburg. 3. Diskussion. 112/2
Sonntag, den 15. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Sachse, Lindowstr. 26:
Bersammlung der Feilenarbeiter.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, 15. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Apitsch, Rosenthalerstr. 39:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung über die Poststellen Berlin und Umgegend. 2. Diskussion. 64/3
Mitgliedsbuch legitimiert. — Bei der Wichtigkeit dieser Frage ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Die Ortsverwaltung. R. H.: Brand.

Täschner, Galanterie- und Gürtelarbeiter!
Sonntag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, in „Cohns Festsaal“ (großer Saal), Deutschstr. 20:
Ausserordentliche Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
„Die Antwort der Fabrikanten und entgeltliche Beschäftigung betreffs unserer Lebensbezugung.“
Kollegen und Kolleginnen! Es ist für alle Ehrenpflicht, in dieser bedeutungsvollen Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission. R. H.: Albert Semis.

Kunststofferei
von 2082*
Frau Kokosky,
Steinmetzstr. 48, Quersb. hochpari.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
12—1/3, 1/6—1/8, Sonnt. 9—11.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.
Spezialarzt für (59/6*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12 2—4.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
12—1/3, 1/6—1/8, Sonnt. 9—11.

Kunststofferei
von 2082*
Frau Kokosky,
Steinmetzstr. 48, Quersb. hochpari.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
12—1/3, 1/6—1/8, Sonnt. 9—11.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.
Spezialarzt für (59/6*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12 2—4.

Kunststofferei
von 2082*
Frau Kokosky,
Steinmetzstr. 48, Quersb. hochpari.